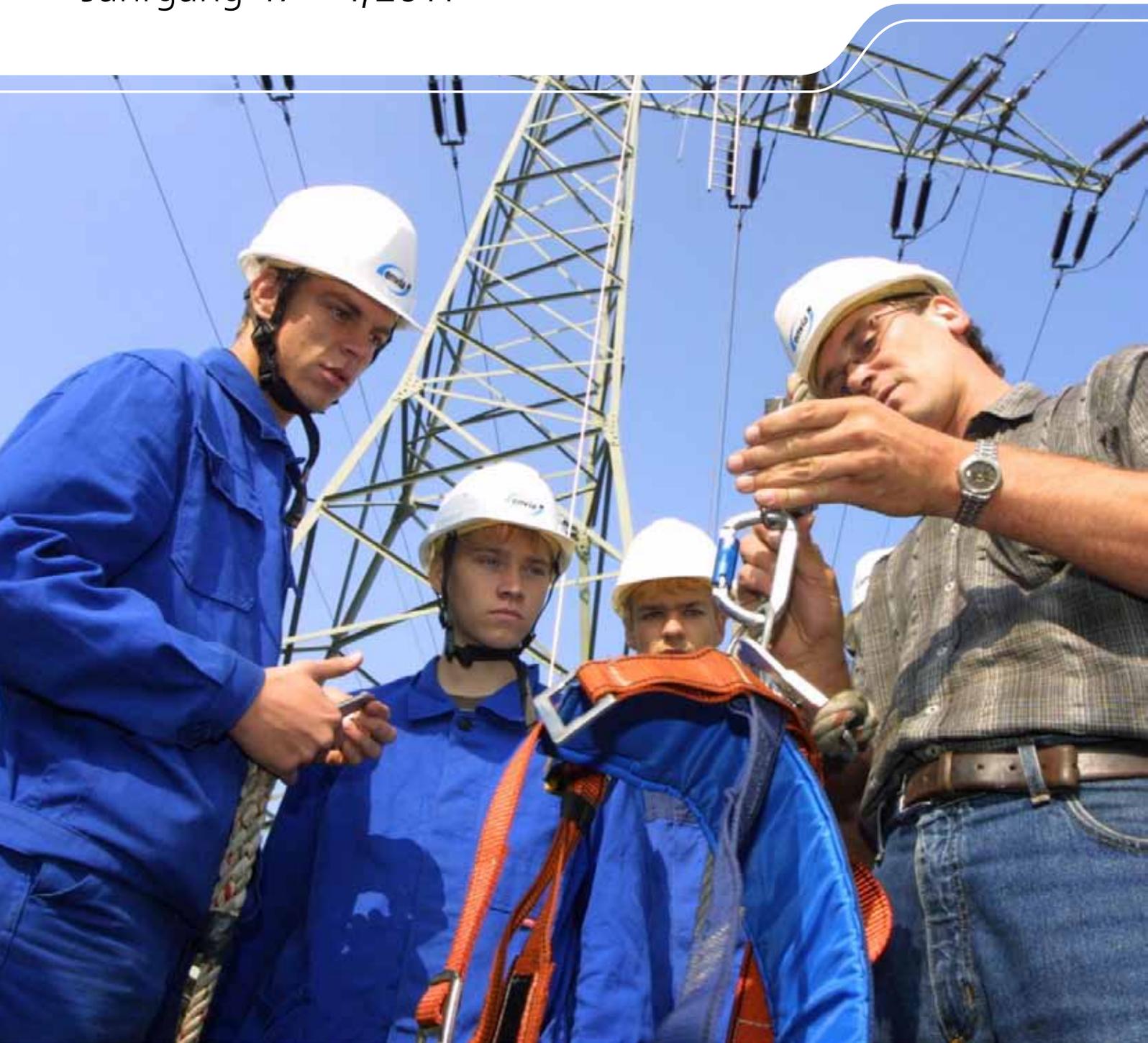


Statistik in Sachsen

Jahrgang 17 - 1/2011



Inhaltsverzeichnis

Konjunkturelle Entwicklung in Sachsen 2009/2010 Roman Straube und Dr. Wolf-Dietmar Speich	2
Ergebnisse der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen in ausgewählten Altersgruppen nach Kreisfreien Städten und Landkreisen bis 2025 Birgit Scheibe	12
Soziale Mindestsicherung in Sachsen 2009 Gina Gäbler	18
Gesundheitsausgabenrechnung nach Ausgabenträgern– methodische Grundlagen zur Realisierung eines länderübergreifenden Ansatzes Dr. Bernd Richter	28
Entwicklung eines methodischen Instrumentariums zur Berechnung der Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern auf Länderebene Kristina Richter	33
Neue Informationen zu INSPIRE Regine Fiedler	39
Energieverbrauch in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 1991 bis 2009 Cornelia Barchmann, Dr. Andreas Oettel	43
Zur Karte „Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 2009“ im Maßstab 1 : 400 000 Eric Hahn, Dr. Andreas Oettel	52
Neues aus Sachsen	56
Sächsischer Zahlenspiegel	58
Gesamtverzeichnis 2010	64

Vorwort



Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamtes

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

das erste Heft im 17. Jahrgang unserer Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ bietet wieder zahlreiche Beiträge aus vielen Gebieten der amtlichen Statistik.

Inhaltliche Schwerpunkte in diesem Heft sind einerseits Ausführungen zur wirtschaftlichen Entwicklung und andererseits Themen aus den Bereichen Bevölkerung, Soziales und Gesundheit.

Auf wirtschaftlichem Gebiet steht ein Beitrag zur konjunkturellen Entwicklung im Mittelpunkt. Dabei werden einzelne Bereiche der sächsischen Wirtschaft anhand von verschiedenen Konjunkturindikatoren, wie z. B. Auftragseingang, Umsatz, tätige Personen und geleistete Arbeitsstunden, für den Zeitraum 2009/2010 näher untersucht. Im Ergebnis der Untersuchung ist festzuhalten, dass sich die in Zeiten der Wirtschaftskrise erheblich betroffene sächsische Wirtschaft mittlerweile wieder erholt. In einem weiteren Beitrag wird der Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens im Zeitraum von 1991 bis 2009 analysiert. Im Gegensatz zur Industrieproduktion ist der Energieverbrauch in diesem Zeitraum deutlich gesunken. In Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Landesamt und der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden entstand eine neue Karte, die auf Gemeindeebene die Größe und die Wirtschaftszweige der Industrie darstellt. Deren Erstellung wird in einem weiteren Artikel erläutert.

Der Bereich Bevölkerung, Soziales und Gesundheit ist mit vier Beiträgen vertreten. Zuerst werden ausgewählte Ergebnisse der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für Sachsen dargestellt. Speziell wird auf die Entwicklung der Bevölkerung in den Altersgruppen, die für den Besuch von allgemeinbildenden Schulen relevant sind, eingegangen. Die Empfänger und Leistungen der sozialen Mindestsicherung in Sachsen im Vergleich zur Bundesrepublik stehen im Mittelpunkt des nächsten Artikels. Damit werden die bereits in einem früheren Aufsatz dieser Zeitschrift gemachten Aussagen ergänzt und aktualisiert. In den beiden folgenden Zeitschriftenartikeln wird das methodische Instrumentarium zur Berechnung der Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern in Sachsen vorgestellt und analysiert. Ziel des Instrumentariums ist, die Gesundheitsausgabenrechnung nach Ausgabenträgern unter Beachtung der Faktoren Genauigkeit der Ergebnisse, zeitlicher Aufwand zur Erstellung sowie Zeitpunkt der Ergebniserstellung zu optimieren.

Die Zeitschrift wird vervollständigt durch einen Beitrag über weitere Entwicklungen auf dem Gebiet der Geodateninfrastruktur, der über den Stand der Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie und die Fortschritte seit der letzten Veröffentlichung zu diesem Thema in dieser Zeitschrift im Heft 4/2009 berichtet.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum interessante Informationen aus unserer Arbeit zu liefern. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter www.statistik.sachsen.de. Datenanfragen beantwortet Ihnen auch unser Auskunftsdienst (Tel. 03578 33 1913).

Ihre Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher

Konjunkturelle Entwicklung in Sachsen 2009/2010

Vorbemerkung

Der vorliegende Beitrag, der die konjunkturelle Lage und Entwicklung in Bereichen der sächsischen Wirtschaft bis zum Ende des dritten Quartals 2010 beschreibt, stellt eine Fortsetzung der im Rahmen des gemeinsamen Forschungsprojektes des Amtes mit der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung für die von der Wirtschaftskrise geprägten Jahre 2008 und 2009 angestellten Untersuchungen dar. [1,2] Entsprechend wurde die damals entwickelte Methodik nun im Wesentlichen auf die aktuelle Aufschwungssituation übertragen, um auch für diesen Entwicklungsabschnitt Erkenntnisse über die konjunkturellen Veränderungen in den einzelnen Bereichen zu gewinnen.

Die nachfolgenden Untersuchungsergebnisse wurden in Kurzform bereits im Rahmen eines Vortrags zum 5. Kamenzer Dialog präsentiert, zu dem am 4. November 2010 Konjunkturforscher und Datennutzer aus den Sächsischen Staatsministerien, den Kammern und Verbänden sowie von wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen mit Vertretern des Statistischen Landesamtes zusammengekommen waren, um sowohl aktuelle Konjunkturdaten und neueste Prognoseergebnisse als auch Ansätze zur Visualisierung konjunkturstatistischer Daten zu diskutieren.¹⁾ Im Ergebnis dieser Veranstaltung ist festzuhalten, dass es verschiedene Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Konjunkturbeobachtung in Sachsen gibt, die zudem geeignet wären, die vorliegenden Konjunkturdaten noch besser und nutzerfreundlicher als bisher aufzubereiten. Die dort gewonnenen Anregungen werden bei der Weiterentwicklung der Konjunkturbeobachtung im Amt Berücksichtigung finden. [3]

Konjunkturrentwicklung in der Industrie²⁾

Seit dem – aus heutiger Sicht – um die Jahresmitte 2009 erreichten Minimum der Trend-Konjunktur-Komponente (TKK)³⁾ verläuft die Umsatzentwicklung zum aktuellen Rand hin, d. h. bis September 2010, wieder sichtbar aufwärtsgerichtet. So waren die Gesamtumsätze im bisherigen Jahresverlauf 2010 in jedem Monat höher ausgefallen als im Krisenjahr 2009 (vgl. Abb. 1) und summierten sich von Januar bis September auf 34,8 Milliarden €, 11,5 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Im Binnengeschäft, wo knapp zwei Drittel der Gesamtumsätze erwirtschaftet werden, lag die Steigerung bei 7,7 Prozent; im Auslandsgeschäft mit 18,3 Prozent sogar deutlich höher. Darin kommt der ausgeprägte Einfluss der Auslandsgeschäfte auf die Gesamtentwicklung in der sächsischen Industrie zum Ausdruck.

Bei den geleisteten Arbeitsstunden und den tätigen Personen waren die Minima der TKK und damit auch die Zeitpunkte, ab denen erstmals wieder höhere Niveaus als im Vorjahr realisiert wurden, später als beim Umsatz erreicht. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Achsenskalierung verlief die Entwicklung bei beiden Merkmalen aber deutlich weniger dynamisch als bei den Umsätzen (vgl. Abb. 1). So stieg in den ersten neun Monaten 2010 gegenüber 2009 das Arbeitsvolumen um 2,4 Prozent auf insgesamt 234 Millionen Stunden; die Zahl der Beschäftigten fiel mit durchschnittlich 188 640 Personen dagegen um 2,0 Prozent niedriger aus, obwohl es seit Februar 2010 von Monat zu Monat vermehrt zu moderaten Beschäftigtenzuwächsen gekommen war. So überschritt die Beschäftigtenzahl im August 2010 erstmals seit Anfang 2009 wieder den Stand des Vorjahresmonats. Hinter dem zeitlichen Nachlauf der Entwicklung bei den tätigen Personen und den deutlich niedrigeren Niveauveränderungen im Vergleich zu den Arbeitsstunden steckt die nun

immer weniger notwendige Inanspruchnahme der Kurzarbeiterregelung, die zu Zeiten der Krise zu erheblichen Arbeitszeitrückgängen geführt hatte, den Beschäftigungsabbau aber in einem verhältnismäßig moderaten Rahmen halten konnte (vgl. Abb. 1). Nachdem die Zahl der Kurzarbeiter in der sächsischen Industrie im Jahresdurchschnitt 2009 noch bei 40 010 Personen gelegen hatte (Höchststand im April 2009 mit 53 455 Personen) ging sie im Verlaufe des Jahres 2010 kontinuierlich auf nur noch 19 104 Personen im Mai 2010 zurück (vgl. Tab. 1).⁴⁾

Der so genannte „gewichtete Trendwendenzeitpunkt“ (vgl. für dessen Ermittlung den methodischen Anhang am Ende dieses Beitrags), ab dem von einer nachhaltigen und ausgeprägten Aufwärtsentwicklung gesprochen werden kann, ist beim Industrieumsatz in etwa um den Beginn des vierten Quartals 2009 erreicht, bei den Arbeitsstunden dann zum Jahresbeginn 2010 und bei den tätigen Personen erst gegen Ende des zweiten Quar-

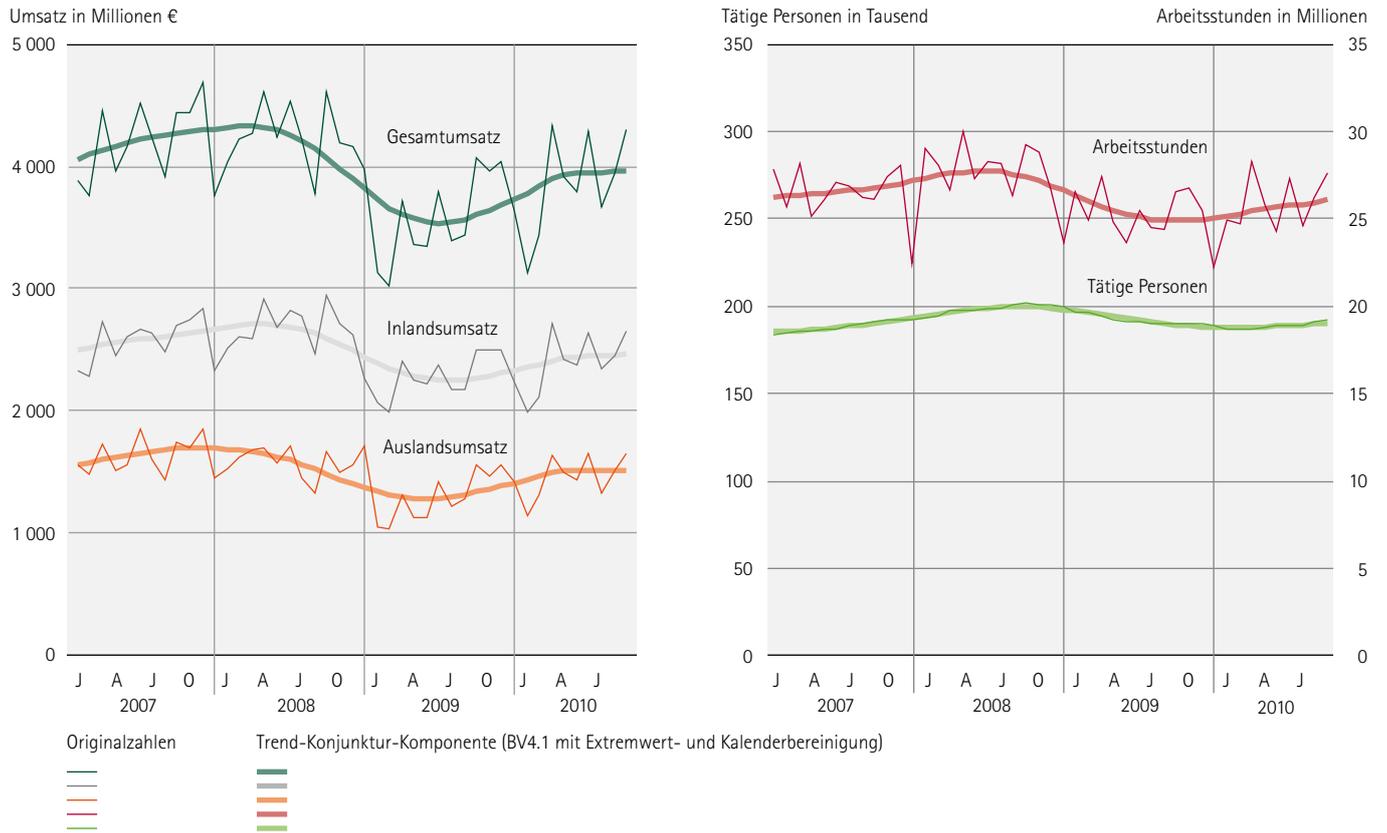
1) Die Beiträge zu dieser Veranstaltung sowie weitere Informationen dazu können vorerst im Internetangebot des Amtes unter <http://www.statistik.sachsen.de/html/363.htm> abgerufen werden.

2) Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden.

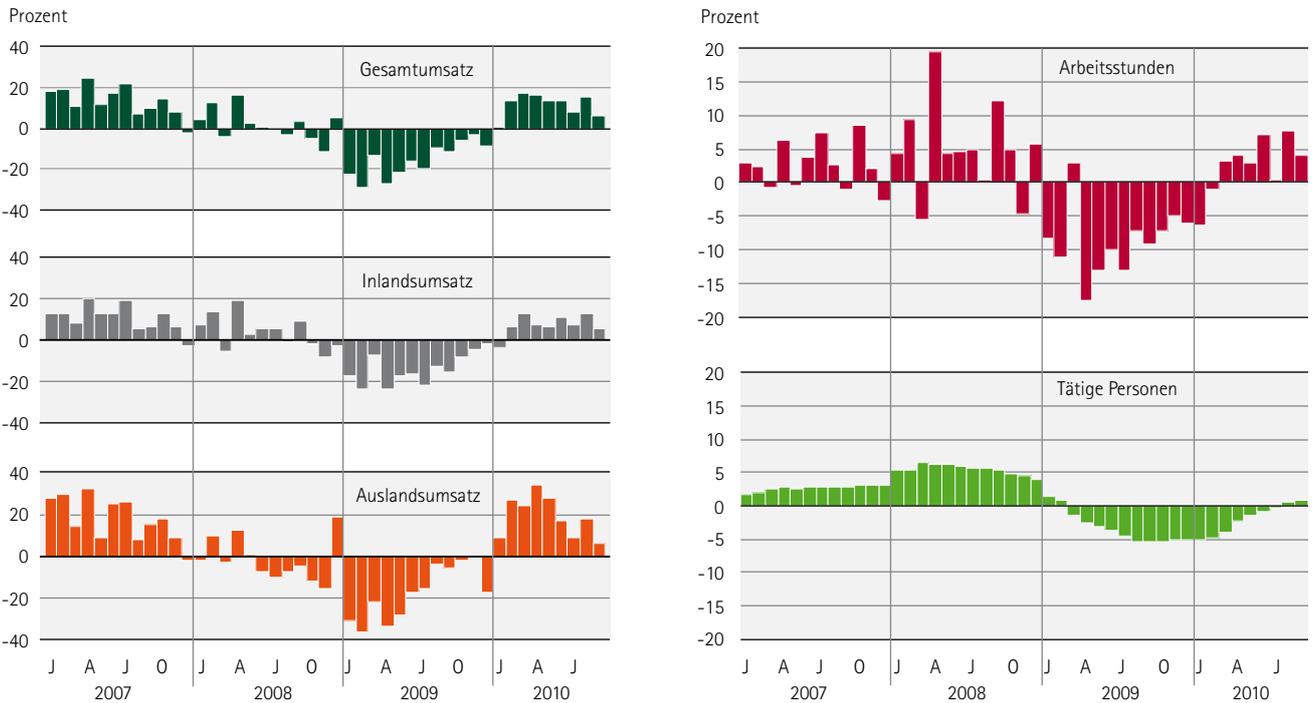
3) Die Trend-Konjunktur-Komponente (TKK) einer statistischen Zeitreihe verläuft glatt und gibt so die mittel- bis langfristige Entwicklung in der Reihe, d. h. die Tendenz gut wieder. In ihr sind saisonal bedingte Einflüsse, Kalenderunregelmäßigkeiten und der Einfluss der irregulären Komponente nicht mehr enthalten. Die Schätzung der TKK erfolgte bei dieser Untersuchung mittels des Berliner Verfahrens (BV4.1), wobei grundsätzlich eine Extremwert- sowie eine Kalenderbereinigung durchgeführt wurden. Beim Merkmal tätige Personen wurde allerdings auf die Kalenderbereinigung verzichtet. Für die Beurteilung der Konjunkturlage auf Basis der TKK ist zu berücksichtigen, dass die Werte am „aktuellen Rand“ mit gewissen Unsicherheiten behaftet sind und kleinere Veränderungen nicht zwangsläufig auf ökonomischen Ursachen beruhen (vgl. hierzu ausführlicher: [8]).

4) Aufgrund einer methodischen Änderungen in den von der BA geführten Statistiken über Kurzarbeit stehen sichere Informationen zu den (konjunkturellen) Kurzarbeitern erst nach einer Wartezeit von 5-6 Monaten zur Verfügung, also gegenwärtig bis einschließlich Mai 2010. Vgl. hierzu ausführlicher: <http://statistik.arbeitsagentur.de/cae/servlet/contentblob/4366/publicationFile/837/Methodenbericht-Kurzarbeit-von-Betrieben-und-Kurzarbeiter.pdf> [Aufruf vom 11. 11. 2010]

Abb. 1 Umsatz, Arbeitsstunden und tätige Personen in der Industrie¹⁾ in Sachsen von Januar 2007 bis September 2010



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat (Basis: Originalzahlen)



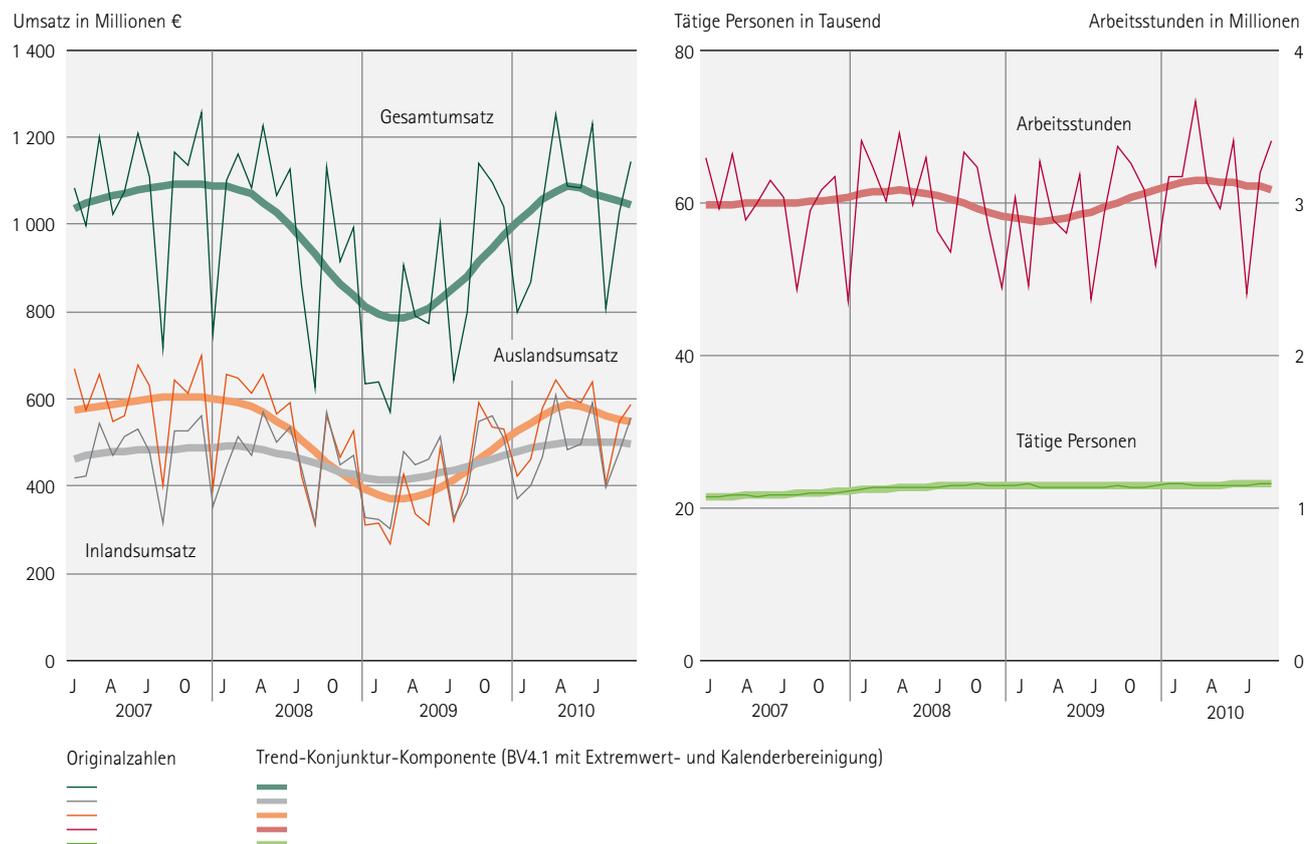
1) Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden.

tals 2010. Insofern ergibt sich zwischen den Beschäftigten und des durch sie erbrachten Arbeitsvolumens ein time-lag von knapp einem halben Jahr; zu den Umsätzen liegt der zeitliche Nachlauf sogar noch bei wenigen Monaten mehr.

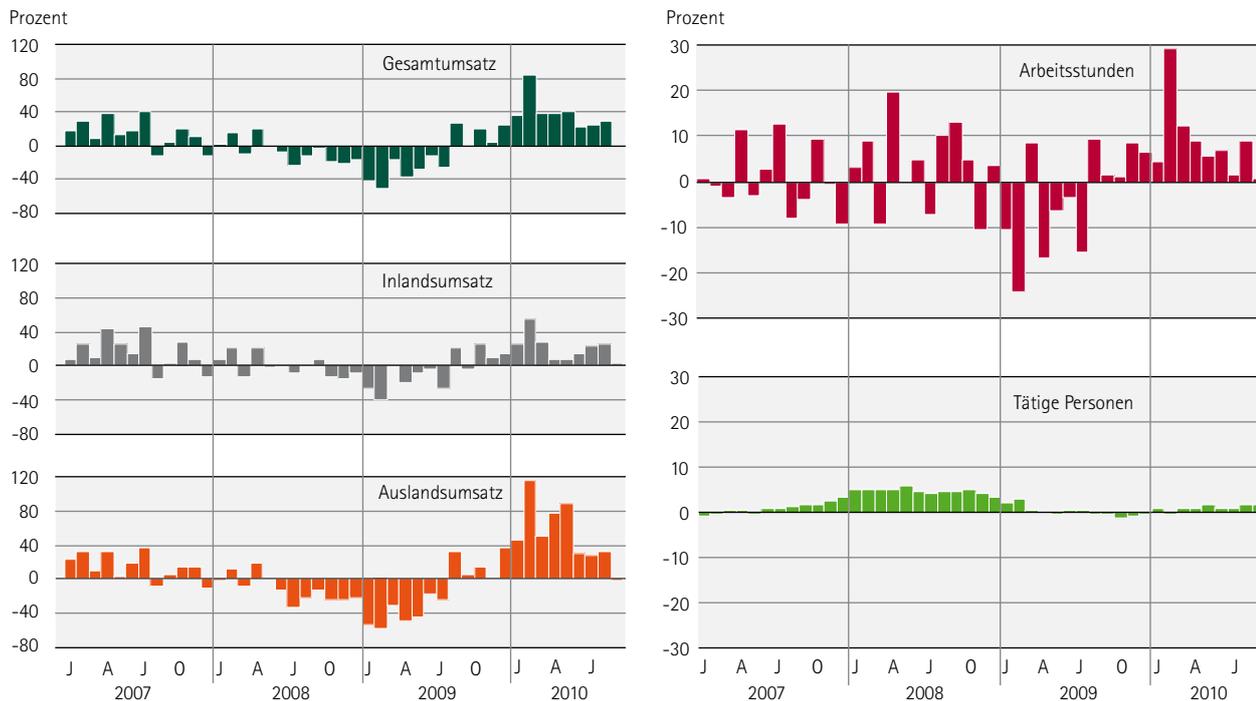
Bei den Auftragseingängen für das Verarbeitende Gewerbe, die hier in Form des Volumenindex betrachtet werden, ergibt sich der entsprechende Aufschwungzeitpunkt bereits um die Mitte des dritten Quartals 2009, d. h. rund zwei Monate vor der Trendwende beim

Umsatz. Im Zeitraum von Januar bis September 2010 erhöhte sich der Auftragseingangsindex im Mittel um 24,9 Prozent gegenüber 2009, wobei sich das Inlandsgeschäft mit 20,2 Prozent weniger dynamisch als das Auslandsgeschäft mit 30,1 Prozent entwickelte.

Abb. 2 Umsatz, Arbeitsstunden und tätige Personen im Kraftfahrzeugbau (WZ 29) in Sachsen von Januar 2007 bis September 2010



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat (Basis: Originalzahlen)

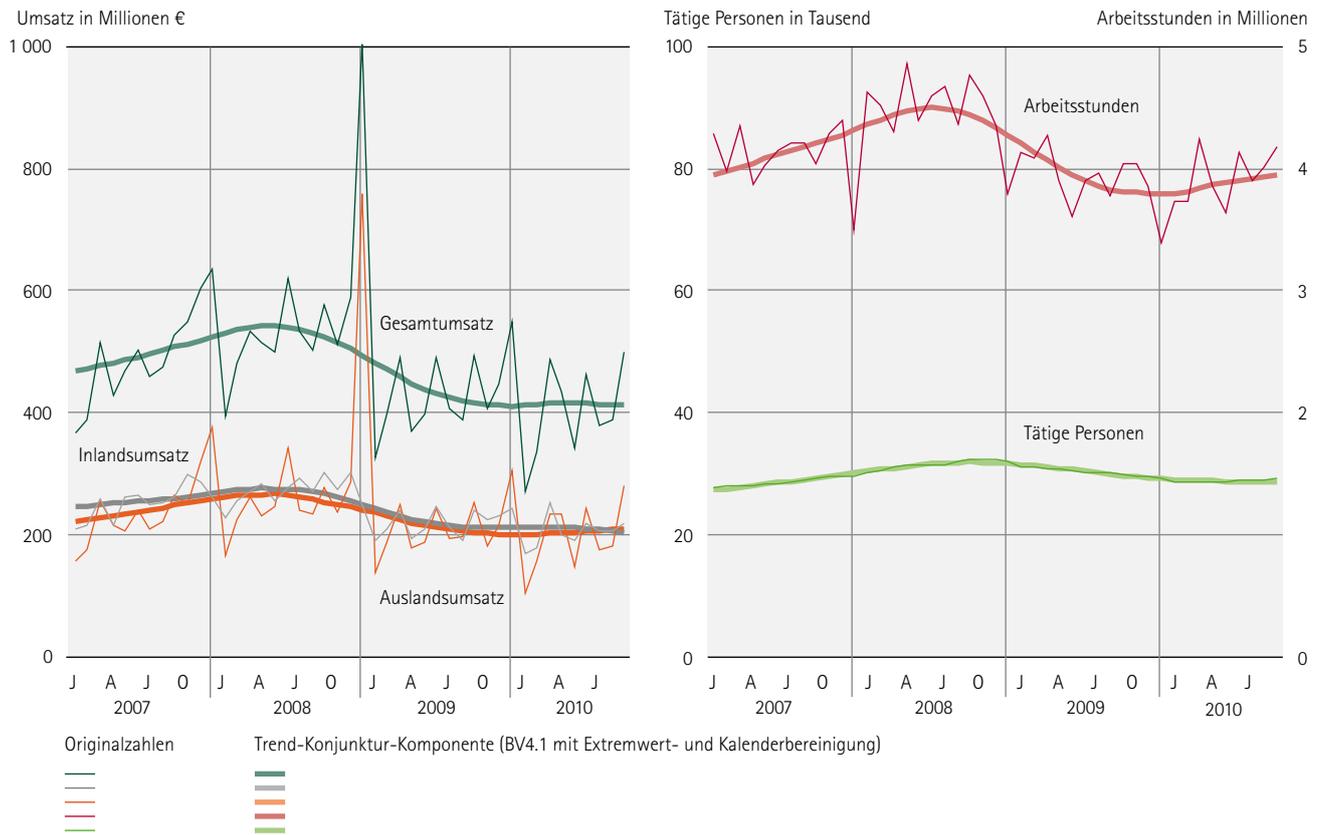


Innerhalb der sächsischen Industrie stellt der Fahrzeugbau mit einem Umsatzanteil von gegenwärtig rund 27 Prozent die bedeutendste Branche dar. Die Umsatzentwicklung verlief auch hier seit dem Tiefstand der TKK im ersten Quartal 2009 bis in die erste Jahreshälfte 2010 hinein ausgesprochen kräftig aufwärtsgerichtet, bevor sie zum aktuellen

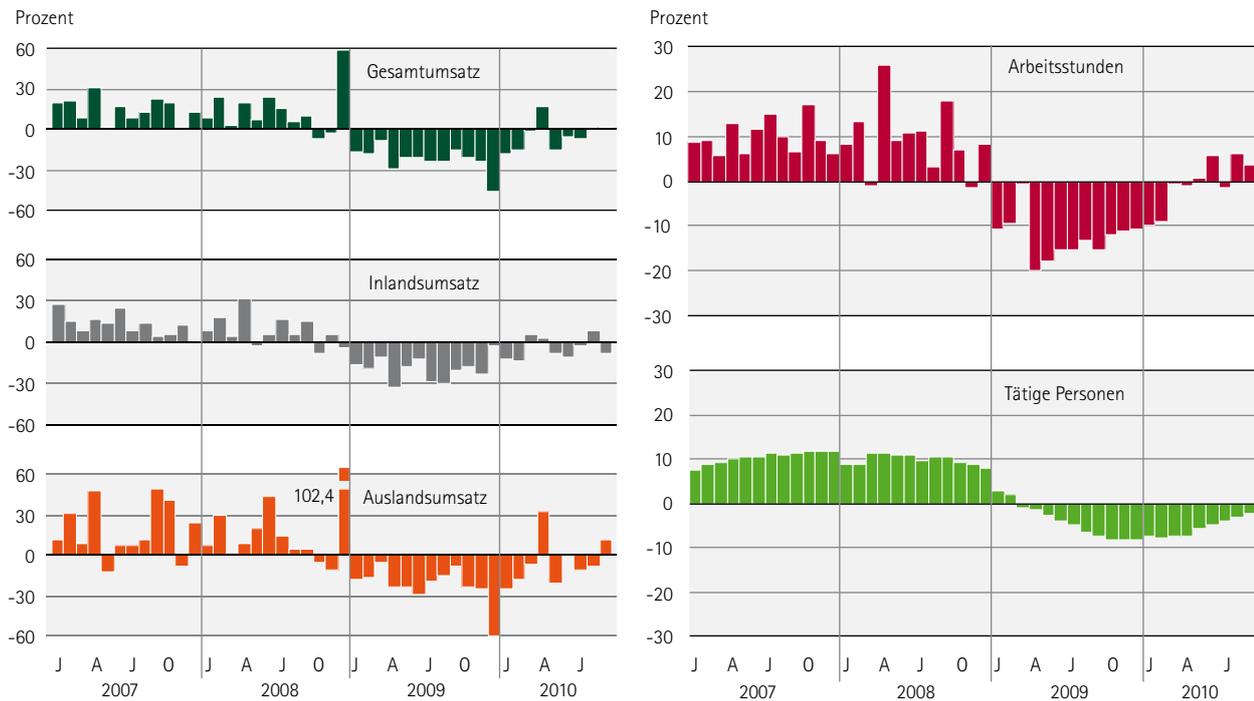
Rand hin – nicht zuletzt auch auf Grund der im Sommer üblichen Betriebsunterbrechungen („Werksferien“) – deutlich an Dynamik verlor. Im September 2010 wurden dennoch wieder Gesamtumsätze im Wert von über einer Milliarde € erwirtschaftet (vgl. Abb. 2). Hieran zeigt sich einmal mehr, dass eine allein anhand der TKK vorgenommene Konjunktur-

beobachtung für den aktuellen Rand zu kurz greifen würde, da gerade hier die Entwicklungsverläufe durch gewisse Unsicherheiten geprägt sind. Von Januar bis September 2010 beliefen sich die Gesamtumsätze auf knapp 9,6 Milliarden €, 31,6 Prozent mehr als in den ersten neun Monaten 2009. Damit entspricht das gegenwärtige Umsatzniveau in

Abb. 3 Umsatz, Arbeitsstunden und tätige Personen im Maschinenbau¹⁾ (WZ 28) in Sachsen von Januar 2007 bis September 2010



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat (Basis: Originalzahlen)



1) Beim Umsatzwert im Dezember 2008 handelt es sich um einen extremen statistischen Ausreißer, der sich aus der einmaligen Abrechnung eines Großauftrages im Anlagenbau ergab.

etwa wieder dem Stand vor dem Einsetzen der Krise in der Automobilbranche in den ersten Monaten des Jahres 2008 (vgl. Abb. 2). Im Inlandsgeschäft steigerten sich die Umsätze um 18,5 Prozent, mit dem Ausland sogar um 45,9 Prozent. Dementsprechend lag die Exportquote jüngst mit rund 53 Prozent wieder über der

50-Prozent-Marke, nachdem sie zu Zeiten der Wirtschaftskrise zeitweise darunter gelegen hatte (vgl. Abb. 2). In der Dynamik beider Entwicklungen kommt die starke Abhängigkeit dieser Branche von der Entwicklung auf den Auslandsmärkten zum Ausdruck. Der Außenhandelsstatistik zufolge erreichten die in

den ersten neun Monaten 2010 realisierten Importe von Erzeugnissen des Kraftfahrzeugbaus zwar nur ein um 1,0 Prozent höheres Niveau als im Vorjahr; der Umfang der Exporte jedoch verdoppelte sich beinahe auf insgesamt gut 6,9 Milliarden €. Dabei resultierte der Zuwachs um 93,9 Prozent vordergründig

Tab. 1 Kurzarbeiter¹⁾ in ausgewählten Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen von April 2009 bis Mai 2010

WZ 2008-Code ²⁾	2009									2010				
	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai
	Personen													
B + C	53 455	51 569	45 299	40 459	40 317	38 210	37 132	31 654	29 708	32 928	28 847	28 839	23 544	19 104
darunter														
B	108	106	63	27	57	54	69	98	134	240	279	195	118	67
10	110	324	203	303	262	155	108	108	85	123	136	230	195	179
21	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
24	4 201	4 654	4 013	3 676	4 110	4 770	3 747	3 686	3 556	3 562	2 823	3 005	2 073	1 717
25	9 370	9 326	7 900	6 379	6 014	5 580	5 720	5 194	4 891	5 707	5 300	5 202	4 012	3 186
26	4 115	4 240	3 307	3 195	3 257	2 494	2 376	1 835	1 641	1 235	1 258	1 025	1 175	951
28	10 461	11 234	10 511	10 032	9 330	9 978	11 048	8 709	7 594	8 559	8 144	7 895	6 695	5 308
29	8 703	6 406	3 926	3 454	4 053	2 383	2 007	1 909	2 526	2 879	1 366	1 244	1 215	791

1) entsprechend den Angaben aus den von den Arbeitgebern bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) eingereichten Abrechnungslisten

2) B + C - Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; B - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; 10 - Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln;

21 - Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen; 24 - Metallerzeugung und -bearbeitung; 25 - Herstellung von Metallerzeugnissen; 26 - Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen; 28 - Maschinenbau; 29 - Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA); Erstellungsdatum: 30. November 2010

aus der überaus dynamischen Exportsteigerung bei Personenkraftwagen und Wohnmobilen.

Die TKK der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden verharrte im Jahresverlauf 2010 auf einem weitgehend gleichen aber grundsätzlich höheren Niveau als 2009, worin sich bei nur minimaler Veränderung der Beschäftigtenzahlen erneut der mittlerweile weit fortgeschrittene Verzicht auf Kurzarbeit widerspiegelt (vgl. Abb. 2 und Tab. 1). Das durch diese Maßnahme in konjunkturell schwierigen Zeiten erleichterte Festhalten an großen Teilen der Stammebelegschaft mit entsprechendem „Betriebs-Know-how“ dürfte den dynamischen Aufschwung im Automobilbau zusätzlich beflügelt haben.

So waren in jener Branche bei allen Merkmalen sowohl die Minima der TKK als auch fortwährend höhere Niveaus als im Vorjahresmonat eher erreicht, als es für die Industrie insgesamt charakteristisch war. Der „gewichtete Trendwendezeitpunkt“ lag beim Umsatz am Ende des zweiten Quartals 2009, bei den Arbeitsstunden geringfügig dahinter. Bei den tätigen Personen war er dagegen erst zu Jahresbeginn 2010 erreicht. Für den Großteil der übrigen sächsischen Industriezweige ergeben sich diese Vorläufer-Nachläufer-Beziehungen zwischen den einzelnen Konjunkturindikatoren in ähnlicher Weise.

In einigen wenigen Branchen, so u. a. auch im Maschinenbau, wo aktuell rund ein Zehntel aller Industrieumsätze erwirtschaftet werden, ist bis zuletzt keine nachhaltige Aufwärtsentwicklung festzustellen. So verharrte die TKK beim Umsatz im bisherigen Jahresverlauf 2010 faktisch auf einem gleichbleibend niedrigen

Niveau – die Stände des Vorjahres wurden in der Regel sogar noch unterschritten (vgl. Abb. 3). In den ersten neun Monaten 2010 erwirtschaftete man Gesamtumsätze in Höhe von 3,6 Milliarden €, die sich annähernd zu gleichen Teilen aus Inlands- und Auslandsumsätzen zusammensetzen. Das waren 4,3 Prozent weniger als von Januar bis September 2009, wobei der Rückgang im Inlandsgeschäft mit 4,5 Prozent geringfügig stärker als der im Auslandsgeschäft mit 4,0 Prozent ausfiel.

Bei den Arbeitsstunden zeigte sich im Jahresverlauf 2010 dagegen wieder eine moderate Aufwärtsentwicklung der TKK (vgl. Abb. 3), in der – bei vergleichsweise nur wenig veränderlichen Beschäftigtenzahlen – einmal mehr die seit geraumer Zeit rückläufigen Kurzarbeiterzahlen zum Ausdruck kommen. Allerdings fiel der entsprechende Rückgang im Maschinenbaubereich merklich geringer als im überwiegenden Teil der übrigen Industriebranchen aus (vgl. Tab. 1). Beim Auftragseingangsindex setzte bereits zu Beginn des vierten Quartals 2009 eine beständig aufwärtsgerichtete Entwicklung ein. Dies lässt nunmehr auch auf eine baldige nachhaltige Erholung der Umsätze in dieser Branche hoffen.

Wie aus Abbildung 4 hervorgeht, war die Umsatzentwicklung in den ersten neun Monaten 2010 gegenüber 2009 in den anderen relativ umsatzstarken Branchen der sächsischen Industrie durch unterschiedlich starke Zuwächse gekennzeichnet, nachdem es im Krisenjahr 2009 – mit Ausnahme der gesamtwirtschaftlich weniger bedeutenden Pharmaindustrie – überall zu teils massiven Einbrüchen gekommen war. Im Bereich „Metallerzeugung und -bearbeitung“ war die aktuelle Umsatzent-

wicklung neben dem Basiseffekt auch auf eine signifikante Erzeugerpreissteigerung zurückzuführen.⁵⁾ In mehreren Branchen zeigten sich nach einigen moderaten Beschäftigtenzuwächsen im Verlauf des Jahres 2010 auch für das Arbeitsvolumen Zunahmen.⁶⁾

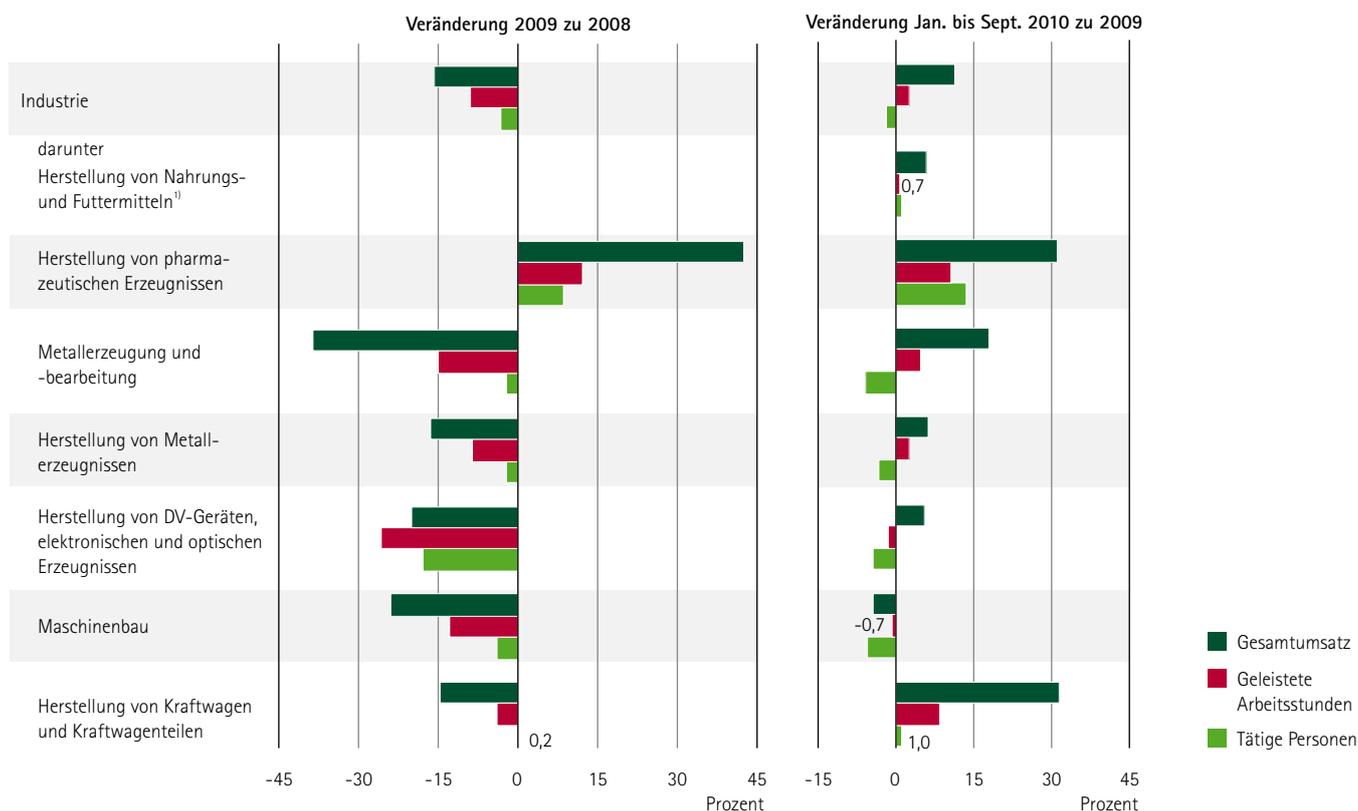
Bei einer noch detaillierteren wirtschaftsfachlichen Betrachtung auf der Ebene der Wirtschaftsgruppen (sog. WZ-Dreisteller) im Bereich der Industrie ist zu erkennen, dass die konjunkturelle Entwicklung hier grundsätzlich in der gleichen Richtung verläuft wie auf der bisher beschriebenen Ebene der WZ-Zweisteller (Wirtschaftsabteilungen). In Einzelfällen waren aber auch entgegengesetzte oder unterschiedlich intensive Verläufe festzustellen, die – je nach Bedeutung der Wirtschaftsgruppe – die Gesamtentwicklung noch zusätzlich beflügelten bzw. bremsend auf sie wirkten.

Der konjunkturelle Aufschwung in der sächsischen Industrie ist also nicht nur auf einige wenige Branchen beschränkt, sondern hat mittlerweile eine beachtliche Breite erreicht. Davon zeugen auch die Zeitpunk-

5) So stiegen die bundesdeutschen Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte (Inlandsabsatz) von Januar bis September 2010 gegenüber den ersten neun Monaten 2009 in dieser Branche um durchschnittlich 10,5 Prozent (Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt: 2,1 Prozent). In den übrigen in Abb. 4 visualisierten Industriezweigen lag die Teuerung stets unter der Zwei-Prozent-Marke oder war sogar negativ.

6) Die in mehreren Fällen zu verzeichnenden Rückgänge bei den tätigen Personen im Betrachtungszeitraum Januar bis September 2010 gegenüber 2009 sind vordergründig methodisch bedingt. So werden im Rahmen der jährlich im September durchgeführten Befragung diejenigen Betriebe ermittelt, die aufgrund von Beschäftigtenabbau (bzw. -aufbau) in eine andere Beschäftigtengrößenklasse wechseln und damit u. U. auch aus dem Berichtskreis „50+“ ausscheiden. Diese „Berichtskreisaktualisierung“, die zu Beginn eines jeden Jahres wirksam wird, stellt dann einen Strukturbruch dar und wirkt sich letztlich auch auf alle übrigen Merkmale aus.

Abb. 4 Umsatz, Arbeitsstunden und tätige Personen in ausgewählten Industriezweigen in Sachsen 2009 und von Januar bis September 2010



Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen

1) Da die Daten 2008 der statistischen Geheimhaltungspflicht unterlagen, können hier auch keine Jahresveränderungsraten angegeben werden.

te, zu denen eine nachhaltig ausgeprägte Aufwärtsentwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen einsetzt, wobei die Bestimmung dieses Zeitpunktes (vgl. hierzu den methodischen Anhang) – in Ermangelung an monatlich verfügbaren Daten zur realen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung – anhand der Umsatzentwicklung als gängigem Präsenzindikator mit Nachlauf zu den Auftragseingängen und Vorlauf zu Arbeitsvolumen und Beschäftigten vorzunehmen ist. Danach zeichnet sich bis September 2010 beinahe überall ein entsprechender Aufschwung ab, wenngleich die Niveaus von vor der Krise in aller Regel noch nicht wieder erreicht sind. Noch vor der Jahreshälfte 2009 war der Aufschwung im Kraftfahrzeugbau angekommen, wenig später dann auch in der Möbelindustrie und in der Gummi- und Kunststoffbranche. Gegen Ende des dritten Quartals 2009 erreichte er das Textilgewerbe, den Bereich „Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren“ sowie die Papierindustrie. Zu Beginn des vierten Quartals 2010 folgten zunächst der Bereich „Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen“, die Chemische Industrie sowie die „Herstellung von elektrischen Ausrüstungen“, bevor die ausgeprägte Aufwärtsentwicklung beim Umsatz gegen Ende des Jahres dann auch

in der Metallindustrie, der DV-Branche, der Nahrungsmittelindustrie sowie im Glas- und Keramikgewerbe einsetzte. Erst kurz vor Jahresmitte 2010 hielt der Aufschwung schließlich in der Bekleidungsindustrie Einzug. Ähnlich dem Maschinenbau blieb auch bei der Getränkeherstellung eine nachhaltige konjunkturelle Erholung bis zuletzt aus. Im – während der Krise nur wenig in Mitleidenschaft gezogenen – sonstigen Fahrzeugbau weisen die Konjunkturindikatoren seit geraumer Zeit sogar signifikant nach unten, was u. a. auch mit einem Sondereinfluss in Zusammenhang stehen dürfte, von dem Sachsen jüngst in besonderem Maße betroffen war.

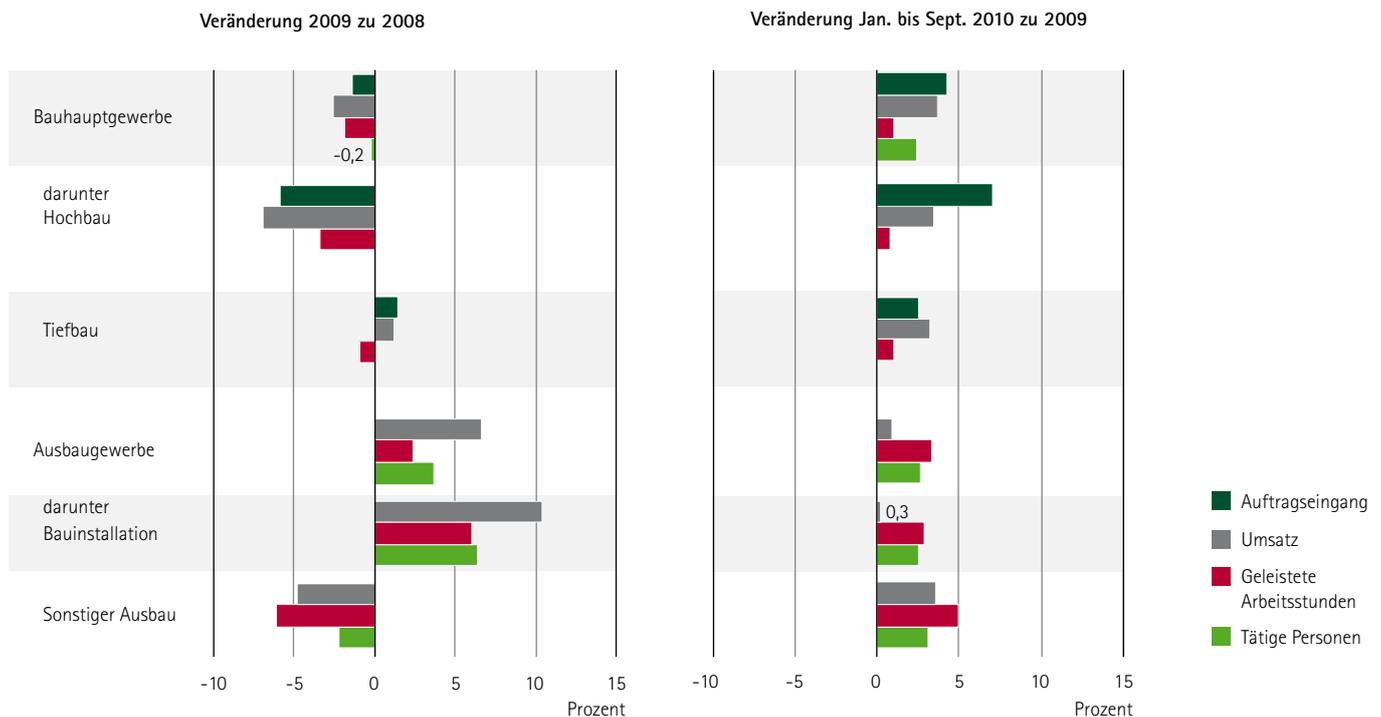
Konjunkturentwicklung im Baugewerbe⁷⁾

Im Baugewerbe verlief die aktuelle Konjunkturentwicklung bis zum September 2010 deutlich verhaltener aufwärtsgerichtet, als in der Industrie. So erreichten die Umsätze im Bauhauptgewerbe am aktuellen Rand mit gut 388 Millionen € ihren bisherigen Jahreshöchststand und summierten sich von Januar bis September 2010 auf insgesamt 2,5 Milliarden €. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum kam dies einem Wachstum um 3,7 Prozent gleich (vgl. Abb. 5). Dabei wurden die Niveausteigerungen im Jahresver-

lauf 2010 tendenziell immer größer, nachdem das Umsatzniveau in den Monaten Januar bis März sogar niedriger als im jeweiligen Vorjahresmonat ausgefallen war. In dieser Entwicklung spiegelt sich der ausgesprochen strenge und lang anhaltende Winter 2009/2010 wider, der eine Abarbeitung der ab dem Jahreswechsel eingegangenen Aufträge auf breiter Front erst um den Anfang des zweiten Quartals 2010 ermöglichte. Darüber hinaus erklärt dies auch die – im Vergleich zum Beschäftigtenzuwachs – relativ verhaltene Entwicklung bei den geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe. Für die Auftragseingänge, die der Umsatzentwicklung auch hier um wenige Monate vorlaufen, war im Betrachtungszeitraum von Januar bis September 2010 gegenüber 2009 ein etwas stärkerer Zuwachs in Höhe von 4,3 Prozent zu verzeichnen. Im Gegensatz zu der von der Krise geprägten Zeit über das Jahr 2009 trugen zum aktuellen Aufschwung im Bauhauptgewerbe sowohl der Hoch- als auch der Tiefbau bei (vgl. Abb. 5). Dabei war der Einfluss beider Sparten auf die Gesamtentwicklung mit Umsatzanteilen von rund 44 bzw. 56 Prozent weitestgehend identisch.

7) Betriebe von Unternehmen des Bauhauptgewerbes sowie des Ausbaugewerbes mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen.

Abb. 5 Auftragseingang, Umsatz, Arbeitsstunden und tätige Personen im Bauhauptgewerbe und im Ausbaugewerbe¹⁾ in Sachsen 2009 und von Januar bis September 2010



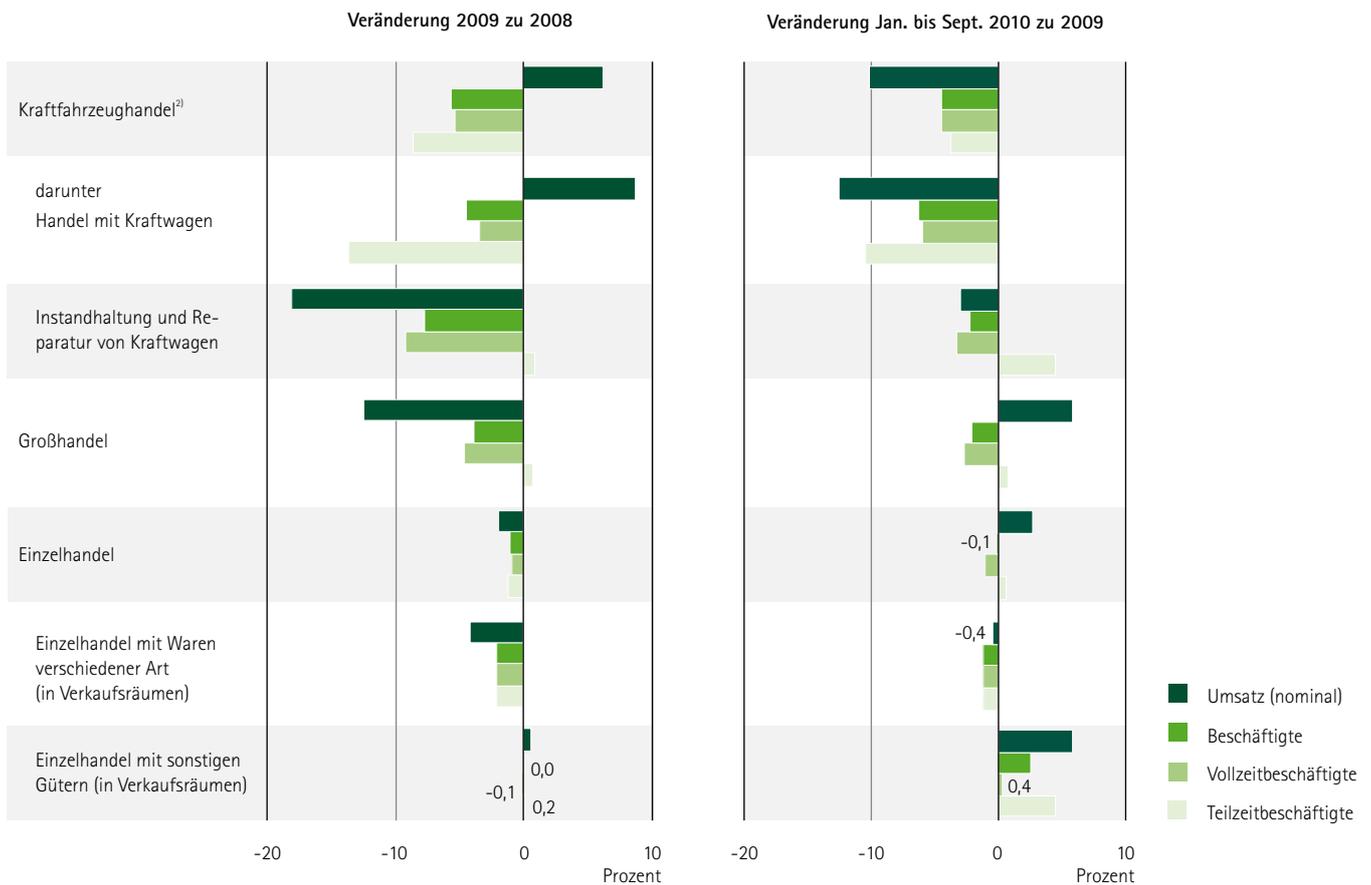
Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen
 1) Im Ausbaugewerbe wird das Merkmal "Auftragseingang" nicht erhoben.

Insbesondere der gewerbliche Bau entwickelte sich jüngst sehr dynamisch, was in erster Linie auf den breiten Konjunkturaufschwung in der Industrie und die dadurch induzierten (Erweiterungs-)Investitionen zurückzuführen sein dürfte. Vom Öffentlichen Bau einschließlich Straßenbau gingen dagegen keine Wachstumsimpulse mehr aus. Dies stand sowohl mit den durch die staatliche Investitionsförderung von Baumaßnahmen im Bildungs- und Infrastrukturbereich („Kommunales Investitionsprogramm“ zur Modernisierung von Kindergärten, Schulen und Verkehrsinfrastruktur) [4] begünstigten Vorzieheffekten nach 2009 als auch mit witterungsbedingten Arbeitsausfällen um den Jahresanfang 2010 in Verbindung. Der Wohnungsbau, in dem die Entwicklung 2010 weiterhin deutlich negativ verlief, wirkte aufgrund seiner vergleichsweise geringen Bedeutung dem Aufschwung im Bauhauptgewerbe aber nur geringfügig entgegen. Im Hinblick auf die Baupreisentwicklung vom Jahresende 2009 bis August 2010 zeigten sich für alle Bauarten nur geringe Veränderungen um maximal 1,3 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Insofern geht von hier kein verzerrender Einfluss auf die Umsatzentwicklung in den einzelnen Bausparten des Bauhauptgewerbes aus. Im Ausbaugewerbe wurden in den ersten drei Quartalen 2010 Umsätze im Wert von

1 393 Millionen € erzielt. Während dies einer moderaten Zunahme um 0,9 Prozent gegenüber Januar bis September 2009 entsprach, waren für das Arbeitsvolumen und die Zahl der tätigen Personen deutlichere Zuwächse um 3,3 bzw. 2,7 Prozent zu verzeichnen. Zu Zeiten der Wirtschaftskrise hatte das Ausbaugewerbe und hierunter insbesondere der Bereich „Bauinstallation“, zu dem neben „Elektroinstallation“ sowie „Gas-, Wasser- und Heizungsinstallation“ auch die „Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung“ zählt, bereits erheblich von den Stimulationen des „energetischen Gebäudesanierungsprogramms“ im Rahmen des Konjunkturpakets profitiert [5]. Dafür fehlten im Jahre 2010 nun aber die entsprechenden Aufträge, um das Umsatzniveau des Vorjahres erneut zu erreichen bzw. zu übertreffen (vgl. Abb. 5). Die zu verzeichnenden Zuwächse im „sonstigen Ausbau“, die vordergründig durch die positiven Entwicklungen in den Bereichen „Anbringen von Stuckaturen, Gipserei, Verputzerei“, „Bautischlerei und Bauschlosserei“ sowie „Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei“ hervorgerufen wurden, konnten die Gesamtentwicklung im Ausbaugewerbe nicht entscheidend beeinflussen. Dafür war das Gewicht des Bereichs mit einem Umsatzanteil von nur rund 18 Prozent viel zu gering.

Konjunkturerwicklung im Binnenhandel
 Nachdem die Situation im Handel zu Zeiten der Wirtschaftskrise grundsätzlich in allen Bereichen durch mehr oder weniger starke Rückgänge bei Umsatz und Beschäftigten gekennzeichnet gewesen war, verlief die Entwicklung in den ersten drei Quartalen 2010 uneinheitlich (vgl. Abb. 6). So verringerten sich im Kraftfahrzeughandel die Umsätze nominal um 10,1 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum und die Zahl der Beschäftigten insgesamt um 4,4 Prozent. Dabei wurde die Entwicklung vorrangig durch die deutlichen Rückgänge beim „Handel mit Kraftwagen“ bestimmt. Dahinter stehen letztlich die fehlenden Geschäftsabschlüsse, die im Zuge der staatlichen „Umweltpremie“ bereits ins Jahr 2009 vorgezogen wurden und dort zu einer günstigen Umsatzsituation führten. Dafür war und ist die Reparaturbedürftigkeit der vielfach angeschafften Neuwagen relativ niedrig, was die signifikanten Rückgänge im Bereich „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ erklärt. Die Entwicklungen spiegeln sich auch in der Statistik über die PKW-Neuzulassungen wider. Hatte es von Januar bis September 2009 insgesamt 134 721 Neuzulassungen gegeben, so verringerte sich ihre Zahl in den ersten neun Monaten 2010 um fast 38 Prozent auf insgesamt nur noch 83 673 Fälle.

Abb. 6 Umsatz und Beschäftigte im Binnenhandel in Sachsen 2009 und von Januar bis September 2010¹⁾



1) Im Laufe des Jahres 2010 erfolgte in der Binnenhandelsstatistik der Umstieg auf einen wesentlich veränderten Berichtskreis an Auskunftspflichtigen, was einen plausiblen Vergleich der Ergebnisse mit denen früherer Jahre nahezu unmöglich machte. Aus diesem Grund wurden hier die Veränderungsdaten 2009 gegenüber 2008 zum Datenstand des Berichtsmonates Mai 2010 einheitlich nach altem Berichtskreis, jene für den Betrachtungszeitraum Januar bis September 2010 gegenüber 2009 dagegen zum Datenstand des Berichtsmonates September 2010 einheitlich nach neuem Berichtskreis dargestellt. (Für den Zeitraum von Januar 2009 bis Mai 2010 liegen die entsprechenden Daten in einer Doppelaufbereitung sowohl für den alten als auch für den neuen Berichtskreis vor.)

2) sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

Im Großhandel, in dem es 2009 ebenfalls zu deutlichen Rückgängen bei beiden hierfür zur Verfügung stehenden Konjunkturindikatoren gekommen war, zeigt sich aktuell zumindest für die Umsätze wieder ein deutliches nominales Plus von 5,8 Prozent, welches maßgeblich auf die positive Entwicklung im Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern zurückgeht. In beiden Entwicklungen kommt der enge Bezug des Bereichs zur Industrie und der dortigen Konjunkturentwicklung zum Ausdruck (vgl. Abb. 4 und Abb. 6).

Auch der Einzelhandel konnte vom allgemeinen Aufschwung im Jahr 2010 grundsätzlich profitieren – die von Januar bis September realisierten Umsätze lagen nominal um 2,7 Prozent höher als im Vorjahr, während die Zahl der Beschäftigten insgesamt faktisch unverändert blieb (vgl. Abb. 6). In der umsatzstärksten Sparte, d. h. dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem hauptsächlich der Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln sowie Getränken und Tabakwaren in Supermärkten zählt, kam es sowohl beim Umsatz als auch bei den Beschäftigten erneut zu geringfügigen Rückgängen. Solch moderate

Veränderungen sind für jene Sparte typisch, da der Grundbedarf an Nahrungsmitteln in der Bevölkerung – unabhängig von der allgemeinen Konjunkturentwicklung – in der Regel keinen sonderlich großen Schwankungen unterliegt. Dahingegen waren im Einzelhandel mit sonstigen Gütern, wozu u. a. der Handel von Apotheken einschließlich medizinischer sowie orthopädischer Artikel fällt, bei beiden Konjunkturindikatoren signifikante Zuwächse zu verzeichnen (vgl. Abb. 6).

Konjunkturentwicklung in den Dienstleistungsbereichen⁸⁾

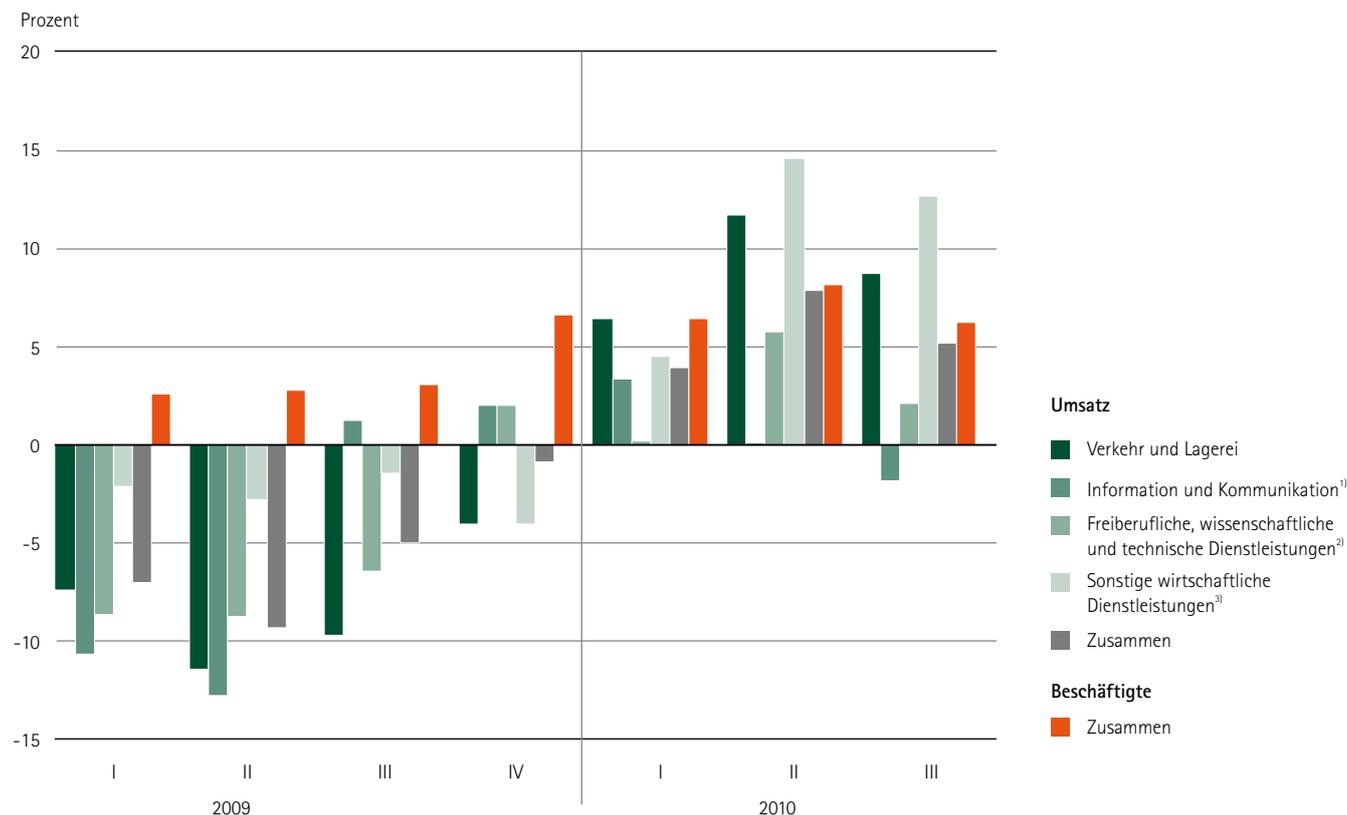
Bei den Umsätzen waren nach überwiegenden Rückgängen im Verlauf des Jahres 2009 in den ersten drei Quartalen 2010 bis auf wenige Ausnahmen wieder deutliche Zuwächse zu verzeichnen, die zum aktuellen Rand hin aber an Intensität verloren (vgl. Abb. 7). So lag der Gesamtumsatz im dritten Quartal 2010 um 5,2 Prozent über dem Vorjahresniveau. Neben dem Bereich „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“, unter die u. a. Abfüll- sowie Verpackungstätigkeiten und die „Vermittlung/Überlassung von Ar-

beitskräften“ fallen, trug hierzu vor allem auch der Bereich „Verkehr und Lagerei“ bei, in dem u. a. das Speditionsgewerbe angesiedelt ist. Daran wird erkennbar, wie stark der breite Konjunkturaufschwung in der Industrie auch auf den Dienstleistungsbereich ausstrahlt.

Die Zahl der Beschäftigten insgesamt erhöhte sich im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal seit Jahresbeginn 2009 – entgegen der Entwicklung bei den Umsätzen – bislang in jedem Vierteljahr, wobei die Zuwächse ab dem vierten Quartal 2009 zusehends höher ausfielen. Im dritten Quartal 2010 lag die entsprechende Steigerung so bei 6,2 Pro-

8) Für die Konjunkturbeobachtung in ausgewählten Dienstleistungsbereichen, hier in den Bereichen Verkehr und Lagerei, Information und Kommunikation, Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, stehen nach einer relativ schwierigen Übergangsphase hin zum sog. „Mixmodell“, das neben der Verwaltungsdatenverwendung die Durchführung von Primärerhebungen bei Einheiten über gewissen Abschnidegrenzen vorsieht, gegenwärtig quartalsweise ausschließlich die Veränderungsdaten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal bzw. Vorquartal auf Ebene der WZ-Abschnitte zur Verfügung. Aufgrund der höheren Aussagekraft („saisonale Besonderheiten beim Vorquartals-Vergleich“) beschränkt sich die Betrachtung hier ausschließlich auf Erstere.

Abb. 7 Umsatz und Beschäftigte in ausgewählten Dienstleistungsbereichen in Sachsen vom 1. Quartal 2009 bis zum 3. Quartal 2010
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal



Angaben am aktuellen Rand (2. Quartal 2010 und 3. Quartal 2010) - vorläufig

1) Einzelne Abteilungen dieses WZ-Abschnitts werden erst seit dem Übergang zur WZ 2008 ab dem 1. Quartal 2009 bei der Konjunkturstatistik DL erfasst, deshalb musste für das 1. Quartal 2009 ausschließlich auf Verwaltungsdaten zurückgegriffen werden. Die Veränderungsdaten dieser WZ-Abteilung gegenüber 2008 sind daher nur eingeschränkt aussagefähig.

2) In diesem WZ-Abschnitt werden die Unternehmen in den WZ-Abteilungen "Verwaltung und Führung von Unternehmen", "Forschung und Entwicklung" sowie "Veterinärwesen" nicht befragt.

3) In diesem WZ-Abschnitt werden die Unternehmen in den WZ-Abteilungen "Vermietung beweglicher Sachen", "Hausmeisterdienste" sowie "Garten- und Landschaftsbau" nicht befragt.

zent (vgl. Abb. 7). Neben den vergleichsweise moderaten Beschäftigtensteigerungen in den WZ-Abschnitten „Verkehr und Lagerei“, „Information und Kommunikation“ sowie „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ wurde die aktuelle Entwicklung insbesondere durch die dynamischen Zuwächse bei den „Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ getragen. Wie schon erwähnt, zählt hierunter zu gut zwei Fünfteln die „Vermittlung/Überlassung von Arbeitskräften“, also die Zeitarbeitsbranche, in der seit dem vierten Quartal 2009 wieder massive und sich zum aktuellen Rand hin weiter verstärkende Beschäftigtenzuwächse zu beobachten sind. Auch diese Entwicklungen in jener – als zeitnaher Indikator für konjunkturelle Veränderungen bekannten – Personengruppe zeugen von einem ausgeprägten Aufschwung in Industrie und Dienstleistungssektor.

Zusammenfassung und Ausblick

Die zu Zeiten der Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 erheblich betroffene sächsische Wirtschaft erholt sich seit geraumer Zeit auf breiter Front. Die Industrie, in

der der nachhaltige Konjunkturaufschwung – gemessen anhand der Umsatzentwicklung – bereits vor dem Jahresende 2009 einsetzte, ist in die Rolle des „Konjunkturmotors“ zurückgekehrt. Dies zeigt sich auch daran, dass ein entsprechender Aufschwung bis zum aktuellen Rand im überwiegenden Teil der Industriezweige zu beobachten ist. Dabei ergeben sich zwischen den einzelnen Konjunkturindikatoren im Wesentlichen die gleichen Vorläufer-Nachläufer-Beziehungen, wie zu einem früheren Zeitpunkt schon für den Krisenzeitraum herausgearbeitet [1, S. 12]. Innerhalb des Baugewerbes, in dem sich momentan sowohl das Bauhauptgewerbe als auch das Ausbaugewerbe aufwärts entwickelt, gewann die Konjunktur im Laufe des Jahres 2010 – nicht zuletzt aufgrund des harten Winters und dem bevorstehenden Auslaufen der staatlichen Stützungsmaßnahmen – verhaltener an Fahrt. Auch im Binnenhandel fehlt es nach einer erfreulich stabilen Entwicklung während der allgemeinen Rezessionsphase 2009 gegenwärtig noch an Dynamik. So profitieren zwar einzelne Sparten von der zusehends günstigeren Wirtschaftslage, doch stellt sich besonders die Beschäftigungssituation nach wie vor angespannt dar.

Dagegen entfaltet der breite Aufschwung in der Industrie für die übrigen Dienstleistungsbereiche, etwa für das Speditionsgewerbe oder die Zeitarbeitsbranche, erhebliche Wachstumsimpulse, die die Konjunktur hier seit einigen Quartalen entsprechend günstig ausfallen ließen.

Den Analysen zufolge dürfte sich der gesamtwirtschaftliche Aufschwung in der nahen Zukunft weiter fortsetzen, wird aber an Dynamik verlieren. Dies steht im Einklang mit den aktuellen Konjunkturprognosen aus Wissenschaft [6] und Politik [7] für die Bundesebene.

Methodischer Anhang

Der im Rahmen dieser Analysen verwendete „gewichtete Trendwendenzeitpunkt“ ergibt sich aus der kombinierten Betrachtung des nachhaltigen Vorzeichenwechsels bei der TTK im Vormonats- sowie bei den unbereinigten und bereinigten Reihen im Vorjahresmonatsvergleich. Da die Vormonats-Veränderungsraten der Originalreihe aufgrund der starken monatlichen Schwankungen in der Regel keine klare Entwicklungsrichtung erkennen lassen, bleiben sie an dieser Stelle weitestgehend unberücksichtigt.

Wie aus Abbildung 1 exemplarisch für die Umsatzentwicklung in der Industrie hervorgeht, liegt das Minimum der TKK genau zur Jahresmitte 2009. Ab diesem Zeitpunkt ist ein stabiles Umsatzniveau erreicht, welches sich in der Folgezeit zunächst allmählich erholt. Die Vorjahresstände werden – bei den bereinigten wie unbereinigten Umsätzen – dagegen erst mehrere Monate später, nämlich ab Januar 2010, übertroffen. Dementsprechend muss der nachhaltige und ausgeprägte Aufschwung irgendwo zwischen jenen beiden Zeitpunkten eingesetzt haben.

In der vorliegenden Untersuchung wurden die Zeitpunkte eines Vorzeichenwechsels bei den Veränderungsraten gegenüber dem Vormonat sowie dem Vorjahresmonat zu gleichen Teilen bei der Ermittlung des „gewichteten Trendwendenzeitpunktes“ berücksichtigt. Entsprechend ging das aus der TKK-Reihe im Vormonatsvergleich resultierende Ergebnis zu 50 Prozent in die Berechnungen ein, während die sich aus der Vorjahresmonatsbetrachtung ergebenden Monate, zu deren Lage u. a. auch Basiseffekte beitragen, sich zu je 25 Prozent im „gewichteten Trendwendenzeitpunkt“ niederschlagen. Dabei wird an dieser Stelle durch den Einbezug der bereinigten Reihe sichergestellt, dass ein „gewichteter Trendwendenzeitpunkt“ auch für weniger bedeutsame Industriezweige bestimmbar ist, in denen der Vorjahresmonatsvergleich bei den Originalzahlen nicht immer eine klare Entwicklungsrichtung zeigt. Neben diesem Sachverhalt werden durch die stärkere Fokussierung auf den geglätteten, längerfristigen Trendverlauf der TKK-Reihe auch verzerrende Einflüsse, die sich z. B. aus der Abrechnung von Großaufträgen, saisonalen Besonderheiten oder Kalenderunregelmäßigkeiten – etwa variierenden Schul- bzw. Werksferienterminen in den Sommermonaten – sowie durch sonstige Zufälle ergeben, entscheidend abgemildert.

Das hier gewählte Vorgehen stellt somit eine Möglichkeit dar, für beliebige Konjunkturindikatoren im Nachgang näherungsweise jenen Zeitpunkt zu bestimmen, ab dem eine nachhaltige Änderung in der Entwicklungsrichtung vorliegt.

Roman Straube, Dipl.-Volkswirt,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Gesamtwirtschaftliche Analysen
Dr. Wolf-Dietmar Speich
Referatsleiter Wirtschaftsanalyse, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Straube, R.: Analysen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen 2008/2009 anhand ausgewählter konjunkturstatistischer Kennzahlen, In: Statistik in Sachsen, 1/2010, S. 2 - 13.
- [2] Straube, R. und G. Vogt: Amtliche Konjunkturdaten und ifo Geschäftsklimaindex für Sachsen 2008 und 2009 – Wie gestalten sich die Zusammenhänge? In: Statistik in Sachsen, 2/2010, S. 2 – 10.
- [3] 5. Kamenzer Dialog: Konjunktur – Aktuelle Ergebnisse und Ansätze zur Visualisierung konjunkturstatistischer Daten. In: Statistik in Sachsen, 4/2010, S. 53 – 56.
- [4] Vgl. <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/konjunkturpakete-1-und-2,did=285854.html> [Aufruf vom 11. 11. 2010].
- [5] Vgl. <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/konjunkturpakete-1-und-2,did=278908.html> [Aufruf vom 11. 11. 2010].
- [6] Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010 – Deutschland im Aufschwung, Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen, München, Oktober 2010 sowie Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Chancen für einen stabilen Aufschwung – Jahresgutachten 2010/11, Wiesbaden, November 2011.
- [7] Vgl. <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/reden-und-interviews,did=364452.html> [Aufruf vom 11. 11. 2010]
- [8] Statistisches Landesamt der Freistaates Sachsen: Konjunkturbericht für den Freistaat Sachsen – März 2010, Kamenz 2010, S. 20 ff.

Ergebnisse der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen in ausgewählten Altersgruppen nach Kreisfreien Städten und Landkreisen bis 2025

Im Statistischen Landesamt wurde 2010 die 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose erstellt. In diesem Beitrag werden einige grundsätzliche Aussagen dazu getroffen. Außerdem werden ausgewählte Ergebnisse für Sachsen vorgestellt. Speziell wird auf die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in Altersgruppen, die für den Besuch von allgemein bildenden Schulen relevant sind, eingegangen. Neben den Ergebnissen für den Freistaat Sachsen werden hier auch Entwicklungen für die Kreisfreien Städte und Landkreise beschrieben.

In der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen wird die

voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 2025 aufgezeigt. Prognosedaten werden primär für das Land, die Landkreise und Kreisfreien Städte sowie für Gemeinden ab 5 000 Einwohner angeboten. Zusätzlich werden aufbereitete Daten für weitere Regionalstrukturen wie zum Beispiel Raumkategorien, Wahlkreise oder Fördergebiete bereitgestellt. Den Vorausberechnungen liegen Annahmen zum Geburtenverhalten, der Sterblichkeit sowie zum Wanderungsverhalten zu Grunde. Diese basieren auf den Analysen der demografischen Trends der letzten fünf Jahre. Es wurden zwei Prognosevarianten berechnet. Diese markieren die Grenzen eines Korridors,

in dem sich die Bevölkerungszahl voraussichtlich entwickeln wird. Für die Variante 1 wurden die Annahmen und Eckergebnisse aus der aktuellen Bevölkerungsvorausbe-rechnung für die Länder des Statistischen Bundesamtes (Variante V1-W1) vom Februar 2010 übertragen. Durch die Einbindung der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausbe-rechnung in die 5. Regionalisierte Bevölke-rungsprognose kann die zukünftige regionale Entwicklung der sächsischen Bevölkerung in den bundesdeutschen Kontext eingeordnet werden. Die zweite Variante wurde überwie-gend aus landesspezifischen Annahme-Sze-narien gebildet.

Tab.1 Eckdaten der Annahmeszenarien

Merkmal	Variante 1	Variante 2
Zusammengefasste Geburtenziffer 2020	1,45	1,42
Durchschnittsalter der Mutter bei der Geburt 2020	32,7 Jahre	31,2 Jahre
Lebenserwartung 2030		
männlich	81,6 Jahre	81,6 Jahre
weiblich	86,3 Jahre	86,3 Jahre
Wanderungssaldo 2009 - 2030		
Ausland	+78 000	+17 000
Neue Bundesländer	+48 000	+2 000
Früheres Bundesgebiet	-137 000	-161 000

Annahmeszenarien

Die beiden Varianten unterscheiden sich in den Annahmen zu der Auslandswanderung, dem Wanderungsaustausch mit dem Bundesgebiet und der Geburtenhäufigkeit. Die Unterschiede beziehen sich auf den zeitlichen Verlauf und die Intensität der Veränderung der einzelnen Komponenten. Die grundsätzlichen Trendaussagen sind gleich. Im daraus entstehenden Annahmenkorridor bildet die Variante 1 (V1) die obere der zwei Varianten. Die landesspezifischen Annahmeszenarien

Abb. 1 Annahmen für die Variante 1 und 2

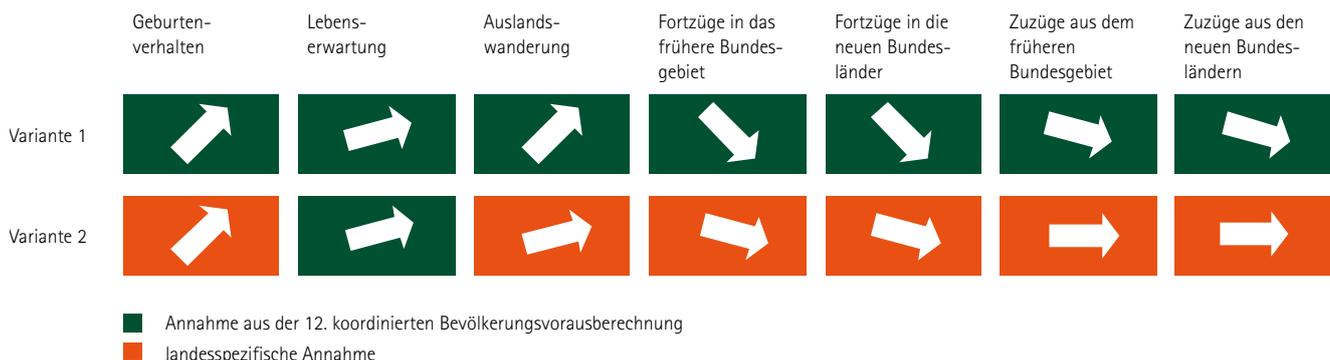
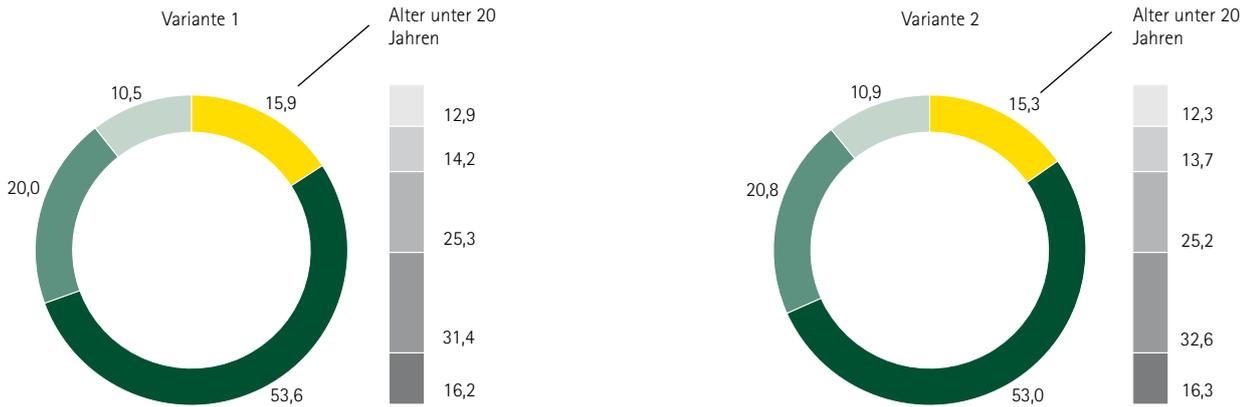


Abb. 2 Bevölkerung des Freistaates Sachsen nach Altersgruppen in Prozent

2025



2009



ergeben die untere Variante 2 (V 2) (vgl. Tab 1 und Abb. 1).

Bei der Darstellung der Prognoseergebnisse wird das Ergebnis der Bevölkerungsfortschreibung für 2009 als Bezugsjahr für die Beschreibung von Entwicklungen genutzt. Das erste in den Veröffentlichungen ausgewiesene Prognosejahr ist damit 2010.

Ergebnisse

Bundesweiter Rückgang der Bevölkerung

Nach den Ergebnissen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 1-W1) des Statistischen Bundesamtes werden bundesweit bis 2025 die Bevölkerungszahlen um 3,6 Prozent zurückgehen. Lediglich in Hamburg und in Bayern wird noch mit einem leichten Anstieg (um 4,2 bzw. 0,7 Prozent) gerechnet. Während für Sachsen mit über neun Prozent weniger Einwohnern gerechnet wird, fällt die Bevölkerungsschrumpfung in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland noch stärker aus. Auch nach 2025 geht der Schrumpfungsprozess weiter. 2030 werden im Vergleich zu 2009 in Deutschland voraussichtlich 5,4 Prozent weniger Menschen leben. [1]

Tab. 2 Bevölkerung des Freistaates Sachsen am 31. Dezember 2009 und 2025 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	2009	2025		Veränderung gegenüber 2009	
		Variante 1	Variante 2	Variante 1	Variante 2
	1 000			%	
Chemnitz, Stadt	243,1	221,1	213,5	-9,0	-12,2
Erzgebirgskreis	372,4	307,3	300,2	-17,5	-19,4
Mittelsachsen	332,2	277,5	270,6	-16,5	-18,5
Vogtlandkreis	247,2	205,0	200,4	-17,1	-18,9
Zwickau	345,1	288,5	281,6	-16,4	-18,4
Direktionsbezirk Chemnitz	1 540,0	1 299,5	1 266,4	-15,6	-17,8
Dresden, Stadt	517,1	554,0	523,3	7,1	1,2
Bautzen	325,0	273,5	266,4	-15,9	-18,1
Görlitz	281,1	232,1	226,1	-17,4	-19,6
Meißen	254,5	223,9	217,4	-12,0	-14,6
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	253,8	232,2	224,5	-8,5	-11,6
Direktionsbezirk Dresden	1 631,5	1 515,6	1 457,7	-7,1	-10,7
Leipzig, Stadt	518,9	538,6	512,0	3,8	-1,3
Leipzig	269,7	241,8	234,2	-10,3	-13,2
Nordsachsen	208,7	182,0	176,5	-12,8	-15,4
Direktionsbezirk Leipzig	997,2	962,4	922,6	-3,5	-7,5
Sachsen	4 168,7	3 777,5	3 646,7	-9,4	-12,5

Sachsen schrumpft auf unter 4 Millionen Einwohner

Am Jahresende 2009 lebten knapp 4,2 Millionen Einwohner in Sachsen. Im Jahr 2025 wird die Einwohnerzahl voraussichtlich 3,6 bis 3,8 Millionen Einwohner betragen. Das bedeutet einen Rückgang um 391 000 (9,4 Prozent) bzw. 522 000 Einwohner (12,5 Prozent) gegenüber 2009. Sinkende Bevölkerungszahlen sind in allen Landkreisen und der Kreisfreien Stadt Chemnitz zu erwarten. Lediglich die Städte Dresden und Leipzig können Zuwächse erwarten. Für Leipzig trifft dieses jedoch nur nach der V1 zu. Unterschiede treten jedoch bei der Höhe der zu verzeichnenden Rückgänge auf. Nach der V1 wird in neun von zehn Landkreisen mit über zehn Prozent weniger Einwohnern gerechnet, darunter in sechs Landkreisen mit über 15 Prozent. Die Vorausberechnungen nach der V2 verweisen durchweg (außer für die Städte Leipzig und Dresden) auf Verluste von über zehn Prozent für alle Landkreise, bis hin zu einem Fünftel weniger Einwohnern im Landkreis Görlitz. (vgl. Tab 2 und Abb. 4)

Nach den Ergebnissen der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose werden der Bevölkerungsrückgang und die damit verbundene Alterung der Bevölkerung weiter anhalten. Das Geburtendefizit (Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung - Saldo NBB) wird die bestimmende Größe bei der Bevölkerungsbilanz.

Weniger Personen im Erwerbsalter erwartet

Ende 2009 waren knapp 15 Prozent der Bevölkerung jünger als 20 Jahre. Fast ein Viertel der sächsischen Bevölkerung war 65 Jahre und älter. Die Personen im Erwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahren stellten mehr als 60 Prozent der Bevölkerung. Während der Anteil der unter 20-Jährigen im Jahr 2025 nur bis zu einem Prozentpunkt höher sein wird als 2009, steigt der Anteil der 65-Jährigen und Älteren auf fast ein Drittel. Der Anteil der Personen im Erwerbsalter wird am Ende des Prognosezeitraumes auf 53 Prozent gesunken sein.

Diese Veränderungen bei den Relationen der Altersgruppen basieren auf zum Teil deutlichen Änderungen in den Besetzungstärken der einzelnen Altersgruppen (vgl. Abb. 2). Ende 2009 lebten in Sachsen 615 000 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren. Bis 2025 wird der Bestand in dieser Altersgruppe um zwei bzw. neun Prozent sinken. Die Zahl der ab 65-Jährigen steigt bis 2025 um bis zu 129 000 Personen auf fast 1,2 Millionen. Das ist ein Zuwachs um fast 13 Prozent. Besonders die Bevölkerung ab 80 Jahren nimmt beachtlich zu. Deren Zahl steigt von 252 000

im Jahr 2009 auf 399 000 im Jahr 2025. Das entspricht einer Steigerung um mehr als 58 Prozent. Am Ende des Prognosezeitraumes wird fast jeder zehnte Einwohner in Sachsen 80 Jahre und älter sein. Das Durchschnittsalter der Sachsen wird sich somit von 45,9 Jahren im Jahr 2009 auf 49,3 (V1) bzw. 50,1 Jahre (V2) bis 2025 erhöhen. [2]

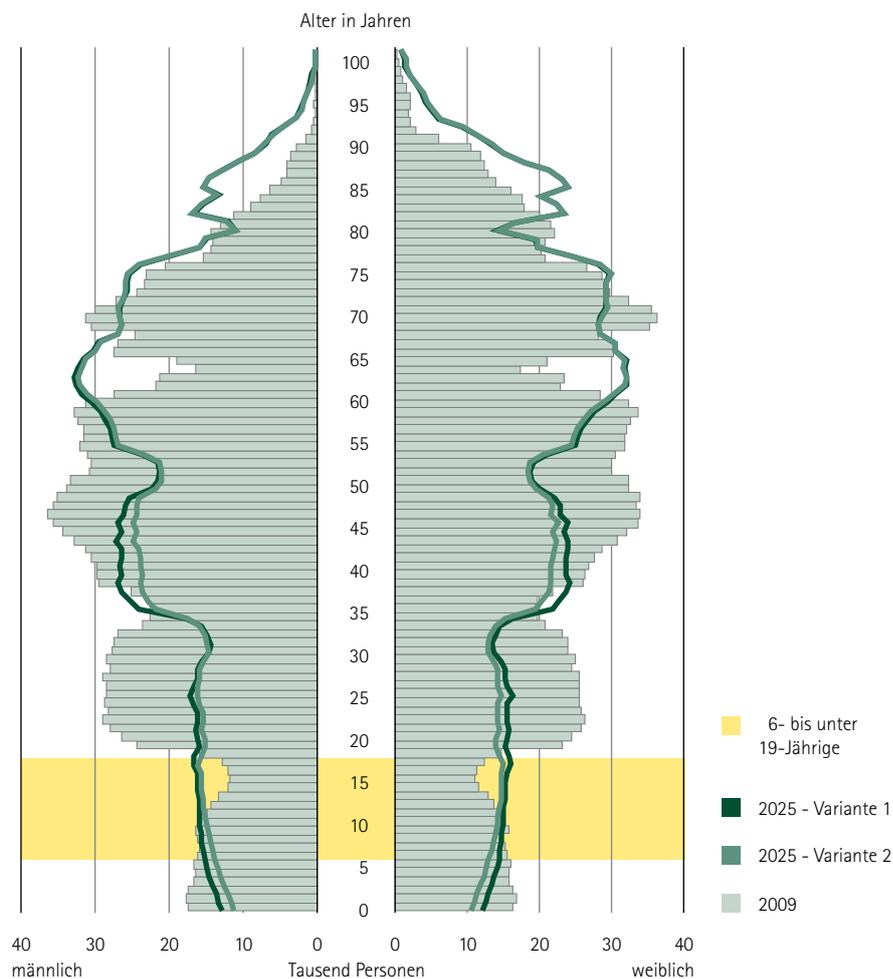
Neben den auffällig hohen Zuwächsen in den Altersgruppen der 60- bis unter 65-Jährigen (46 bzw. 44 Prozent) und der über 70-Jährigen sind auch positive Entwicklungen in den Altersgruppen der 10- bis unter 15-Jährigen (13 bzw. acht Prozent) und der 15- bis unter 20-Jährigen (sieben bzw. ein Prozent) zu verzeichnen. Der Anstieg der Bevölkerungszahlen in den genannten Altersgruppen entsteht u. a. durch die besonders niedrige Besetzung dieser Altersgruppen im Basisjahr 2009. Die Gruppe der 60- bis unter 65-Jährigen entspricht den schwachen Geburtsjahrgängen 1944 bis 1949 und die Kinder und Jugendlichen, die 2009 im Alter von 10 bis unter 20 Jahren waren, kommen aus den geburtenschwachen Jahrgängen nach der politischen Wende.

In den zwei genannten Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen befindet sich ein großer Teil der Schüler an allgemein bildenden Schulen. Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in diesen Altersgruppen ist somit entscheidend für die künftige Schülerzahl an den sächsischen allgemein bildenden Schulen. Um die Auswirkungen der voraussichtlichen Entwicklung der Bevölkerungszahlen auf die Schülerzahlen detaillierter zu betrachten, wurden sogenannte Schulaltersstufen gebildet (vgl. Abb. 3).

Schulaltersstufen

Die Gruppe der 6- bis unter 11-Jährigen ist hauptsächlich dem Primarbereich, also den Grund- und Förderschulen zuzuordnen. Die 11- bis unter 17-Jährigen sind neben den Förderschulen auf den weiterführenden Schulen, wie den Mittelschulen und Gymnasien, überwiegend in der Sekundarstufe I, zu finden. Für die Entwicklung der Schülerzahlen in der Sekundarstufe II spielt die Altersgruppe der 17- bis unter 19-Jährigen eine Rolle. Ein Teil der Jugendlichen dieser Altersgruppe ist auch

Abb. 3 Bevölkerung des Freistaates Sachsen am 31. Dezember 2009 und 2025 nach Alter und Geschlecht



noch dem Sekundarbereich I (Mittel- und Förderschulen) zuzuordnen.

Die Verteilung der Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen in den ausgewählten Altersgruppen auf die verschiedenen Schularten wird bei Vorausberechnungen der Schülerzahlen herangezogen. Auf Basis der Bevölkerungsvorausberechnungen für die ausgewählten Altersgruppen können Annahmen zur Entwicklung der Schülerzahlen für die einzelnen Schularten getroffen werden. Insbesondere für Aussagen über künftige Schülerzahlen in ausgewählten Regionen, zum Beispiel in den Landkreisen des Freistaates Sachsen, bilden die voraussichtlichen Bevölkerungszahlen in den Schulaltersstufen die entscheidende Grundlage.

Verteilung der Schülerinnen und Schüler in den Schulaltersstufen auf die Schularten der allgemein bildenden Schulen

Im Schuljahr 2009/10 lernten in den allgemein bildenden Schulen im Freistaat Sachsen 301 252 Schülerinnen und Schüler. Von ihnen waren 46 Prozent im Alter zwischen 6 bis unter 11 Jahren, reichlich 48 Prozent zwischen 11 und unter 17 Jahren sowie fünf Prozent zwischen 17 und unter 19 Jahren. Die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler auf die verschiedenen Schularten im Schuljahr 2009/10 sah wie folgt aus: Die Schülerinnen und Schüler der Altersgruppe 6 bis unter 11 Jahren wurden zu knapp 86 Prozent an den Grundschulen, zu fünf Prozent an Förderschulen und bereits vier bzw. knapp fünf Prozent an Mittelschulen bzw. Gymnasien unterrichtet. Die Hälfte der 11- bis unter 17-jährigen Schülerinnen und Schüler besuchte eine Mittelschule, 41 Prozent von ihnen war an einem Gymnasium, sieben Prozent an einer Förderschule und noch ein Prozent an einer Grundschule. Der überwiegende Teil (78 Prozent) der Schülerinnen und Schüler im Alter von 17 bis unter 19 Jahren lernte an Gymnasien, 15 Prozent an Mittelschulen und über fünf Prozent an Förderschulen.

Weniger Kinder im Alter von 6 bis unter 11 Jahren

In Sachsen wird 2025 im Vergleich zu 2009 in der Altersgruppe der 6- bis unter 11-Jährigen mit einem Rückgang um reichlich drei Prozent bzw. knapp elf Prozent gerechnet. Während in den Jahren 2010, 2012 bis 2014 und 2016 noch leichte Anstiege erwartet werden, tritt ab 2017 ein jährlicher Rückgang ein. Absolut werden somit 2025 über 5 000 bzw. knapp 17 000 Kinder zwischen 6 und 11 Jahren weniger in Sachsen leben. Dieses wird voraussichtlich sinkende Schülerzahlen überwiegend in der Primarstufe,

Abb. 4 Veränderung der Bevölkerung des Freistaates Sachsen 2025 gegenüber 2009

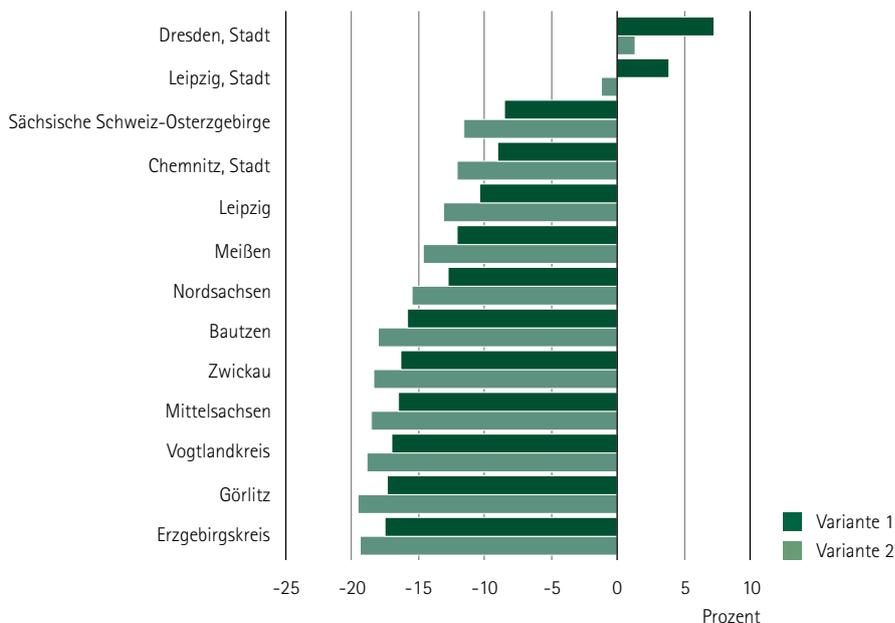
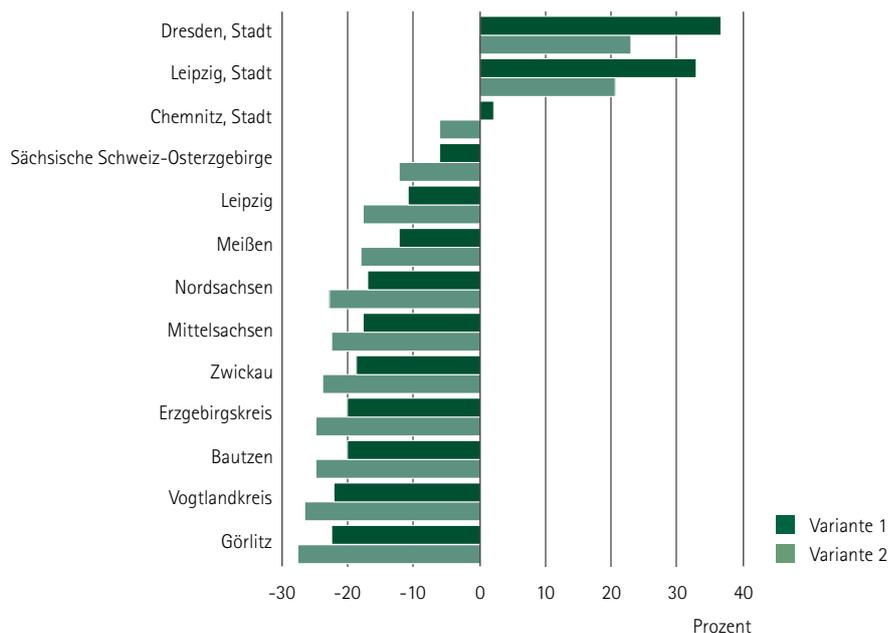


Abb. 5 Veränderung der Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 11 Jahren des Freistaates Sachsen 2025 gegenüber 2009



also in den Grund- und Förderschulen, nach sich ziehen.

Rückgänge sind in allen Landkreisen des Freistaates Sachsen sowohl nach V1 als auch nach V2 zu verzeichnen. Die Rückgänge nach V1 liegen in den einzelnen Landkreisen zwischen 23 und sechs Prozent bzw. nach V2 zwischen 28 und zwölf Prozent. In vier Landkreisen (in beiden Varianten) wird es 2025 über 20 Prozent Kinder dieser Altersgruppe weniger geben als 2009, nach V2 betrifft dies sieben Landkreise.

Anders verläuft die Entwicklung in den drei Kreisfreien Städten. In Dresden wird es nach

V1 über ein Drittel mehr Kinder dieser Altersgruppe geben und auch nach V2 wird noch mit einem Anstieg um knapp ein Viertel gerechnet. Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich für die Kreisfreie Stadt Leipzig ab. Hier wird es voraussichtlich ein Drittel bzw. ein Fünftel mehr Kinder geben. In Chemnitz werden lediglich nach V1 steigende Kinderzahlen, allerdings nur um zwei Prozent, vorausgerechnet. Nach V2 muss mit Einbußen um bis sechs Prozent gerechnet werden (vgl. Abb. 5).

Tab. 3 Bevölkerung des Freistaates Sachsen am 31. Dezember 2009 und 2025 nach Altersgruppen und Kreisfreien Städten und Landkreisen (in 1 000)

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	2009			2025			Veränderung gegenüber 2009		
	Alter von ... bis unter ... Jahren								
	6 - 11	11 - 17	17 - 19	6 - 11	11 - 17	17 - 19	6 - 11	11 - 17	17 - 19
Variante 1									
Chemnitz, Stadt	8,5	7,8	2,9	8,6	10,5	3,7	0,2	2,7	0,8
Dresden, Stadt	19,6	16,9	6,3	26,8	29,8	10,1	7,2	12,9	3,8
Leipzig, Stadt	18,1	16,6	6,4	24,0	27,0	9,1	6,0	10,5	2,6
Bautzen	12,9	12,8	4,7	10,3	13,6	4,8	-2,6	0,9	0,1
Erzgebirgskreis	14,1	14,7	5,2	11,3	15,2	5,3	-2,8	0,5	0,1
Görlitz	10,4	11,2	3,9	8,0	10,7	3,9	-2,3	-0,6	0,0
Leipzig	10,7	10,6	3,9	9,5	12,3	4,2	-1,1	1,7	0,3
Meißen	10,3	9,8	3,5	9,0	11,7	4,0	-1,3	1,9	0,5
Mittelsachsen	12,6	13,0	4,6	10,3	13,8	4,9	-2,2	0,8	0,2
Nordsachsen	8,2	8,2	3,0	6,8	8,9	3,2	-1,4	0,7	0,2
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	10,3	10,1	3,3	9,7	12,4	4,3	-0,6	2,3	1,0
Vogtlandkreis	9,0	9,2	3,3	7,0	9,3	3,3	-2,0	0,0	-0,0
Zwickau	12,6	13,0	4,8	10,3	13,5	4,8	-2,3	0,5	-0,0
Sachsen	157,2	153,8	56,0	151,7	188,6	65,6	-5,4	34,8	9,5
Variante 2									
Chemnitz, Stadt	8,5	7,8	2,9	8,0	10,0	3,5	-0,5	2,3	0,5
Dresden, Stadt	19,6	16,9	6,3	24,2	28,3	9,4	4,6	11,4	3,1
Leipzig, Stadt	18,1	16,6	6,4	21,8	25,9	8,5	3,7	9,3	2,0
Bautzen	12,9	12,8	4,7	9,7	13,3	4,6	-3,2	0,5	-0,1
Erzgebirgskreis	14,1	14,7	5,2	10,6	14,8	5,1	-3,5	0,1	-0,1
Görlitz	10,4	11,2	3,9	7,5	10,2	3,6	-2,9	-1,0	-0,2
Leipzig	10,7	10,6	3,9	8,8	11,8	4,0	-1,9	1,2	0,1
Meißen	10,3	9,8	3,5	8,4	11,3	3,8	-1,9	1,5	0,3
Mittelsachsen	12,6	13,0	4,6	9,8	13,4	4,6	-2,8	0,5	0,0
Nordsachsen	8,2	8,2	3,0	6,4	8,5	2,9	-1,9	0,4	-0,1
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	10,3	10,1	3,3	9,0	12,0	4,1	-1,2	1,9	0,8
Vogtlandkreis	9,0	9,2	3,3	6,6	8,9	3,1	-2,4	-0,3	-0,2
Zwickau	12,6	13,0	4,8	9,6	13,1	4,6	-3,0	0,1	-0,3
Sachsen	157,2	153,8	56,0	140,3	181,6	61,8	-16,8	27,8	5,8

Zahl der Teenager wird steigen

Für Sachsen werden 2025 in der Altersgruppe der 11- bis unter 19-Jährigen zwischen 44 000 und 34 000 mehr Jugendliche erwartet als 2009. Für die Altersgruppe der 11- bis unter 17-Jährigen, die also überwiegend in der Sekundarstufe I zu unterrichten sind, werden steigende Bevölkerungszahlen zwischen 23 und 18 Prozent vorausgerechnet. In der Gruppe der 17- bis unter 19-Jährigen fällt die Steigerung etwas geringer aus. Sie wird zwischen 17 und zehn Prozent liegen.

Für Sachsen insgesamt werden in der Altersgruppe der 11- bis unter 17-Jährigen 2025 die höchsten Zahlen erwartet, bei den 17- bis unter 19-Jährigen trifft dies für 2025 zu. Daraus resultierend kann von stei-

genden Schülerzahlen an den Mittel- und Förderschulen sowie den Gymnasien ausgegangen werden.

Die positive Entwicklung der Bevölkerungszahlen für die 11- bis unter 17-Jährigen trifft auf alle Kreisfreien Städte und Landkreise außer dem Landkreis Görlitz zu, bei dem bei beiden Varianten von einem Rückgang (um fünf bzw. neun Prozent) ausgegangen werden muss. Im Vogtlandkreis wird nur in der V1 ein ganz geringer Zuwachs und in der V2 ein Verlust von drei Prozent ermittelt. In den drei Kreisfreien Städten werden auffällig hohe Bevölkerungszahlen, die zwischen 76 und 35 Prozent (V1) bzw. 67 und 29 Prozent (V2) über denen von 2009 liegen, erwartet. Positiv ragt unter den Landkreisen der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge he-

raus. Dort wird es 2025 voraussichtlich 23 bzw. 19 Prozent mehr Jugendliche dieser Altersgruppe geben als 2009.

Nach V1 werden 2025 in allen Kreisfreien Städten und Landkreisen, außer im Landkreis Zwickau und im Vogtlandkreis, mehr Jugendliche zwischen 17 und unter 19 Jahren leben als 2009. Der Zuwachs fällt in den einzelnen Regionen wieder sehr unterschiedlich aus. Neben Erhöhungen in den Städten Dresden (60 bzw. 49 Prozent) und Leipzig (41 bzw. 32 Prozent) ist es auch hier wieder der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, der mit 30 bzw. 23 Prozent mehr Einwohnern dieser Altersgruppe rechnen kann (vgl. Abb. 6 und 7).

Abb. 6 Veränderung der Bevölkerung im Alter von 11 bis unter 17 Jahren des Freistaates Sachsen 2025 gegenüber 2009

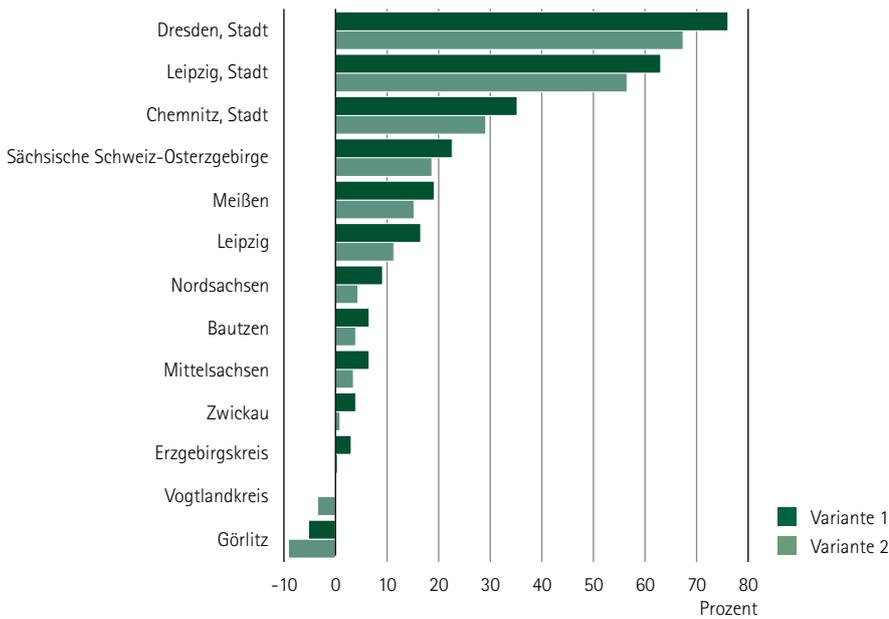
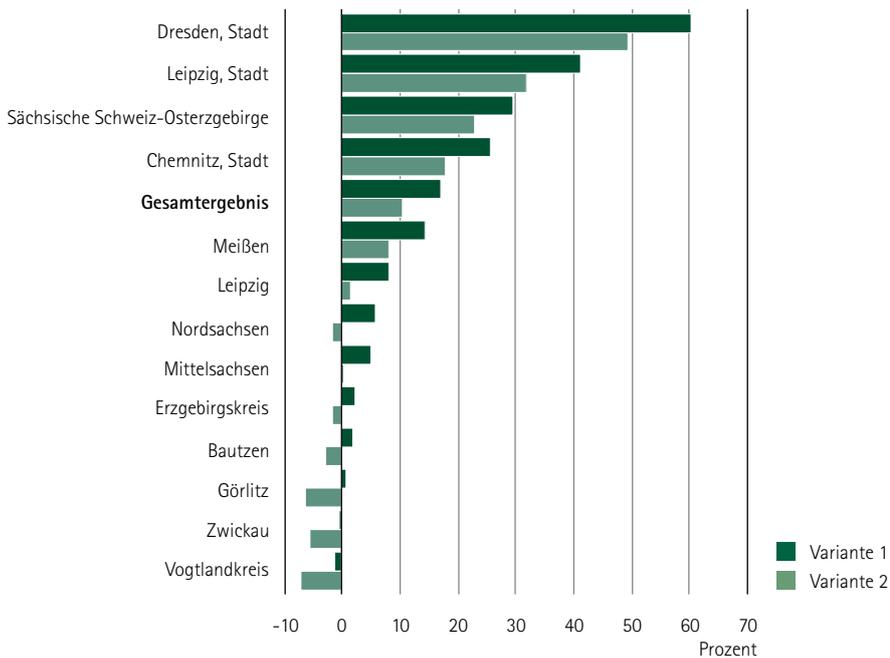


Abb. 7 Veränderung der Bevölkerung im Alter von 17 bis unter 19 Jahren des Freistaates Sachsen 2025 gegenüber 2009



Zusammenfassung

In Sachsen wird 2025 im Vergleich zu 2009 mit sinkenden Bevölkerungszahlen zwischen neun und 13 Prozent gerechnet. Besonders hohe Rückgänge sind in den Altersgruppen der 20- bis unter 35-Jährigen sowie der 45- bis unter 55-Jährigen zu erwarten. Dies wird sich überwiegend auf das Erwerbstätigenpotential auswirken. Erhebliche Zuwächse weisen neben der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen vor allem die 80-Jährigen und Älteren auf. Hier sind entsprechende Auswirkungen im Gesundheits- und Pflegebereich zu erwarten. In der Altersgruppe der 10- bis unter 20-Jährigen wird ein Bevölkerungsanstieg zu verzeichnen sein, der sich auf die Schülerzahlen, hauptsächlich in den allgemein bildenden Schulen, auswirken wird (vgl. Tab. 3).

Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen nach Schulaltersstufen in den einzelnen Regionen des Freistaates, wie auch die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die verschiedenen Schularten, wird in die geplanten Berechnungen im Statistischen Landesamt für eine Schüler- und Absolventenprognose einfließen. Über deren Ergebnisse wird in einem Beitrag in einer späteren Ausgabe der Zeitschrift berichtet.

Birgit Scheibe, Dipl.-Ökonomin, Referatsleiterin Sozialwissenschaftliche Analysen und Prognosen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Vgl. <http://www.destatis.de/>
- [2] Vgl. <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog/>

Soziale Mindestsicherung in Sachsen 2009

Vorbemerkungen

Am Jahresende 2009 erhielten in Deutschland knapp 7,8 Millionen Menschen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Leistungsbezieher um 1,5 Prozent. Damit waren am Jahresende 2009 in Deutschland 9,5 Prozent der Menschen auf Existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen, Ende 2008 waren es 9,3 Prozent. Diese Aussagen auf regionaler Ebene für das Land Sachsen zu präzisieren und damit die Berichterstattung zur sozialen Mindestsicherung in Sachsen weiterzuführen, ist Anliegen dieses Beitrages.

Struktur und Bestandteile der sozialen Mindestsicherung im Überblick

Die soziale Mindestsicherung beinhaltet eine Reihe von Sicherungssystemen, die durch Transferleistungen den Lebensunterhalt bedürftiger Personen sichern bzw. ergänzend

zu anderen Einkünften dazu beitragen. Seit 2005 werden folgende staatliche Leistungen im Begriff soziale Mindestsicherung zusammengefasst:

- Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem SGB II (Zweites Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende) [1]
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII – Sozialhilfe [2]
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII – Sozialhilfe [2]
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) [3]
- Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) [4]

Jedes dieser Sicherungssysteme unterliegt eigenen gesetzlichen Regelungen und hat aufgrund der dort festgelegten unterschiedlichen Anspruchsvoraussetzungen seinen speziellen Empfängerkreis. Gemeinsam ist ihnen eine Bedarfsorientierung – d. h. einem statistisch ermittelten Bedarf wird das vorhandene Einkommen (eigenes bzw. das aus vorrangig zu gewährenden Sozialleistungssystemen) gegenübergestellt und die Lücke wird durch die entsprechende Transferleistung geschlossen. Ob diese Berechnung für eine so genannte Bedarfsgemeinschaft oder Einzelpersonen durchgeführt wird und in wie weit Ehegatten, Kinder und Eltern dabei mit herangezogen werden, ist abhängig von der jeweiligen Leistung.

Auf die einzelnen Mindestsicherungssysteme und ihre Abgrenzung untereinander soll hier aber nicht mehr im Einzelnen eingegangen werden, da das u. a. Gegenstand des vorherigen Beitrags zur Mindestsicherung in Sachsen [5] war und auch in anderen Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Sachsen (Internet, Statistisches Jahrbuch) und vor allem im ersten Mindestsicherungsbericht der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2006“ [6] ausführlich erläutert wurde.

Zum Jahresende 2009 waren in Sachsen 524 544 Personen auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen. Welche Leistungen Ihnen aufgrund ihrer persönlichen Anspruchsberechtigung im Einzelnen gewährt wurden, zeigt die Tabelle 1. Die Anteile der Empfänger in den einzelnen Hilfearten widerspiegeln die Struktur der sozialen Mindestsicherung in Sachsen. Diese wird durch Abbildung 1 verdeutlicht, wobei dort ein Teil der Leistungen wegen ihrer geringen Empfängerzahlen nur zusammengefasst dargestellt werden kann.

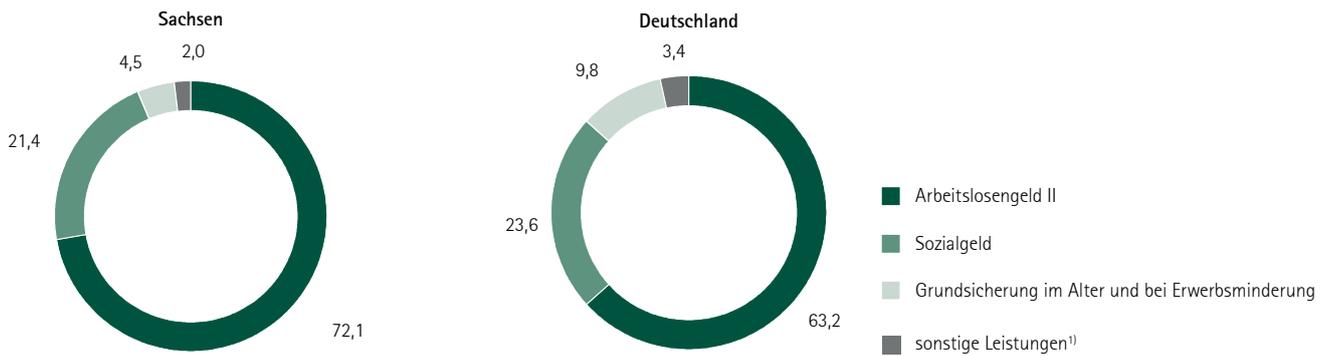
Tab. 1 Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung in Sachsen

Leistungsart	Jahresende 2009	Anteil in %	
		am Jahresende	
		2009	2005
Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende)	490 085	93,4	94,2
als Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige Hilfebedürftige	377 959	72,1	74,2
als Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige	112 126	21,4	20,0
Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB XII (Sozialhilfe)	27 431	5,2	4,0
als Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	23 722	4,5	3,6
als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	3 709	0,7	0,4
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	4 847	0,9	1,4
Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge ¹⁾	2 181	0,4	0,4
Insgesamt	524 544	100	100

1) Erhebung im Zweijahresturnus (gerades Jahr); für 2009 Angaben aus dem Berichtsjahr 2008

Quelle (für SGB II-Daten): Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Abb. 1 Leistungsempfänger der sozialen Mindestsicherung in Sachsen und Deutschland 2009 in Prozent



1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen; Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge

Zusammenhang mit und Abgrenzung zu anderen Sozialleistungssystemen

Ein Teil der Sozialleistungen, die ebenfalls zur Unterstützung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen beitragen, sind nicht in der sozialen Mindestsicherung enthalten: Der **Kinderzuschlag** und das **Wohngeld** sind den Mindestsicherungssystemen vorgelagerte Leistungen und zählen damit nicht zur Mindestsicherung als dem untersten sozialen Auffangnetz.

Kein Bestandteil der Mindestsicherung sind auch das **BAföG** und die **Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)** als staatliche Leistungen, die Personen in Ausbildung ermöglichen, ihren Lebensunterhalt (inkl. Wohnen) während dieser Ausbildung (Schule, Studium, Berufsausbildung) zu bestreiten.

Weitere Leistungen der Sozialhilfe wie z. B. die **Hilfen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII**, zählen deshalb nicht zur Mindestsicherung, weil sie vorrangig der Bewältigung

von besonderen Lebenssituationen dienen – der reine Lebensunterhalt für die betroffenen Hilfeempfänger wird bei entsprechender Bedürftigkeit unter Inanspruchnahme eines der Mindestsicherungssysteme bestritten.

Auf den **Kinderzuschlag** und das **Wohngeld** als Leistungen, die einkommensschwächeren Familien helfen sollen, ihren soziokulturellen Bedarf (inklusive Wohnen) ohne Inanspruchnahme der Mindestsicherungssysteme zu decken, soll später noch näher eingegangen werden. Ein Zusammenhang mit der Entwicklung der Empfängerzahlen in der Mindestsicherung kann hier auf jeden Fall vermutet werden.

Empfänger von sozialer Mindestsicherung in Sachsen und in Deutschland

Die Abbildung 1 und die Tabelle 2 zeigen die unterschiedlichen **Strukturen der sozialen Mindestsicherung** in Sachsen bzw. Deutschland. Der Anteil der so genannten Hartz IV-

Empfänger (Leistungen nach dem SGB II) ist in Sachsen mit 93,4 Prozent um 6,6 Prozentpunkte höher als im Bundesdurchschnitt. Insbesondere betrifft das die erwerbsfähigen Hilfeempfänger, die die Leistung in Form von Arbeitslosengeld II (ALG II) erhalten. Ihr Anteil liegt in Sachsen mit 72,1 Prozent sogar 8,9 Prozentpunkte über dem Durchschnitt für Deutschland. Entsprechend niedriger liegt in Sachsen der Anteil von Empfängern von den Lebensunterhalt sichernden Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe. Der Unterschied ist hier vor allem auf die Empfänger von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zurückzuführen. Diese haben in Sachsen nur einen Anteil von 4,5 Prozent, während sie in Gesamtdeutschland 9,8 Prozent der Mindestsicherungsempfänger ausmachen.

Im Vergleich zu 2005 (s. Tab. 1) ist der Anteil der SGB II-Empfänger und dabei der erwerbsfähigen Leistungsempfänger in

Tab. 2 Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung in Sachsen und in Deutschland am Jahresende 2009

Leistungsart	Empfängeranzahl		Anteil der Leistungsarten in %		Empfänger je 1 000 Einwohner		Veränderung zum Vorjahr in %	
	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland
Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) ¹⁾								
als Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige Hilfebedürftige	490 085	6 735 669	93,4	86,8	117,6	82,3	-1,6	1,9
als Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige	377 959	4 906 916	72,1	63,2	90,7	60,0	-1,8	2,3
als Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige	112 126	1 828 753	21,4	23,6	26,9	22,4	-1,0	0,9
Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB XII (Sozialhilfe) ²⁾								
als Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	27 431	856 614	5,2	11,0	6,6	10,5	-1,8	-0,4
als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	23 722	763 864	4,5	9,8	5,7	9,3	-2,3	-0,5
als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	3 709	92 750	0,7	1,2	0,9	1,1	1,3	0,5
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	4 847	121 235	0,9	1,6	1,2	1,5	4,8	-5,2
Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge ³⁾	2 181s	46 256s	0,4	0,6	0,5	0,6	x	x
Insgesamt	524 544	7 759 774	100	100	125,8	94,9	-1,6	1,5

1) Personen in Bedarfsgemeinschaften im Dezember

2) Wegen Leistungsüberschneidung in Einrichtungen werden zur Summenbildung nur Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen herangezogen.

3) Erhebung im Zweijahresturnus (gerades Jahr); deshalb Angaben aus dem Berichtsjahr 2008

Quelle (für SGB II-Daten): Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Sachsen etwas zurückgegangen zugunsten eines Anstiegs bei den nichterwerbsfähigen Leistungsempfängern (Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt). Damit erfolgte eine leichte Annäherung an die Struktur der Mindestsicherungsempfänger im Bundesdurchschnitt.

Die **einwohnerbezogene Quote** in Sachsen lag mit 126 von 1 000 Einwohnern auch 2009 wieder stark über der Quote für Deutschland, wo nur 95 von 1 000 Einwohnern von Mindestsicherung betroffen waren. 118 von 1 000 Einwohnern Sachsens waren Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft mit SGB II-Bezug, 91 davon waren erwerbsfähig, in Gesamtdeutschland waren das nur 82 bzw. 60 von 1 000 Einwohnern. Die Quote der Grundsicherungsempfänger im Alter und bei Erwerbsminderung lag in Sachsen mit 5,7 von 1 000 Einwohnern auch 2009 wieder 3,6 Promillepunkte unter der Quote von Gesamtdeutschland (9,3 je 1 000 Einwohner).

Die Entwicklung der Empfängerzahlen und der entsprechenden Quoten **seit dem Jahresende 2008** verlief in Sachsen anders als in Deutschland insgesamt. Sachsen hatte 2009 bei der Gesamtempfängerzahl einen leichten Rückgang zu verzeichnen. Dieser betraf die Anzahl der Leistungsempfänger nach SGB II und die Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die mäßigen Anstiege bei den Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt und bei den Regelleistungsempfängern nach Asylbewerberleistungsgesetz konnten durch ihre geringen Empfängerzahlen diese Gesamttendenz nicht beeinflussen.

In Deutschland stieg die Anzahl der Mindestsicherungsempfänger insgesamt dagegen an, darunter die Anzahl der Personen mit Hartz IV-Bezug und die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe. Die Anzahl der Asylbewerberregelleistungsempfänger ging, der Tendenz der letzten Jahre folgend, weiter zurück, auch die Anzahl der Grundsicherungsempfänger im Alter und bei Erwerbsminderung erfuhr einen leichten Rückgang.

Ausgaben für soziale Mindestsicherung in Sachsen und in Deutschland

Für die sozialen Mindestsicherungssysteme wurden 2009 in Sachsen 2,7 Milliarden € ausgegeben, in Deutschland insgesamt waren es 41,6 Milliarden €. Die Ausgaben für die einzelnen Mindestsicherungssysteme, einwohnerbezogene Werte und die prozentualen Anteile der Ausgaben für die einzelnen Leistungsarten sind in Tabelle 3 dargestellt. Zu beachten ist dabei, dass die Ausgaben für Sachsen im Bereich der SGB II-Leistungen bezüglich der darin enthaltenen Sozialversicherungsleistungen auf einer Hochrechnung basieren (s. Methodischer Hinweis).

Die **Ausgabenstruktur** der sozialen Mindestsicherung widerspiegelt ihre Empfängerstruktur – der ganz überwiegende Teil der Ausgaben fiel im Bereich des SGB II an. Die so genannten passiven, dem Lebensunterhalt dienenden Leistungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende machten in Sachsen 94,6 Prozent der Mindestsicherungsausgaben aus, im Bund waren es 86,5 Prozent. Ihr Anteil hat sich in Sachsen

allerdings leicht zugunsten des Ausgabenanteils, der für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ausgegeben wurde, verringert.

Die **Ausgaben je Einwohner**, die für Hartz IV-Leistungen (passive Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende) aufgebracht werden mussten, waren in Widerspiegelung der dominanten Empfängerzahlen entsprechend hoch und lagen in Sachsen weit über den Werten für Deutschland.

Während in Sachsen 657 € pro Einwohner für Mindestsicherungsleistungen ausgegeben wurden, davon 621 € für SGB II-Leistungen und 36 € für Leistungen der übrigen Mindestsicherungssysteme, betragen die Ausgaben für Deutschland insgesamt 508 € je Einwohner, davon 439 € für Hartz IV-Leistungen und 69 € für die übrigen Leistungen. Bei den Leistungen der Sozialhilfe fielen in Deutschland doppelt so hohe Ausgaben je Einwohner an wie in Sachsen. Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung lagen die Ausgaben in Deutschland mit 49 € je Einwohner sogar mehr als doppelt so hoch wie in Sachsen (24 €).

Methodischer Hinweis:

Die Daten zu den passiven Leistungen nach SGB II wurden für Sachsen teilweise hochgerechnet. Datenquelle für die als ARGEn (Arbeitsgemeinschaften zwischen Agenturen für Arbeit und kommunalen Trägern) geführten Kommunen war die Bundesagentur für Arbeit (BA) und für die zugelassenen kommunalen Träger (zKT) das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Bestandteil der passiven Leistungen sind auch die Sozialversicherungsbeiträge. Für die einzelnen Bundesländer werden über das Finanzsystem der BA die passiven Leistungen seit 2007 ohne Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung ausgewiesen, da diese seitdem dort nur noch bundesweit zentral erfasst werden. Zur besseren Vergleichbarkeit mit den Vorjahren und den gesamtdeutschen Angaben wurden deshalb hier die SV-Leistungen für die sächsischen ARGEn ab 2007 auf Basis der Empfängerdaten errechnet. Diese wurden den von der BA gelieferten Ausgabedaten nach Abzug der dort enthaltenen Rentenversicherungsbeiträge hinzugerechnet.

Tab. 3 Ausgaben der sozialen Mindestsicherung in Sachsen und in Deutschland 2009¹⁾

Leistungsart	Ausgaben in Millionen €		Anteil der Leistungsarten in %		Ausgaben je Einwohner in €		Veränderung zum Vorjahr in %	
	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland
Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) ²⁾	2 595,5	35 946,9	94,6	86,5	621	439	-0,2	2,9
Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB XII (Sozialhilfe)	117,6	4 565,6	4,3	11,0	28	56	8,4	6,3
als Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	101,4	4 013,6	3,7	9,7	24	49	7,2	6,5
als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	16,2	552,1	0,6	1,3	4	7	16,3	5,4
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	22,0	581,9	0,8	1,4	5	7	-1,7	-3,7
Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge ³⁾	7,3s	472,0s	0,3	1,1	2	6	x	x
Insgesamt	2 742,5	41 566,4	100	100	657	508	0,1	3,1

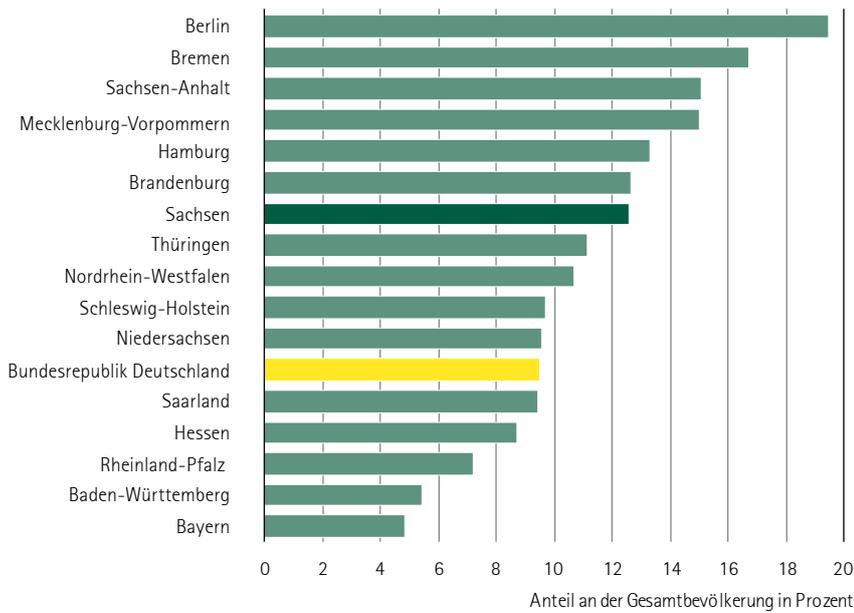
1) Nur beim SGB II wurden die Ausgaben um die Einnahmen bereinigt, ansonsten erfolgt die Angabe der Ausgaben ohne Abzug der Einnahmen (oft nicht konkret nachweisbar).

2) um Einnahmen bereinigte passive (dem Lebensunterhalt dienende) Leistungen einschließlich Sozialversicherungsbeiträge; für Sachsen teilweise hochgerechnet (s. Methodischer Hinweis)

3) Erhebung im Zweijahresturnus (gerades Jahr), deshalb Angaben aus dem Berichtsjahr 2008; Gesamtausgaben, da hier keine Unterglieder nach "laufenden Leistungen"

Quelle (für SGB II-Daten): Finanzbereich der Bundesagentur für Arbeit; Bundesministerium für Arbeit und Soziales, eigene Berechnungen

Abb. 2 Mindestsicherungsquote am Jahresende 2009 nach Bundesländern



Im Rahmen dieses Beitrages soll die Grafik zu den Mindestsicherungsquoten (s. Abb. 2) die Bundesländer im Vergleich darstellen: Auch 2009 war der prozentuale Anteil der Mindestsicherungsempfänger an der Bevölkerung in den Stadtstaaten und den neuen Bundesländern am höchsten. Innerhalb dieser Gruppe hatte Thüringen mit 11,1 Prozent die niedrigste Mindestsicherungsquote, gefolgt von Sachsen mit 12,6 Prozent. In Berlin gab es mit 19,5 Prozent aller Einwohner relativ gesehen die meisten Mindestsicherungsempfänger. Die niedrigste Mindestsicherungsquote aller Bundesländer hatte Bayern mit 4,9 Prozent. Auch die anderen Flächenländer im Südwesten Deutschlands lagen unter der Mindestsicherungsquote für Deutschland insgesamt (9,5 Prozent). Wie schon in den Jahren zuvor war sowohl ein Nord-Süd- als auch ein Ost-West-Gefälle zu verzeichnen.

Soziale Mindestsicherung in Sachsen von 2005 bis 2009

Die Tabellen 4 und 5 zeigen die Entwicklung der sozialen Mindestsicherung in Sachsen seit der Einführung von Hartz IV im Jahr 2005. Etwa zwei Jahre nach der Neuordnung des Sozialleistungssystems in Deutschland, waren am Jahresende 2006 die höchsten Empfängerzahlen im Bereich der sozialen Mindestsicherung zu verzeichnen. Sie gingen mit den höchsten Ausgaben für Mindestsicherungsleistungen im Laufe des Jahres 2006 einher. In den folgenden Jahren, vor allem zwischen 2007 und 2008 ging die Anzahl der Leistungsempfänger zurück, so dass es 2009 am Jahresende

Die entsprechende Empfängerquote in Deutschland lag dagegen nur 64 Prozent über der sächsischen Empfängerquote. Für Leistungen der Kriegsofopferfürsorge, die wegen ihrer geringen Empfängerzahlen aber nur einen ganz geringen Anteil der Gesamtausgaben ausmachen, waren deutschlandweit die einwohnerbezogenen Ausgaben sogar dreimal so hoch wie die sächsischen. Die Empfängerquote in Deutschland lag allerdings hier nur 20 Prozent über der Sachsenquote (2009: 0,5 von 1 000 Einwohnern in Sachsen, 0,6 in Deutschland).

Soziale Mindestsicherung in Sachsen und den Bundesländern

Überblicksdaten zur sozialen Mindestsicherung in Deutschland und den Bundesländern befinden sich im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter Sozialberichterstattung [7] und im Statistikportal der statistischen Ämter des Bundes und der Länder [8], wo der Bericht „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2008“ [9] abrufbar ist. Verwiesen sei auch auf die Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes zur Mindestsicherung 2009. [10]

Tab. 4 Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung in Sachsen am Jahresende 2005 bis 2009

Leistungsart	Empfängeranzahl					Veränderung in % ¹⁾	
	2005	2006	2007	2008	2009	2009 gegenüber 2005	2009 gegenüber 2008
Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) ²⁾	559 693	565 924	540 493	498 264	490 085	-12,4	-1,6
als Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige Hilfebedürftige	440 784	441 445	418 656	385 018	377 959	-14,3	-1,8
als Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige	118 909	124 479	121 837	113 246	112 126	-5,7	-1,0
Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB XII (Sozialhilfe) ³⁾	23 617	24 619	26 299	27 937	27 431	16,1	-1,8
als Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	21 149	21 778	23 029	24 276	23 722	12,2	-2,3
als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	2 468	2 841	3 270	3 661	3 709	50,3	1,3
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	8 387	7 039	5 719	4 624	4 847	-42,2	4,8
Laufende Leistungen der Kriegsofopferfürsorge ⁴⁾	2 274s	2 014s	2 098s	2 181	2 181s	-4,1	x
Insgesamt	593 971	599 596	574 609	533 006	524 544	-11,7	-1,6
Empfänger je 100 Einwohner	13,9	14,1	13,6	12,7	12,6	-1,3	-0,1

1) je 100 Einwohner in Prozentpunkten
 2) Personen in Bedarfsgemeinschaften im Dezember
 3) Wegen Leistungsüberschneidung in Einrichtungen werden zur Summenbildung nur Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen herangezogen
 4) Erhebung im Zweijahresturnus (gerades Jahr); für Zwischenjahre Mittelwert aus Vor- und Folgejahr, für 2009 Angaben aus dem Berichtsjahr 2008
 Quelle (für SGB II-Daten): Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tab. 5 Ausgaben der sozialen Mindestsicherung in Sachsen von 2005 bis 2009¹⁾

Leistungsart	Ausgaben in Millionen €					Veränderung in %	
	2005	2006	2007	2008	2009	2009 gegenüber 2005	2009 gegenüber 2008
Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) ²⁾	2 812,0	2 964,5	2 736,2	2 600,5	2 595,5	-7,7	-0,2
Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB XII (Sozialhilfe)	87,2	93,8	101,0	108,5	117,6	34,9	8,4
als Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	73,5	82,3	88,9	94,6	101,4	38,0	7,2
als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	13,7	11,4	12,1	14,0	16,2	18,3	16,3
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	39,6	33,9	28,6	22,4	22,0	-44,3	-1,7
Leistungen der Kriegsofopferfürsorge ³⁾	8,2s	7,6	7,4s	7,3	7,3s	-11,1	x
Insgesamt	2 947,0	3 099,7	2 873,2	2 738,7	2 742,5	-6,9	0,1
Ausgaben je Einwohner (in €)	688	727	679	651	657	-4,6	0,8

1) Nur beim SGB II wurden die Ausgaben um die Einnahmen bereinigt, ansonsten erfolgt die Angabe der Ausgaben ohne Abzug der Einnahmen (oft nicht konkret nachweisbar).

2) um Einnahmen bereinigte passive (dem Lebensunterhalt dienende) Leistungen einschließlich Sozialversicherungsbeiträge; teilweise hochgerechnet (s. Methodischer Hinweis)

3) Erhebung im Zweijahresturnus (gerades Jahr), für Zwischenjahre Mittelwert aus Vor- und Folgejahr, für 2009 Angaben aus dem Berichtsjahr 2008;

Gesamtausgaben, da hier keine Unterglieder nach "laufenden Leistungen"

Quelle (für SGB II-Daten): Finanzbereich der Bundesagentur für Arbeit; Bundesministerium für Arbeit und Soziales, eigene Berechnungen

11,7 Prozent weniger Leistungsempfänger gab, als am Jahresende 2005. Auch die Gesamtausgaben für die Mindestsicherungssysteme waren seitdem zunächst rückläufig, allerdings kam es schon 2007 zum stärksten Ausgabenrückgang. Im Jahr 2009 wurden geringfügig mehr Ausgaben getätigt als im Jahr 2008. Über den gesamten Zeitraum gesehen ist hier nur ein Rückgang um 6,9 Prozent zu verzeichnen.

Diese Entwicklung (s. auch Abb. 3 und 4) wird maßgeblich durch die sinkenden **Empfängerzahlen und Ausgaben im Rahmen des SGB II** bestimmt, die mit noch etwas stärker sinkender Tendenz etwa den gleichen Verlauf wie die Gesamtentwicklung der Mindestsicherung nahmen. Bei den Empfängern war hier im Vergleich mit 2005 ein Rückgang von 12,4 Prozent zu verzeichnen, bei den Ausgaben einer von 7,7 Prozent. Auch zwischen 2008 und 2009 sanken die Ausgaben (-0,2 Prozent), und auch die Personenanzahl in den Bedarfsgemeinschaften verringerte sich um reichlich 8 000 (-1,6 Prozent). Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise am Jahresende 2008 war eher mit einem Anstieg der Empfängerzahlen im Jahr 2009 zu rechnen, da durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zwar der Arbeitslosigkeit begegnet werden kann, aber Einkommensverluste nicht verhindert werden können.

Einen starken Rückgang gab es im Zeitraum seit 2005 bei den **Empfängern und Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**, die aber wegen ihres geringen Anteils der Gesamtentwicklung nicht maßgeblich beeinflussen. Im Jahr 2009 entsprachen die Veränderungen in diesem Bereich allerdings nicht der stark fallenden Tendenz der letzten Jahre – im Bereich

der Ausgaben gab es hier nur einen sehr leichten Rückgang und die Empfängerzahlen stiegen erstmals wieder an.

Die **Mindestsicherungsleistungen im Rahmen der Sozialhilfe (SGB XII)** erfuhren insgesamt gesehen eine Aufwärtsentwicklung: Die Ausgaben bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung stiegen dabei von 2005 bis 2009 stärker an als die bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Empfängerzahlen hatten allerdings bei der Grundsicherung prozentual geringere Zuwächse und 2009 war hier erstmals seit Einführung dieser Leistung im Jahr 2003 ein Rückgang um 2,3 Prozent (etwa 500 Personen) zu verzeichnen. Betroffen waren

von dieser Entwicklung aber vorrangig die Grundsicherungsempfänger im Rentenalter, bei den Empfängern mit voller Erwerbsminderung gab es dagegen nur einen etwas geringeren Anstieg als in den Vorjahren. Dieser Rückgang widerspricht der bisherigen Entwicklung und der Erwartung eines weiteren Anstiegs dieser Empfängergruppe, da immer mehr Menschen mit gestörten Erwerbsbiographien ins Rentenalter eintreten. Zur besseren Beurteilung der Veränderungen im letzten Jahr sollen im Folgenden über die einzelnen Leistungssysteme der Mindestsicherung hinausgehend auch das Wohngeld und der Zuschlag zum Kindergeld betrachtet werden.

Abb. 3 Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung in Sachsen am Jahresende 2005 bis 2009
2005 = 100

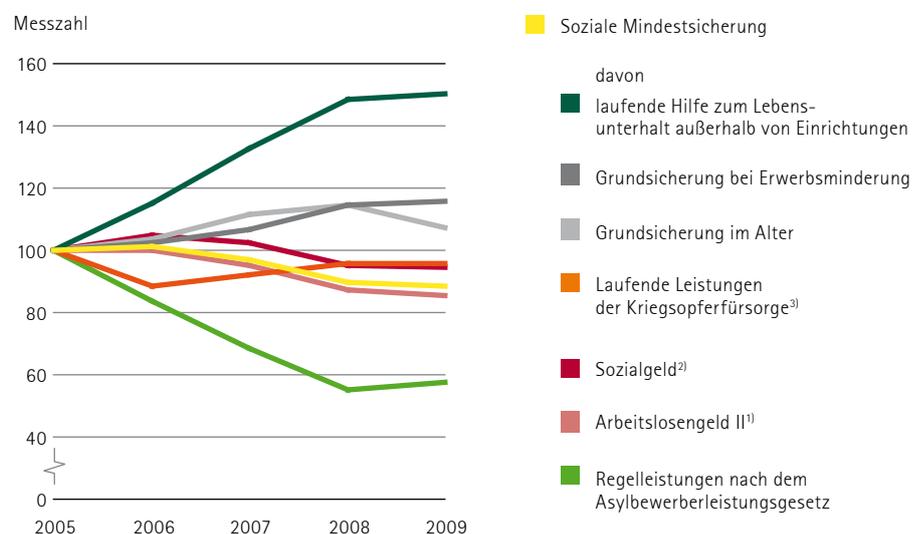
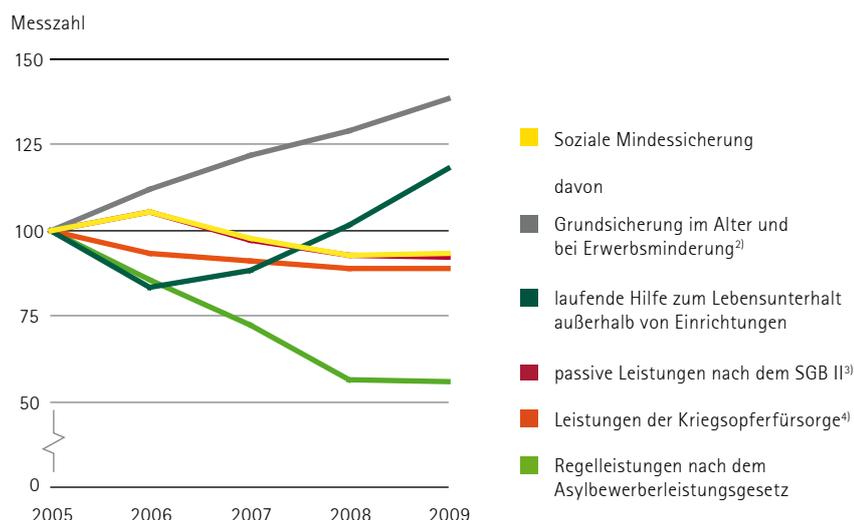


Abb. 4 Ausgaben der sozialen Mindestsicherung in Sachsen 2005 bis 2009¹⁾
2005 = 100



- 1) Nur beim SGB II wurden die Ausgaben um die Einnahmen bereinigt, ansonsten erfolgt die Angabe der Ausgaben ohne Abzug der Einnahmen
 - 2) seit 2007 nur laufende Leistungen
 - 3) um Einnahmen bereinigt dem Lebensunterhalt dienende Leistungen (einschließlich Sozialversicherungsbeiträge); teilweise hochgerechnet (s. Methodischer Hinweis)
 - 4) Erhebung im Zweijahresturnus (gerades Jahr), für Zwischenjahre Mittelwert aus Vor- und Folgejahr, für 2009 Angaben aus dem Berichtsjahr 2008; Gesamtausgaben, da hier keine Unterglieder nach "laufenden Leistungen"
- Quelle (für SGB II-Daten): Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

Die soziale Mindestsicherung tangierende Sozialleistungen in Sachsen und den Bundesländern

Das Wohngeld und der Kinderzuschlag sind der Mindestsicherung vorgelagerte Sozialleistungen. Es ist anzunehmen, dass sich größere Veränderungen in diesen Bereichen auf die Gewährung von Mindestsicherungsleistungen auswirken

Wohngeld kann einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten zum Ermöglichen eines angemessenen Wohnens bewilligt werden, wenn der übrige Lebensunterhalt abgesichert ist.

Kinderzuschlag wird einkommensschwachen Familien mit Kindern gezahlt, wenn dadurch vermieden werden kann, dass diese Familien Mindestsicherungsleistungen erhalten. Ein Anspruch besteht für Eltern, in deren Haushalt Kinder bis unter 25 Jahren leben, für die Kindergeld bezogen wird, wenn die Einnahmen der Eltern die Mindesteinkommensgrenze erreichen, aber die Höchsteinkommensgrenze nicht übersteigen. Der höchstmögliche Zuschlag pro Kind beträgt 140 €.

Gelingt es nicht, durch die Gewährung von Kinderzuschlag und/oder Wohngeld den zu-

stehenden Bedarf zu decken, greifen die Mindestsicherungssysteme, was den Empfang der eben genannten Leistungen ausschließt, da der gesamte Bedarf dann unter Berücksichtigung eigener Einkünfte über eines der Mindestsicherungssysteme gedeckt wird.

Mit der zum 1. Januar 2009 eingeführten **Wohngeldreform** wurde das Wohngeld deutlich erhöht und für mehr Haushalte erreichbar. Der leichtere Zugang zum Wohngeld ist vor allem durch eine Anhebung des Miethöchstbetrages und die Einbeziehung eines nach der Haushaltsgröße gestaffelten Heizkostenbetrages in die berücksichtigungsfähige Miete gegeben. Außerdem wurden die Tabellenwerte, die die Zahlbeträge unter Berücksichtigung der Anzahl der Haushaltsmitglieder, der monatlichen berücksichtigungsfähigen Miete/Belastung und des anzurechnenden Einkommens ausweisen, um acht Prozent angehoben. All diese Veränderungen führten zu einer deutlichen Erhöhung der Wohngeldzahlungen (s. Tab. 6).

Die stark gestiegene Anzahl von Wohngeldempfängerhaushalten korrespondiert nicht unbedingt mit einem Rückgang der Empfänger von SGB II-Leistungen, da von der Wohngeldnovellierung auch viele Haushalte erfasst wurden, die zuvor ein zu hohes Einkommen hatten, um Wohngeld zu erhalten und die damit nicht im Bereich von Hartz IV-Leistungen lagen. Andererseits dürften gerade Bedarfsgemeinschaften mit einer relativ geringen Leistungshöhe im SGB II durch nunmehr höhere Wohngeldansprüche aus dem Hartz IV-Bezug entfallen sein und dafür Wohngeld erhalten. Ähnlich verhält es sich mit Grundsicherungsempfängern. Das dabei vorrangig Grundsicherungsempfänger im Alter betroffen sind, könnte damit zusammenhängen, dass diese im Unterschied zu Grundsicherungsempfängern bei Erwerbsminderung öfter einen eigenen Haushalt bilden und sich die Änderungen hier stärker bemerkbar machen. Die Entwicklung bei den wohngeldrechtlichen Teilhaushalten hat nur bedingt mit der Wohngeldreform zu tun. Der überproportionale Anstieg ist auf eine Getrenntberechnung von Kindern zurückzuführen, die dadurch aus dem Hartz IV-Leistungsbezug entfielen.

Die **Änderungen beim Kinderzuschlag** wurden ab 1. Oktober 2008 wirksam. Mindesteinkommensgrenzen wurden abgesenkt und auf einheitliche Beträge von 600 € (Alleinerziehende) bzw. 900 € (Elternpaare) festgelegt. Schon im Jahr 2008 wurden dadurch bedeutend weniger Anträge als in den Vorjahren wegen Unterschreitung der Mindestgrenzen abgelehnt. Das die Bemessungsgrenze übersteigende Erwerbseinkommen der Eltern wird je volle 10 € nur noch mit 5 statt früher 7 € angerechnet, es kommt zu höheren Auszahlungsbeträgen.

Tab. 6 Wohngeld 2008 und 2009

Merkmal ¹⁾	2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008 in %
Deutschland			
Reine Wohngeldhaushalte	584 035	859 607	47,2
Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten	55 080	143 962	161,4
Haushalte mit Wohngeld insgesamt ²⁾	639 115	1 003 569	57,0
Gezahlte Wohngeldbeträge (in Millionen €)	750,1	1 555,3	107,4
Sachsen			
Reine Wohngeldhaushalte	64 393	82 314	27,8
Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten	3 204	12 321	284,6
Haushalte mit Wohngeld insgesamt ²⁾	67 597	94 635	40,0
Gezahlte Wohngeldbeträge (in Millionen €)	71,6	130,6	82,3

- 1) Empfängerhaushalte am 31. Dezember, Wohngeldbeträge im Berichtsjahr
- 2) reine Rechengröße; vollständige Haushalte sind mit Teilhaushalten nur beschränkt vergleichbar

Tab. 7 Ausgewählte Daten zum Kinderzuschlag von 2007 bis 2009

Merkmal	2007	2008	2009
Deutschland			
Gestellte Anträge	163 727	156 281	136 578
Erledigte Anträge	175 718	165 460	172 200
Bewilligungen	30 034	48 284	63 488
Anteil an erledigten Anträgen (in %)	17,1	29,2	36,9
Fallbezogene Ablehnungen ¹⁾	104 289	10 081	104 085
darunter wegen Unterschreitung der Mindestgrenzen (in %)	33,7	13,2	11,9
Zahlbeträge (in Millionen €)	111,5	146,3	369,7
Sachsen			
Gestellte Anträge	8 759	10 110	8 031
Erledigte Anträge	9 430	10 196	9 358
Bewilligungen	1 280	3 252	3 696
Anteil an erledigten Anträgen (in %)	13,6	31,9	39,5
Fallbezogene Ablehnungen ¹⁾	7 103	684	6 304
darunter wegen Unterschreitung der Mindestgrenzen (in %)	32,0	12,9	11,3
Zahlbeträge (in Millionen €)	5,0	6,0	18,5

1) 2008 nur von März bis Dezember, aus technischen Gründen stehen die Daten für Januar und Februar des Jahres nicht zur Verfügung
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Familienkasse

Der Bedarf ist dadurch in mehr Fällen als zuvor durch den Kinderzuschlag gedeckt, wodurch der Bezug von SGB II-Leistungen vermieden

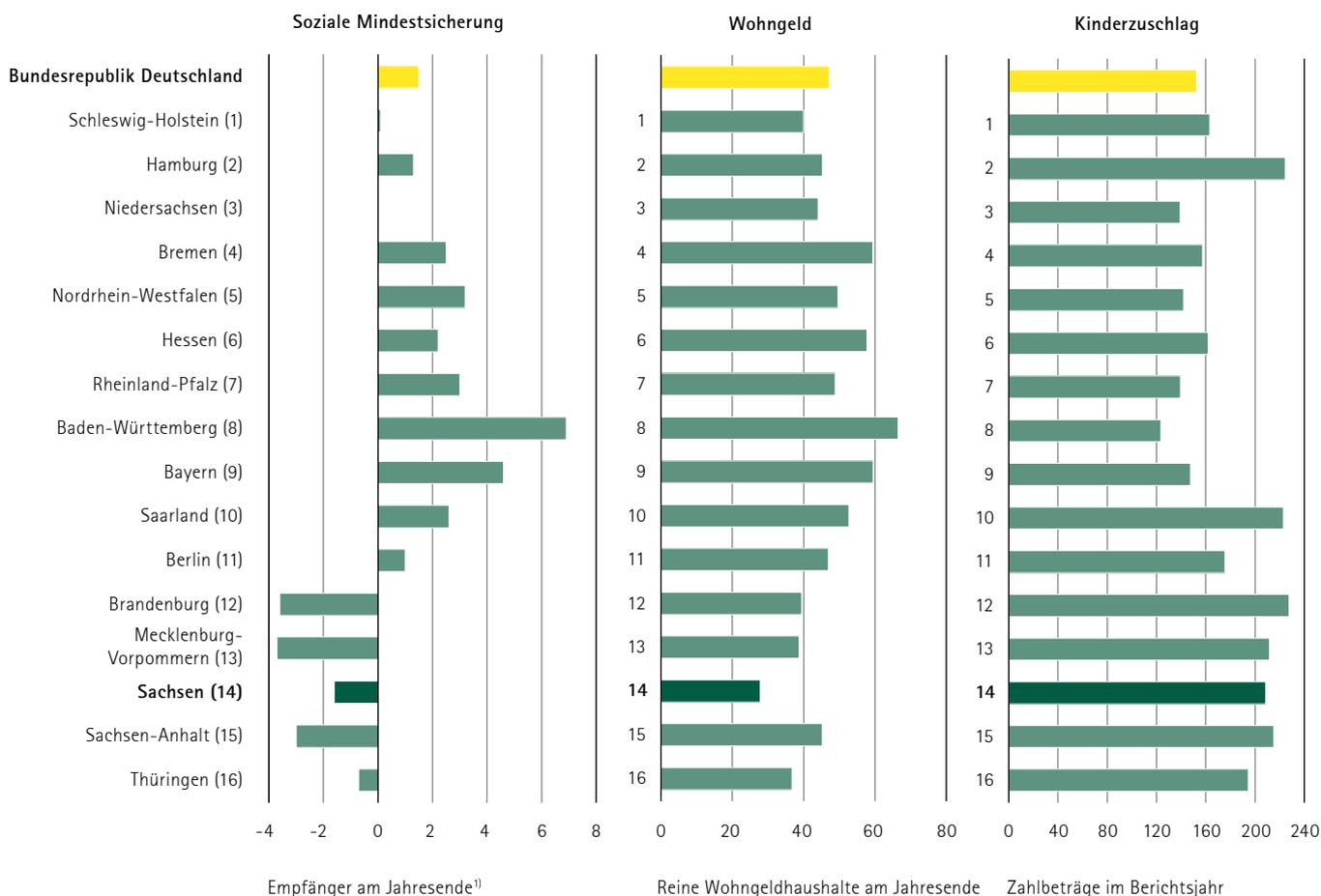
wird. Beide Änderungen haben somit Einfluss auf die Anzahl der Bewilligungen und damit auch auf die Auszahlungsbeträge (s. Tab. 7).

Der Einfluss der Neuregelungen auf den Empfang von Mindestsicherungsleistungen kann auch hier vermutet werden.

Die Abbildung 5 stellt die Veränderungen zwischen 2008 und 2009 bei der sozialen Mindestsicherung den Veränderungen beim Wohngeld und Kinderzuschlag gegenüber. Die Darstellung von prozentualen Veränderungen hat den Nachteil, dass Bundesländer mit niedrigen Ausgangswerten stärkere Veränderungen aufweisen, sie erschien zu diesem umfassenden Vergleich trotzdem am besten geeignet.

Beim Wohngeld wurden nur die Veränderungen bei reinen Wohngeldhaushalten berücksichtigt, da diese in direkterem Zusammenhang zur Wohngeldreform stehen als die der wohngeldrechtlichen Teilhaushalte mit der zusätzlichen Getrenntberechnung der Kinder. Außerdem entfielen die allein einen wohngeldrechtlichen Teilhaushalt bildenden Kinder zwar dadurch aus dem Hartz IV-Bezug, aber nur ein Teil von Ihnen fiel aus der Mindestsicherung (nur die, die zuvor eine eigene Bedarfsgemeinschaft gebildet hatten, da ihre Eltern z. B. als BAföG-Empfänger vom Leistungsbezug

Abb. 5 Veränderung ausgewählter Sozialleistungen 2009 gegenüber 2008 nach Bundesländern (in Prozent)



1) In Schleswig-Holstein stiegen die Empfänger von sozialer Mindestsicherung um 0,07 Prozent an und in Niedersachsen sanken sie um 0,03 Prozent (hier nicht sichtbar).
 Quelle für Kinderzuschlag: Bundesagentur für Arbeit, Familienkasse

ausgeschlossen waren, die anderen wurden als Personen in Bedarfsgemeinschaften weiterhin dort mit berücksichtigt). Beim Kinderzuschlag wurden die Zahlbeträge zum Vergleich herangezogen, die vermutlich ein realistischeres Bild zu den reformbedingten Veränderungen liefern als die Anzahl der Bewilligungen, da die Änderungen schon 2008 wirksam wurden, der Abarbeitungsgrad der Anträge in den einzelnen Bundesländern aber sehr unterschiedlich ist. Die Grafik zeigt, dass es sehr schwierig ist, einen direkten Zusammenhang zwischen den genannten Reformen und dem Bezug von sozialer Mindestsicherung herzustellen. Sichtbar wird hauptsächlich, dass da, wo die Zahlung von Kinderzuschlag besonders angestiegen ist, ein geringerer Zuwachs in der Mindestsicherung zu verzeichnen war, teilweise sogar ein Rückgang. Letzterer war in allen Bundesländern im Osten Deutschlands und damit auch in Sachsen zu verzeichnen.

Empfänger von sozialer Mindestsicherung am Jahresende 2009 in den Kreisfreien Städten und Landkreisen Sachsens

Die Verteilung der Empfänger von sozialer Mindestsicherung und die Beteiligung der einzelnen Leistungssysteme in den Kreisfreien Städten und Landkreisen Sachsens ist aus Tabelle 8 ersichtlich. Im Unterschied zu Sachsen, den Bundesländern und Deutschland wurde die Mindestsicherung auf Kreisebene ohne die Empfänger von Leistungen der Kriegsoffiziersfürsorge dargestellt. Diese Daten sind zukünftig nicht mehr regional verfügbar und waren auch bis jetzt abweichend von den übrigen Empfängerdaten nicht nach Wohnort-, sondern Trägerprinzip und nur für den örtlichen Träger nachweisbar. Die geringen Empfängerzahlen in der Kriegsoffiziersfürsorge hatten deshalb auf dieser Ebene auch bisher praktisch keinen Einfluss auf die Mindestsicherungsquoten.

Zu Vergleichszwecken auf regionaler Ebene sind einwohnerbezogenen Quoten am besten geeignet. Bezüglich ihrer **Mindestsicherungsquoten** am Jahresende 2009 lassen sich die Kreisfreien Städte und Landkreise Sachsens in drei Gruppen aufteilen: Die Mindestsicherungsquoten von acht Landkreisen und der Kreisfreien Stadt Dresden bewegten sich in einem Intervall von 10,9 bis 11,9 Prozent und unterschieden sich damit nur um ein Prozent. Zu einer weiteren Gruppe, deren Quoten mit 13,4 bis 15,1 Prozent schon deutlich über denen der vorherigen Gruppe lagen, lassen sich die Kreisfreie Stadt Chemnitz und die Landkreise Nordsachsen und Görlitz zusammenfassen. Ausreißer war die Kreisfreie Stadt Leipzig, die mit 16,5 Prozent auch zum Jahresende 2009 die höchste Mindestsicherungsquote in Sachsen aufwies. Aus der Karte (Abb. 6, Seite 26) ist ersichtlich, wie eng die Mindestsicherungsquote mit der **SGB II-Quote** zusammenhängt, denn die Kreisfreien Städte und Landkreise lassen sich

Tab. 8 Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2009 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	Insgesamt	Mindestsicherungsquote in %	Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) ¹⁾			Leistungen nach SGB XII (Sozialhilfe) ²⁾			Regelleistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz ⁴⁾
			zusammen	Arbeitslosengeld II	Sozialgeld	zusammen	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt ³⁾	
Chemnitz, Stadt	33 129	13,6	31 031	23 531	7 500	1 703	1 450	253	395
Erzgebirgskreis	41 742	11,2	39 506	30 819	8 687	1 889	1 566	323	347
Mittelsachsen	36 451	11,0	34 322	26 680	7 642	1 720	1 455	265	409
Vogtlandkreis	27 180	11,0	25 420	19 677	5 743	1 340	1 173	167	420
Zwickau	39 949	11,6	37 494	29 065	8 429	1 981	1 717	264	474
Direktionsbezirk Chemnitz	178 451	11,6	167 773	129 772	38 001	8 633	7 361	1 272	2 045
Dresden, Stadt	61 510	11,9	57 373	43 512	13 861	3 682	3 068	614	455
Bautzen	38 018	11,7	35 807	27 735	8 072	1 895	1 695	200	316
Görlitz	42 428	15,1	39 961	30 766	9 195	2 299	2 066	233	168
Meißen	29 076	11,4	27 195	21 092	6 103	1 672	1 327	345	209
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	27 657	10,9	25 981	19 756	6 225	1 550	1 328	222	126
Direktionsbezirk Dresden	198 689	12,2	186 317	142 861	43 456	11 098	9 484	1 614	1 274
Leipzig, Stadt	85 700	16,5	80 553	61 727	18 826	4 332	3 783	549	815
Leipzig	31 253	11,6	29 185	23 445	5 740	1 672	1 504	168	396
Nordsachsen	27 893	13,4	26 257	20 154	6 103	1 319	1 220	99	317
Direktionsbezirk Leipzig	144 846	14,5	135 995	105 326	30 669	7 323	6 507	816	1 528
Sachsen ⁵⁾	524 544	12,6	490 085	377 959	112 126	27 431	23 722	3 709	4 847
Kreisfreie Städte	180 339	14,1	168 957	128 770	40 187	9 717	8 301	1 416	1 665
Landkreise	341 647	11,8	321 128	249 189	71 939	17 337	15 051	2 286	3 182

1) Personen in Bedarfsgemeinschaften im Dezember; Leistungen als Arbeitslosengeld II (für erwerbsfähige Hilfebedürftige) bzw. Sozialgeld (für nicht erwerbsfähige)

2) nur Leistungsempfänger mit laufenden Leistungen zum Lebensunterhalt am 31. Dezember;

Summe aus: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII) und laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel SGB XII) außerhalb von Einrichtungen

3) nur Empfänger außerhalb von Einrichtungen zur Vermeidung von Doppelzählungen in Einrichtungen

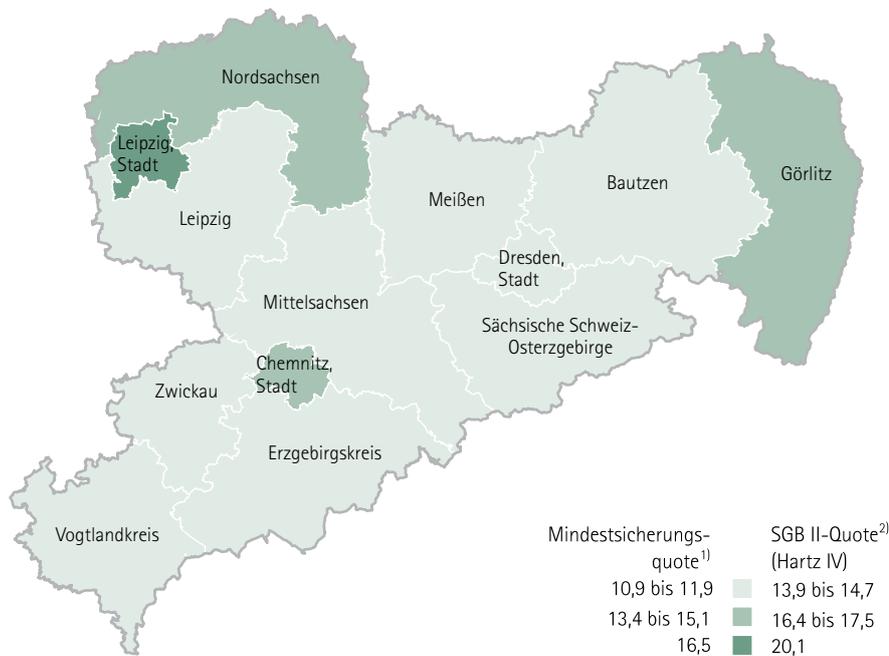
4) in Chemnitz inklusive der Empfänger in der Erstaufnahmeeinrichtung

5) alle Empfänger mit sächsischem Leistungsträger, beim SGB XII in Ausnahmefällen auch mit Wohnsitz außerhalb Sachsens;

beim Insgesamt inklusive der regional nicht zuordenbaren Empfänger der Kriegsoffiziersfürsorge

Quelle (für SGB II-Daten): Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Abb. 6 Mindestsicherungsquote und SGB II-Quote am Jahresende 2009



1) Empfänger von laufenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB II, SGB XII und AsylbLG je 100 Einwohner
 2) Personen in Bedarfsgemeinschaften mit Leistungen nach SGB II je 100 Einwohner im Alter unter 65 Jahren

in gleicher Weise gruppieren wie zuvor bei der Mindestsicherungsquote. Die SGB II-Quote liegt über der Mindestsicherungsquote, obwohl die Empfänger von SGB II-Leistungen nur eine Teilmenge der Mindestsicherungsempfänger ausmachen. Ursache ist, dass nur unter 65-Jährige eine Anspruchsberechtigung auf die sogenannten Hartz IV-Leistungen haben und die Quote deshalb nur mit der Bevölkerung dieser Altersgruppe berechnet wird. Die niedrigere Mindestsicherungsquote widerspiegelt den unterdurchschnittlichen Hilfeempfang bei der Bevölkerungsschicht der ab 65-Jährigen.

Entwicklung der sozialen Mindestsicherung im Regionalvergleich

Zeitreihen zu Absolutwerten und bevölkerungsbezogenen Werten der sozialen Mindestsicherung befinden sich im Internet unter <http://www.statistik.sachsen.de/html/471.htm>. Hier soll deshalb nur auf den Rückgang zwischen dem Jahresende 2008 und 2009 eingegangen werden.

Der Rückgang der Mindestsicherungsempfänger zwischen 2008 und 2009 in Sachsen um ca. 8 500 Personen (1,6 Prozent) ist hauptsächlich auf einen Empfängerrückgang in den Landkreisen zurückzuführen. Den höchsten Rückgang hatte dabei der Landkreis Görlitz mit 4,9 Prozent zu verzeichnen, gefolgt von Bautzen (3,9 Prozent), Mittelsachsen (3,5 Prozent) und Nordsachsen (3,3 Prozent). Einen Anstieg der Mindestsicherungsempfänger gab es dagegen nur in einem Landkreis – im Vogtlandkreis waren 2009 am Jahresende 198 Personen

(0,7 Prozent) mehr auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen als ein Jahr zuvor.

In den Kreisfreien Städten sank die Anzahl der Mindestsicherungsempfänger nur in Chemnitz, aber auch hier lag der Rückgang mit 0,9 Prozent unter dem Sachsenschnitt. In der Kreisfreien Stadt Dresden dagegen stieg die Anzahl der Mindestsicherungsempfänger um 1,3 Prozent an (764 Personen) und in Leipzig um 0,4 Prozent.

Leistungsempfang in den unterschiedlichen Altersgruppen

Die Betroffenheit von Kindern, Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter und Senioren von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes ist sehr unterschiedlich. In Tabelle 9 werden dazu nur die Personen mit Mindestsicherungsleistungen betrachtet, die diese im Rahmen der Sozialgesetzbücher erhalten (ohne Asylbewerberleistungsempfänger, die abweichende Empfängerstrukturen aufweisen). Die bevölkerungsbezogenen Werte werden hier nicht in Prozent, sondern je 1 000 Einwohner dargestellt, um die Unterschiede zwischen den Regionen auch bei den niedrig belegten Werten deutlich sichtbar zu machen. Die absolut meisten Leistungsempfänger befinden sich unter den Personen im so genannten **erwerbsfähigen Alter** von 15 bis unter 65 Jahren. Die meisten von ihnen sind erwerbsfähig und dementsprechend erhalten sie Leistungen in Form von ALG II im Rahmen des SGB II (s. Tab. 8). Enthalten sind hier aber auch nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, die

bei anerkannter dauerhafter voller Erwerbsminderung die entsprechende Grundsicherungsleistung erhalten und ansonsten Sozialgeld oder laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, in Abhängigkeit davon, ob sie mit einem Erwerbsfähigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben oder nicht. Bevölkerungsbezogen betrachtet war diese Empfängergruppe mit Werten von 130,6 bis 186,5 je 1 000 Einwohner (im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge bzw. Görlitz) am Jahresende 2009 allerdings weniger von Mindestsicherung betroffen als die unter 15-Jährigen. Interessant ist, dass der Landkreis Görlitz bei Personen im erwerbsfähigen Alter eine höhere Empfängerquote aufwies als die Kreisfreie Stadt Leipzig, die durch stärkeren Leistungsbezug bei Kindern und Senioren insgesamt eine weit höhere Quote zu verzeichnen hatte.

Die Gruppe der **unter 15-Jährigen** enthält Sozialgeldempfänger oder Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (wenn kein Erwerbsfähiger mit in der Bedarfsgemeinschaft lebt). Je 1 000 Einwohner traten hier zum Jahresende 2009 mit Werten von 182,4 (Landkreis Leipzig) bis 327,3 (Kreisfreie Stadt Leipzig) die höchsten Werte innerhalb der drei betrachteten Altersgruppen auf.

Personen im **gesetzlichen Rentenalter** (65 und mehr Jahre) sind bedeutend weniger auf staatliche Unterstützung zum Bestreiten ihres Lebensunterhaltes angewiesen als jüngere Menschen. Am Jahresende 2009 bewegten sich die Empfängerzahlen je 1 000 Einwohner zwischen 4,8 im Erzgebirgskreis und 18,3 in der Kreisfreien Stadt Leipzig.

Aus den dargestellten Werten ist ersichtlich, dass die Empfängerstruktur in den Kreisen sehr stark differiert. Hier spielen demografische, wirtschaftliche, infrastrukturelle und weitere Einflussfaktoren eine Rolle.

Schlussbemerkung

Die soziale Mindestsicherung hat die Aufgabe, den soziokulturellen Mindestbedarf der Bürger abzusichern. Sie steht im engen Zusammenhang mit der Armutsdiskussion und deshalb im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Das gibt Anlass, regelmäßig Daten zu den Mindestsicherungsleistungen zu veröffentlichen und Entwicklungstendenzen aufzuzeigen. Dabei sind Veränderungen aber nicht in jedem Fall auf ein verändertes gesellschaftliches Umfeld zurückzuführen, sondern sind oft auch Resultat von gesetzlichen Änderungen im Rahmen der einzelnen Mindestsicherungssysteme bzw. anderer mit ihnen im Zusammenhang stehenden Leistungssystemen.

Gina Gäbler, Dipl.-Slaw., Fachverantwortliche Analyse Soziales, Gesundheit

Tab. 9 Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB II und SGB XII im Dezember 2009 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	Insgesamt	Davon im Alter			Je 1 000 Einwohner					
		unter 15 Jahre	15 bis unter 65 Jahre	65 Jahre und mehr	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr		im Alter		
						absolut	in %	unter 15 Jahre	15 bis unter 65 Jahre	65 Jahre und mehr
Chemnitz, Stadt	32 734	7 251	24 765	718	134,7	-1,1	-0,8	291,7	162,5	10,9
Erzgebirgskreis	41 395	8 408	32 540	447	111,2	-0,7	-0,6	201,5	136,7	4,8
Mittelsachsen	36 042	7 294	28 325	423	108,5	-2,6	-2,3	199,6	134,2	5,0
Vogtlandkreis	26 760	5 613	20 822	325	108,3	1,7	1,6	216,9	133,9	4,9
Zwickau	39 475	8 208	30 774	493	114,4	-0,1	-0,1	224,9	141,1	5,4
Direktionsbezirk Chemnitz	176 406	36 774	137 226	2 406	114,5	-0,6	-0,5	222,2	140,7	6,0
Dresden, Stadt	61 055	13 577	45 899	1 579	118,1	0,3	0,2	220,9	134,6	13,8
Bautzen	37 702	7 743	29 451	508	116,0	-3,2	-2,7	208,2	142,1	6,3
Görlitz	42 260	8 914	32 676	670	150,4	-5,6	-3,6	289,4	186,5	8,9
Meißen	28 867	5 960	22 382	525	113,4	-2,5	-2,1	203,9	138,9	8,2
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	27 531	6 118	20 926	487	108,5	-2,1	-1,9	205,1	130,6	7,6
Direktionsbezirk Dresden	197 415	42 312	151 334	3 769	121,0	-2,3	-1,9	224,5	144,8	9,5
Leipzig, Stadt	84 885	18 584	64 149	2 152	163,6	-0,6	-0,3	327,3	186,1	18,3
Leipzig	30 857	5 542	24 871	444	114,4	-1,7	-1,4	182,4	142,0	6,9
Nordsachsen	27 576	5 927	21 304	345	132,2	-2,6	-1,9	253,3	155,9	7,1
Direktionsbezirk Leipzig	143 318	30 053	110 324	2 941	143,7	-1,1	-0,8	271,8	168,0	12,8
Sachsen¹⁾	517 516	109 143	399 180	9 193	124,1	-1,4	-1,1	234,9	149,1	8,9
Kreisfreie Städte	178 674	39 412	134 813	4 449	139,7	-0,3	-0,2	275,4	160,9	14,9
Landkreise	338 465	69 727	264 071	4 667	117,1	-1,9	-1,6	216,9	143,6	6,4
dagegen										
Sachsen 2008 ¹⁾	526 201	110 332	405 979	9 890	125,5	-8,8	-6,6	242,9	148,9	9,8
Sachsen 2007 ¹⁾	566 792	118 930	438 224	9 637	134,3	-4,7	-3,3	267,6	157,6	9,7
Sachsen 2006 ¹⁾	590 543	120 911	460 708	8 924	139,0	2,5	1,8	276,4	162,8	9,1
Sachsen 2005 ¹⁾	583 310	115 389	459 203	8 718	136,5	x	x	264,5	159,2	9,1

1) alle Empfänger mit sächsischem Leistungsträger, beim SGB XII in Ausnahmefällen auch mit Wohnsitz außerhalb Sachsens
Quelle (für SGB II-Daten): Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Sozialgesetzbuch (SGB) - Zweites Buch (II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende - (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003, BGBl. I S. 2954, 2955), zuletzt geändert durch Artikel 14b des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (BGBl. I S. 1990)
- [2] Sozialgesetzbuch (SGB) - Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe - (Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003, BGBl. I S. 3023), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2495)
- [3] Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1997 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Artikel 2e des Gesetzes vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856)
- [4] Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz - BVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2495)
- [5] Gäbler, G.: Soziale Mindestsicherung in Sachsen, In: Statistik in Sachsen 4/2009, S. 18 - 26.
- [6] Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2006. Wiesbaden 2008
- [7] <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Sozialleistungen/Sozialberichterstattung/Sozialberichterstattung.psm>
- [8] <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/mindestsicherung.html>
- [9] Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2008; Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010 (im Auftrag der Herausbergemeinschaft)
- [10] http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/12/PD10__458__221,templateId=renderPrint.psm

Gesundheitsausgabenrechnung nach Ausgaben-trägern – methodische Grundlagen zur Realisierung eines länderübergreifenden Ansatzes

Vorbemerkung

Im Rahmen der Arbeiten zu den Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen in Sachsen wurde die Erstellung einer Gesundheitsausgabenrechnung nach Trägern als eines der zentralen Handlungsfelder identifiziert. Neben der Durchführung der Berechnungen¹⁾ für Sachsen bestand die Aufgabe geeignete Werkzeuge zu schaffen, die eine kontinuierliche Fortführung dieser Arbeiten unter Minimierung des dazu einzusetzenden Zeitpotenzials garantieren, d. h. die Methodik zur Erstellung einer Gesundheitsausgabenrechnung Sachsen zu institutionalisieren. Für das Jahr 1997 wurde von BASYS²⁾ bereits eine Gesundheitsausgabenrechnung für Sachsen erstellt. [4] Neben einer Gesundheitsausgabenrechnung nach Trägern wurden hier auch Berechnungen zu den Gesundheitsausgaben in Sachsen nach Leistungsarten und Einrichtungen vorgelegt. Diese Arbeiten fanden keine Fortsetzung und führten nicht zur Etablierung einer kontinuierlichen Gesundheitsausgabenrechnung in Sachsen.

Entsprechend mussten die notwendigen analytischen Arbeiten zur Ermittlung der Datenquellen neu geleistet werden³⁾, wobei sich vorerst auf die Erstellung einer Gesundheitsausgabenrechnung nach Trägern konzentriert wurde. Es sollte weiterhin sichergestellt werden, dass durch eine Nachnutzung dieser Rechercheergebnisse die Berechnungen zur Ermittlung der Gesundheitsausgaben in Sachsen in Zukunft ohne großen analytischen Vorbereitungsaufwand möglich sind. Weiterhin wurde durch die Arbeit der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen⁴⁾ ein weiteres Anwendungsfeld für die zu realisierende Institutionalisierung erschlossen. Die Arbeiten zur Etablierung eines länderübergreifenden Ansatzes zur Erstellung von Gesundheitsausgabenrechnungen nach Trägern ergaben, dass diese Arbeiten grundsätzlich für jedes Land separat durchgeführt

werden müssen, da immer länderspezifische Sachverhalte einzubeziehen sind. Es gibt somit wenige Möglichkeiten einer länderübergreifenden Rationalisierung, z. B. durch IT-Projekte. Vielmehr wurde festgestellt, dass der länderübergreifende Ansatz realisiert werden kann, wenn die bei der Erstellung der Gesundheitsausgabenrechnung nach Trägern für ein Land gemachten Erfahrungen so aufbereitet werden, dass eine Nachnutzbarkeit für andere Länder gegeben ist.

Unter Beachtung dieser Nutzungsziele erfolgte die Institutionalisierung im Statistischen Landesamt. Es wurde eine Dokumentation erarbeitet, die den Bedürfnissen der Nachnutzer Rechnung trägt und gleichzeitig absichert, dass die kontinuierlichen Verbesserungen der Methodik, die ein Resultat der Kommunikation der Ergebnisse vor Fachleuten und durchgeführter wissenschaftlicher Arbeiten zur Evaluierung von Teilaspekten der methodischen Grundlagen sind, den Nutzern zeitnah zur Verfügung stehen.

Die Dokumentation zur Gesundheitsausgabenrechnung

Die Bestandteile der Dokumentation⁵⁾

Es ist notwendig, dass für jeden Träger von Gesundheitsausgaben (vgl. Abb. 1) die Informationen verfügbar sind, die ohne großen Rechercheaufwand erlauben, die für die Erstellung der Gesundheitsausgabenrechnung nach Trägern notwendigen Daten bereitzustellen. Das heißt, es muss ersichtlich sein, welche Methoden für die entsprechenden Ergebnisse angewendet werden. Dies wird durch die Erstellung einer **Verfahrensbeschreibung** realisiert.

Wie später gezeigt werden wird, sind die Methoden zur Ermittlung der Gesundheitsausgaben sehr vielfältig. Während bei einzelnen Ausgabenträgern auf die Ergebnisse der

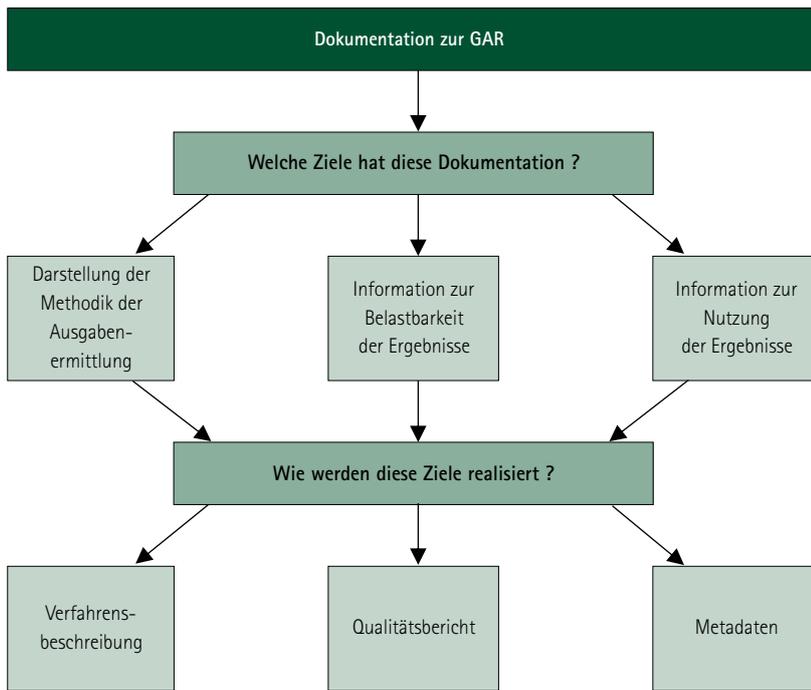
Abb. 1 Klassifikation der Ausgabenträger in der Gesundheitsausgabenrechnung

Ausgabenart	
1	Öffentliche Haushalte (funktionale Gliederung)
2	Gesetzliche Krankenversicherung
3	Gesetzliche Pflegeversicherung
4	Rentenversicherung
5	Gesetzliche Unfallversicherung
6	Private Krankenversicherung
7	Arbeitgeber
8	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck

Eigene Darstellung nach: Konzept einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes – Kurzfassung. Bearbeitet von Hermann T. Sarrazin, betreut von Markus Schneider. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2000, S. 7.

- 1) Vgl. dazu [1] und [2]. Weiterhin bildeten diese Berechnungen die Basis zur Bereitstellung von 12 Indikatoren der Gesundheitsausgabenrechnung des Freistaates Sachsen (Themenfeld 10 – Gesundheitsausgaben), für die bisher keine Informationen verfügbar waren (vgl. [3]).
- 2) BASYS Beratungsgesellschaft für angewandte Systemforschung mbH, Reisingerstraße 25, D-86159 Augsburg.
- 3) Ziel war es, die Gesundheitsausgaben nach Trägern unter maximaler Nutzung landesspezifischer Daten zu ermitteln. Auf der Grundlage der so gewonnenen empirischen Erkenntnisse wurde ein Instrumentarium geschaffen, das die Erstellung von Gesundheitsausgabenrechnungen unter Optimierung der Faktoren Genauigkeit der Ergebnisse, zeitlicher Aufwand zur Erstellung sowie Zeitpunkt der Ergebnisbereitstellung ermöglicht (vgl. [5]). Damit wird eine nachhaltige Etablierung von Gesundheitsausgabenrechnungen auf Länderebene möglich.
- 4) Die Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder wurde auf Beschluss der Amtsleiter der Statistischen Landesämter im November 2009 gegründet und hat die Aufgabe, Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen auf Landesebene zu entwickeln. Mitglieder sind Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Thüringen, das Statistische Bundesamt sowie Sachsen.
- 5) Neben den hier dargestellten Bestandteilen der Dokumentation, welche die Informationen für die Ermittlung der Gesundheitsausgaben für jeden einzelnen Träger enthält, werden auch Informationen zur organisatorischen Realisierung der Berechnungen bereit gestellt. Dazu wird in einem späteren Heft dieser Zeitschrift eine Veröffentlichung erfolgen.

Abb. 2 Dokumentation zur Gesundheitsausgabenrechnung als methodische Grundlage für einen länderübergreifenden Ansatz



amtlichen Statistik zurückgegriffen werden kann (z. B. Sozialhilfestatistik), kommen für andere Träger Schätzmethoden zum Einsatz. Dies ist zum Beispiel bei der Ermittlung der Ausgaben der Ersatzkassen als Teilbereich der Gesetzlichen Krankenversicherung der Fall. Zur Auswertung und Interpretation benötigt der Nutzer deshalb Informationen zur statistischen Belastbarkeit der ermittelten Ergebnisse. Die notwendigen Informationen enthält ein für jeden Träger erstellter **Qualitätsbericht**.

Neben den Informationen, wie die Berechnungen durchgeführt werden und welche statistische Aussagekraft die Ergebnisse haben, sind auch Informationen notwendig, die zur praktischen Durchführung von Gesundheitsausgabenrechnungen wichtig sind. Dazu gehören Aussagen zum Träger der Ausgaben oder zum Zeitpunkt der Verfügbarkeit der Ergebnisse. Diese Informationen liefern die **Metadaten**, die für jeden Träger verfügbar sind.

Ein Träger kann für mehrere, inhaltlich verschiedene Ausgabeposten verantwortlich sein. Die öffentlichen Haushalte z. B. sind Träger der Gesundheitsausgaben, welche u. a. im Rahmen der Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge und Kriegsopferversorgung gewährt werden. Ein Träger kann ebenfalls durch mehrere juristische Personen repräsentiert sein. Dieses ist z. B. bei der Gesetzlichen Krankenversicherung der Fall. Diese ist durch die gesetzlichen Krankenkassen sowie die Bundes- und Ersatzkassen repräsentiert. Im Folgenden wird gezeigt, wie die Bestandteile

der Dokumentation die Spezifik der einzelnen Ausgabenträger der Gesundheitsausgabenrechnung widerspiegeln (vgl. Abb. 2).

Verfahrensbeschreibung

Die Verfahrensbeschreibung informiert, auf welchem Wege die Ausgaben des entsprechenden Trägers für das Gesundheitswesen ermittelt wurden. Sie wird für jeden Träger individuell erstellt. Die Vielfalt der Träger der Ausgaben des Gesundheitswesens in Deutschland spiegelt sich hier bei der Ermittlung der benötigten Angaben wider. Bei den Arbeiten zur Erstellung einer Gesundheitsausgabenrechnung nach Trägern für den Freistaat Sachsen für die Jahre 2006 bis 2008 wurden die folgenden Formen angetroffen:

■ Verfügbarkeit durch die amtliche Statistik

Es gibt Informationen, die durch das Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik verfügbar sind und entsprechend vorliegen. Ein Beispiel sind die Gesundheitsausgaben, die im Rahmen der Sozialhilfe nach §§ 47 bis 52 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) gewährt werden. [6]

■ Nutzung von Publikationen der Träger

Einige Träger veröffentlichen die benötigten Informationen im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Die Unfallkasse Sachsen z. B. veröffentlicht die Gesundheitsausgaben jährlich in ihrem Verwaltungsbericht. [7]

■ Konkrete Abfrage der Informationen beim Träger

Die Informationen fallen im Verwaltungsvollzug an und werden auf Nachfrage von den Ausgabenträgern als Sekundärinformation zur Verfügung gestellt. Dazu gehören die Daten der gesetzlichen Rentenversicherung.

■ Disaggregation von Bundeswerten

Es liegen nur Informationen auf Bundesebene vor. Diese werden an Hand geeigneter Schlüsselgrößen disaggregiert (Top-down-Ansatz). Grundlage für eine Disaggregation ist die Annahme, dass zwischen der genutzten Schlüsselgröße und den Ausgaben für den entsprechenden Träger eine hohe Korrelation besteht. Diese Annahme wird in eine Gleichung transformiert, in welcher die gesuchten Ausgaben die einzige unbekannte Größe sind und somit entsprechend ermittelt werden können. In der Gesundheitsausgabenrechnung für Sachsen 2008 (Stand der Schätzung: Juli 2010) wurden die Werte für Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung, der Arbeitgeber sowie der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck disaggregiert. Als Disaggregationsfaktoren wurden die Einwohner (Ausgabenträger: gesetzliche Rentenversicherung sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck) und die Anzahl der Arbeitnehmer (Ausgabenträger: Arbeitgeber) genutzt. Zu den Ergebnissen dieser Berechnungen siehe [5].

■ Schätzung der Landeswerte

Nicht in jedem Fall ist eine Disaggregation zielführend, wenn keine landesspezifischen Werte verfügbar sind (siehe z. B. die private Krankenversicherung). Der Anteil der privat Krankenversicherten an allen Krankenversicherten ist im Bund fast doppelt so hoch wie in Sachsen.⁶⁾ Eine Disaggregation der Ausgaben der privaten Krankenversicherung an Hand der Bundeswerte würde deshalb stark überhöhte Werte für Sachsen zur Folge haben. Hier wurde ein Schätzmodell entwickelt, das landesspezifische Informationen nutzt, hier konkret die Anzahl der privat Krankenversicherten, welche vierjährlich auf der Basis des Mikrozensus ermittelt werden. Durch Multiplikation mit den durchschnittlichen Ausgaben je Versichertem, welche zurzeit jedoch nur auf Bundesebene zur Verfügung stehen, erhält man so einen landesspezifischen

6) Die Anzahl der privat Krankenversicherten an der Gesamtzahl der Krankenversicherten laut Mikrozensus betrug 2007 im Bund 10,6 Prozent, für Sachsen wurden 5,4 Prozent ermittelt (vgl. [8, S. 29 und 34]).

schen Ausgabewert. Proberechnungen für 2008 ergaben eine Abweichung des disaggregierten, überhöhten Wertes von dem auf der Basis dieses Schätzverfahrens ermittelten Wertes von 685 Millionen € bzw. 85 Prozent.

■ Mischformen

In einigen Fällen wurden die Gesamtausgaben für den Ausgabenträger durch Kombination von zwei oder mehreren der gezeigten Methoden ermittelt. Dies ist z. B. bei der Unfallkasse der Fall, welche in Sachsen u. a. durch die Unfallkasse Sachsen sowie die gewerblichen Berufsgenossenschaften vertreten ist. Die Daten der Unfallkasse Sachsen sind landesspezifisch verfügbar [7], die der gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden auf der Grundlage der Bundeswerte an Hand der Bevölkerung disaggregiert.

Die Verfahrensbeschreibung besteht aus vier Teilen. Die Beschreibung, welche der hier aufgeführten Methoden anzuwenden ist, erfolgt im **ersten Teil** der Verfahrensbeschreibung (vgl. Abb. 3). In den Fällen, in denen die Ausgaben durch mathematische Bearbeitung ermittelt werden, ist dargelegt, wie konkret vorzugehen ist.

Im **zweiten Teil** der Verfahrensbeschreibung ist hinterlegt, wie die benötigten Informationen zu ermitteln sind. In den meisten Fällen wird hier jedoch der Name einer Excel-Datei angegeben, die die Grundlagen für die Ermittlung der Ausgaben des entsprechenden Trägers liefert und die im Rahmen der Institutionalisierung der Gesundheitsausgabenrechnung im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen dort verfügbar ist. Die

Quellen für die Ausgangsdaten der Berechnungen sind in dieser Datei angegeben.

Im **dritten Teil** sind die zitierten Quellen für die aufgeführten Sachverhalte bzw. Datenquellen aufgeführt.

Das Datum der letzten Aktualisierung und der Ansprechpartner sind Inhalt des letzten Teils der Verfahrensbeschreibung. Damit erhält der Nutzer Informationen zur Aktualität des Dokumentes und es besteht die Möglichkeit der Prüfung, inwieweit die neuesten Änderungen der Berechnungsmethodik bereits Eingang in die Dokumentation gefunden haben.

Qualitätsbericht

Wie bereits dargelegt, ist die Erstellung der Gesundheitsausgaben der einzelnen Träger durch eine große methodische Vielfalt gekennzeichnet. Daraus leitet sich der Bedarf ab, die angewendeten unterschiedlichen Verfahrensweisen zur Erzeugung der statistischen Information einer individuellen Bewertung zu unterziehen.

Von den Methoden zur Qualitätsbewertung ist für diese Zwecke die Erstellung von Qualitätsberichten zielführend.⁷⁾ [9] Entsprechend wurde im Zuge der Ermittlung der Gesundheitsausgaben für jeden in die Betrachtung eingeschlossenen Ausgabenträger ein Qualitätsbericht erstellt. Die inhaltliche Gestaltung versucht, dem Nutzer einen Überblick zur Belastbarkeit der erzeugten statistischen Informationen zu geben (vgl. Abb. 4).

Die verbale Qualitätseinschätzung bildet den Hauptteil und enthält die wichtigsten Informationen. Auf der Grundlage der für diesen Träger erstellten Verfahrensbeschreibung werden die einzelnen Schritte zur Erstellung des Ergebnisses qualitativ beleuchtet. In Ab-

hängigkeit von der angewendeten Methode weist die Betrachtung der Qualität unterschiedliche Aspekte auf. Bei der Nutzung bereits anderweitig produzierter Informationen wird davon ausgegangen, dass die Erstellung dieser Informationen in einen Prozess der Qualitätssicherung eingebettet ist und die Nutzung ohne Einschränkungen erfolgen kann. Verbesserungen der Qualität sind denkbar, obliegen aber dem Produzenten dieser Informationen.

Werden die Ausgaben von Trägern betrachtet, deren Ermittlung auf der Grundlage von Disaggregationen bzw. Schätzungen erfolgt, so wird im Qualitätsbericht eingeschätzt, inwieweit die angewendete Methode zu validen Ergebnissen führt. Es werden die Schwachpunkte aufgezeigt und denkbare Lösungsansätze vorgestellt. Deren Realisierung ist als zukünftiges Aufgabenfeld denkbar.

Die Quellen für die Berechnungen sowie die inhaltlichen Aussagen sind in dem folgenden zweiten und dritten Teil des Qualitätsberichtes angegeben.

Werden in der verbalen Qualitätseinschätzung Sachverhalte artikuliert, die Änderungs- oder Handlungsbedarf hervorrufen, so sind diese im vierten Teil „Offene Fragen/ Handlungsbedarf“ dokumentiert.

Ergänzt wird die Qualitätseinschätzung im fünften Teil analog zur Verfahrensbeschreibung durch die Angaben zur letzten Aktualisierung.

Generell können die Qualitätsberichte als Werkzeug einer permanenten Qualitätsverbesserung dieses Rechenwerkes angesehen werden. Die Nutzer der Informationen bzw. die Nachnutzer der Methodik können mit ihrem spezifischen Wissen Lösungsansätze für die in der Rubrik „Offene Fragen/ Handlungsbedarf“ problematisierten Sachverhalte geben.

Ein zusätzlicher Ansatzpunkt für weitere Verbesserungen sind solche Sachverhalte, die vom Verfasser zwar nicht als Qualitätsmangel formuliert und dokumentiert sind, vom Nutzer auf Grund einer anderen Sichtweise jedoch als solche erkannt werden. Das Fehlen dieser Sachverhalte im Qualitätsbericht zeigt an, dass sie dem Verfasser des Qualitätsberichtes nicht bekannt waren und gibt dem Nutzer die Möglichkeit, durch Kontaktaufnahme mit dem zuständigen Bearbeiter diese Mängel zu kommunizieren. Die Benennung von Qualitätsmängeln erschließt außerdem weitere Felder für wissenschaftliche Tätigkeiten. Besonders dort, wo das Ergebnis durch Schätzungen, z. B. durch Disaggregation von Bundeswerten, erzielt wurde, ist es mit Hilfe

Abb. 3 Verfahrensbeschreibung zur Ermittlung der Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern – standardisierte Grundstruktur

1. Teil	Wie werden die Gesundheitsausgaben ermittelt? <ul style="list-style-type: none"> ■ aus Ergebnissen der amtlichen Statistik ■ aus Publikationen der Ausgabenträger ■ konkrete Abfrage beim Ausgabenträger ■ Disaggregation von Bundeswerten ■ Anwendung von Schätzverfahren ■ Kombination mehrerer dieser Methoden
2. Teil	Wie werden die Berechnungen durchgeführt?
3. Teil	Quellen für <ul style="list-style-type: none"> ■ die aufgeführten Sachverhalte im 1. Teil ■ die verwendeten Ausgangsdaten
4. Teil	Angaben zur Aktualität der Verfahrensbeschreibung und Kontaktdaten

7) Als weitere Methoden werden in dieser Quelle die Qualitätsbewertung über Prozessvariablen sowie Nutzerbefragungen empfohlen (vgl. [9]).

speziell ausgerichteter Forschungsprojekte möglich, den Rechenweg zu verfeinern. Dies geschah bisher bereits durch die Analyse der Methodik der Erfassung der Ausgaben der privaten Krankenkassen im Rahmen einer Diplomarbeit (vgl. [8]) sowie durch die Modifikation der Methodik zur Ermittlung der Ausgaben der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck im Rahmen einer Praktikumsarbeit⁸⁾.

Metadaten

Metadaten haben in der amtlichen Statistik die Aufgabe, über bestimmte statistische Daten Informationen vorzuhalten, die für die Nutzung, Interpretation und wissenschaftliche Auswertung unerlässlich sind. Sie sollen selbsterklärend sein, eine effiziente Nutzung der Daten ermöglichen und so aufgebaut sein, dass sie personenunabhängig aktualisiert werden können. Die konkrete Ausgestaltung der Metadaten kann entsprechend dieser Anforderungen variieren. Das Spektrum reicht von der Darbietung der Informationen in standardisierten Tabellen im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung bis zur Metadatenbank der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter. [10]

Eine Besonderheit der Gesundheitsausgabenrechnung nach Trägern gegenüber dem Ausweis fachstatistischer Daten ist, dass sie de facto eine Zusammenstellung aus verschiedenen statistischen Ergebnissen darstellt. Die Ermittlung der Datenquellen und die Durchführung der Berechnungen sind für jeden Träger sehr spezifisch. Dadurch ist es notwendig, die Metadaten individuell für jeden Träger anzufertigen.

Die Erstellung der Gesundheitsausgabenrechnung nach Trägern ist in Sachsen im Referat 34 (Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) des Statistischen Landesamtes angesiedelt. Ihre Spezifik stellt jedoch bestimmte Anforderungen an die Metadaten, die sich in ihrem Aufbau widerspiegeln und sie von Metadaten in anderen Bereichen der amtlichen Statistik unterscheidet. Inhaltlich lehnt sich der Aufbau an bestehende Formate von Metadaten an, die vom Referat „Gesundheit, Soziales“ des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen entsprechend der konkreten Anforderungen, vor allem im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung, entwickelt wurden.⁹⁾

Ziel der Metadaten im Rahmen der Dokumentation zur Gesundheitsausgabenrechnung nach Trägern ist es, dem Nutzer schnell eine Informationsübersicht zur Ermittlung der Ausgaben für den bestimmten Träger zu liefern. Neben Überblicksinformationen zur Durchführung der Berechnungen, die detaillierter in der Verfahrensbeschreibung sowie

Abb. 4 Qualitätsbericht zur Ermittlung der Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern – standardisierte Grundstruktur

1. Teil	<p>Qualitätseinschätzung</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Hinweis auf Quellen, die eine bestimmte Qualität garantieren (z. B. amtliche Statistik) ■ Einschätzung der Genauigkeit von Schätzverfahren ■ Information zur Abgrenzung der Gesundheitsausgaben (z. B. partielle Einbeziehung von Verwaltungskosten)
2. Teil	Hinterlegung der Berechnungsgrundlagen
3. Teil	<p>Quellen für</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ die aufgeführten Sachverhalte im 1. Teil ■ die verwendeten Ausgangsdaten
4. Teil	<p>Was noch geklärt werden muss:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Offene Fragen ■ Handlungsbedarf (bei vorhandenen Kapazitäten)
5. Teil	Angaben zur Aktualität des Qualitätsberichtes und Kontaktdaten

Abb. 5 Metadaten zur Ermittlung der Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern – standardisierte Grundstruktur

Erste Informationsebene
<p>Identifizierung der Ausgabenart</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Ausgabenträger/Art der Ausgaben ■ Gliederungszahl ■ Informationen zum Ausgabenträger
Zweite Informationsebene
<p>Informationen zur Datengewinnung</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Allgemeine Beschreibung der Informationsgewinnung ■ Datenquellen/zur Ergebniserstellung notwendige Daten
Dritte Informationsebene
<p>Anwenderorientierte Informationen</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Für welchen Zeitraum verfügbar? ■ Anteil an den Gesundheitsausgaben insgesamt (Sachsen/Jahr) ■ Regionalisierung ■ Letzte Aktualisierung dieser Information

im Qualitätsbericht nachvollzogen werden können, gehören hierzu auch allgemeine Angaben, die für die schnelle Orientierung bei einer Aktualisierung oder Nachnutzung notwendig sind.

Die Metadaten zur Gesundheitsausgabenrechnung nach Trägern bedienen drei Informationsebenen (vgl. Abb. 5). Der erste Teil

8) Die Publikation der Ergebnisse ist in einer der folgenden Ausgaben dieser Zeitschrift geplant.

9) Die Erstellung der Datensammlungen für die Gesundheitsberichterstattung im Freistaat Sachsen wurde begleitet durch die Bereitstellung von Metadaten für jeden Indikator der Berichterstattung. [11] Auch im Internetangebot zum Thema Gesundheit sind die Metadaten ein integrierter Bestandteil des Informationsangebotes für das Gesundheitswesen. [12]

umfasst drei Textfelder zur Identifizierung der Ausgabeart über den Ausgabenträger. Hierzu gehören die Nennung des Ausgabenträgers, die Angabe der vom Statistischen Bundesamt vergebenen Gliederungszahl¹⁰⁾ sowie weitere Informationen zum Ausgabenträger, die für das Verständnis und die Durchführung der Berechnungen notwendig sind. So wird die Gesetzliche Unfallversicherung als Ausgabenträger in Sachsen durch die Unfallkasse Sachsen und die Unfallkasse des Bundes repräsentiert. Entsprechend müssten die Gesundheitsausgaben beider Kassen in die Berechnungen eingehen.

Im zweiten Teil wird die Informationsgewinnung dargestellt. Dazu gehören die allgemeine Beschreibung der Informationsgewinnung sowie die Nennung der Datenquellen. Das ermöglicht dem Nutzer einen schnellen Überblick, welche Kapazitäten für die Durchführung der Berechnungen für den konkreten Träger bereitzustellen sind. Für Ausgabenträger, für die eine Schätzung durchzuführen ist, wie z. B. für die gesetzlichen Krankenkassen, ist ein höherer Aufwand einzuplanen als für Ausgabenträger, für die die Informationen bereits vorhanden sind und sofort genutzt werden können. Dies ist z. B. so bei den Hilfen zur Gesundheit, die durch die öffentlichen Haushalte im Rahmen der Sozialhilfe nach SGB XII gewährt [6] und durch die amtliche Statistik veröffentlicht werden. [13]

Die dritte Informationsebene richtet sich an den Nutzer dieser Dokumentation. Es wird die Information geliefert, seit wann die Ermittlung der Ausgaben für den konkreten Träger erfolgte und die Ergebnisse damit verfügbar sind. Die Angabe zum relativen Anteil der Ausgaben des Trägers an den Gesundheitsausgaben insgesamt gibt einen ersten Überblick zur Wichtigkeit des Trägers für die Gesundheitsausgabenrechnung. Dies ist ein guter Indikator, um Kapazitäten zur Analyse der Methodik, die in der Regel eine Verbesserung der Qualität der Berechnungen zum Ziel haben, für die Träger durchzuführen, die einen wesentlichen Teil der Gesundheitsausgaben zu leisten haben. Weiterhin wird der Nutzer hier informiert, ob regionalisierte Daten vorliegen und es werden Datum der letzten Aktualisierung der Metadaten sowie der Ansprechpartner mitgeteilt.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Das vorgestellte Konzept zur Erstellung von Gesundheitsausgabenrechnungen auf Länderebene stellt de facto die Realisierung des länderebeneübergreifenden Ansatzes zur Gesundheitsausgabenrechnung dar, welcher als ein Aufgabengebiet der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder festgelegt wurde.

Die Umsetzung erfolgte bisher in Sachsen. Hier wurde auf der Grundlage der erstellten Dokumentation die Aktualisierung der Gesundheitsausgabenrechnung für 2007 und 2008 durchgeführt.

Die Dokumentation der Gesundheitsausgabenrechnung kann auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden.

Dr. Bernd Richter, Referent Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Zwei Drittel der Gesundheitsausgaben in Sachsen werden durch die gesetzliche Krankenversicherung getragen. Pressemitteilung 79/2010 des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen vom 20. April 2010.
- [2] Richter, K.: Disaggregation oder landesspezifische Berechnungen – ein Methodenvergleich zur Gesundheitsausgabenrechnung auf Landesebene. In: Statistik in Sachsen, 4/2010, S. 2 – 8.
- [3] www.statistik.sachsen.de → Soziales/Bildung → Gesundheit → Gesundheitsberichterstattung → Statistische Basisdaten zur Gesundheitsberichterstattung des Freistaates Sachsen → Themenfeld 10.
- [4] Schneider, M., U. Hofmann, P. Biene-Dietrich: Gesundheitsökonomische Basisdaten für Sachsen, Berichtsjahr 1997, Gutachten für das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie, o. O. 2000.
- [5] Richter, K.: Erstellung eines methodischen Instrumentariums zur Berechnung der Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern auf Länderebene. In: Statistik in Sachsen, 1/2011, S. 33 – 38.

- [6] Rechtsgrundlagen dieser Statistik sind die §§ 121 bis 129 des Sozialgesetzbuch (SGB) – Zwölftes Buch (XII) – Sozialhilfe – (Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003, BGBl. I S. 3023), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2495 – 2496), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246, 2249). Erhoben werden die Angaben zu § 122 SGB XII.
- [7] Verwaltungsbericht der Unfallkasse Sachsen: www.unfallkassesachsen.de → Zahlen und Fakten → Verwaltungsberichte.
- [8] Schulze, K.: Ermittlung der Ausgaben der privaten Krankenversicherung auf Bundesländerebene – Möglichkeiten und Probleme, dargestellt am Beispiel des Freistaates Sachsen. Diplomarbeit, eingereicht am 30. Juli 2009 am Lehrstuhl für Volkswirtschaft, insbes. Geld, Kredit und Währung, Fakultät Wirtschaftswissenschaften, Technische Universität Dresden und verteidigt am 15. September 2009.
- [9] Ehling, M., A. Kron: Methoden und Verfahren zur systematischen Bewertung der Datenqualität, In: Wirtschaft und Statistik 4/2008 S. 281 – 286.
- [10] Richter, A., S. Weil: Metadaten – Eine Grundlage für die Auswertung amtlicher Statistiken durch die Wissenschaft. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 01/2005, S.12 – 18.
- [11] Kühne, B., Gesundheitsberichterstattung in Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 4/2000, S. 30 – 43.
- [12] Vgl. z. B. die Informationen zu den Krankenhäusern: www.statistik.sachsen.de → Soziales/ Bildung → Gesundheit → Krankenhäuser → Weitere Informationen
- [13] Sozialhilfe nach dem SGB XII im Freistaat Sachsen, K I 1 – j/06.

10) Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, dass die Nutzung dieser Gliederungszahl besonders für die Dokumentationsorganisation in DV-technischer Umgebung hilfreich ist

Entwicklung eines methodischen Instrumentariums zur Berechnung der Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern auf Länderebene

Vorbemerkung

Die volkswirtschaftliche und beschäftigungspolitische Bedeutung der Gesundheitswirtschaft als dynamischer Wachstumsbereich ist in den letzten Jahren zunehmend in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten. [1] Aufgrund der jährlich steigenden Gesundheitsausgaben wird das Gesundheitswesen selbst aber als Kostenfaktor gesehen. Informationen dazu liefert die Gesundheitsausgabenrechnung des Statistischen Bundesamtes für Deutschland (vgl. z. B. [2]).

Die Erfahrungen zeigen, dass diese Bundesergebnisse jedoch nicht in jedem Fall auf die Länderebene durch Disaggregation an Hand der Einwohnerzahl übertragbar sind. Es gibt Unterschiede zwischen den Bundesländern bezüglich der Ausgaben je Ausgabenträger.¹⁾ So hat vor allem die gesetzliche Krankenversicherung in den neuen Bundesländern einen höheren Anteil an Gesundheitsausgaben als im Bundesdurchschnitt, die private Krankenversicherung hat dagegen einen geringeren

Anteil. Aufgrund der unterschiedlichen Strukturen im Bundesländervergleich ist es wichtig, eine Gesundheitsausgabenrechnung auf Landesebene unter Nutzung landesspezifischer Informationen zu erstellen. Im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen wurde dazu eine methodische Grundlage erarbeitet, die eine Gesundheitsausgabenrechnung nach Ausgabenträgern auf Landesebene ermöglicht. Die Dokumentation der methodischen Grundlage stellt einen länderübergreifenden Ansatz dar, mithilfe dessen eine landesspezifische Gesundheitsausgabenrechnung für jedes Bundesland organisiert werden kann.²⁾ [3] Es wurde weiterhin ein methodisches Instrumentarium zur Berechnung der trägerbezogenen Gesundheitsausgaben auf Landesebene erarbeitet. Im vorliegenden Beitrag werden am Beispiel Sachsens die Berechnungsmethoden des Instrumentariums sowie die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Anwendbarkeit vorgestellt. Im Ergebnis kann abgeleitet werden, wie eine Gesundheits-

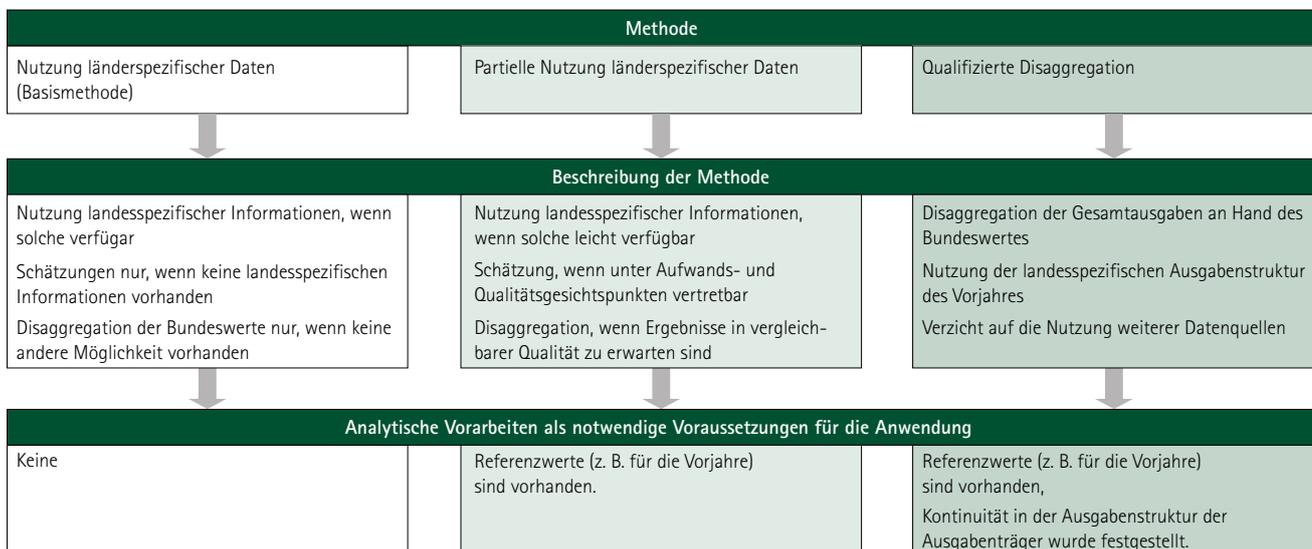
ausgabenrechnung nach Ausgabenträgern auf Länderebene unter Optimierung von Ergebnisgenauigkeit, zeitlichem Aufwand und Zeitpunkt der Ergebniserstellung etabliert werden kann.

Methodenbeschreibung

Die Berechnung der Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern für die Jahre 2006 bis 2008 wurde in Sachsen unter Nutzung länderspezifischer Informationen durchgeführt

- 1) Methodischer Ausgangspunkt der Berechnungen für die Gesundheitsausgaben in Sachsen sind die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes. Die Ausgabenträger werden demnach unterteilt in: öffentliche Haushalte; gesetzliche Krankenversicherung; soziale Pflegeversicherung; gesetzliche Rentenversicherung; gesetzliche Unfallversicherung; private Krankenversicherung; Arbeitgeber; private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 2) Nach Definition des Statistischen Bundesamtes versteht man unter Gesundheitsausgaben die Ausgaben für den Endverbrauch von Gesundheitsgütern und -dienstleistungen. Dazu zählen Leistungen und Güter mit dem Ziel der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege, sowie Investitionen des Gesundheitswesens.

Abb. 1 Inhaltliche Betrachtung möglicher Berechnungsmethodiken



(Basismethode). Das heißt, wenn landesspezifische Informationen vorhanden waren, dann wurden diese auch in die Berechnungen mit einbezogen. Parallel dazu wurden zu Vergleichszwecken die Gesundheitsausgaben auch durch Disaggregation der Bundeswerte ermittelt, die auf der Basis der Bevölkerungszahlen durchgeführt wurde. Das heißt, es wird von der Annahme ausgegangen, dass die durchschnittlichen Ausgaben je Einwohner im gesamten Bundesgebiet gleich sind. Die sächsischen Ausgaben erhält man, indem die Ausgaben je Einwohner für Deutschland ermittelt und diese mit der Anzahl der Einwohner Sachsens multipliziert werden.

Die Berechnungsergebnisse zeigen³⁾, dass sich das Gesamtergebnis der Gesundheitsausgaben zwischen Disaggregation der Bundeswerte⁴⁾ und landesspezifischen Berechnungen kaum unterscheidet. Unterschiede treten vor allem im relativen Anteil, den die einzelnen Ausgabenträger an den Kosten tragen, auf. Auf dieser Grundlage wurden neben der Berechnung unter Nutzung länderspezifischer Daten zwei weitere Berechnungsmethoden entwickelt, die einer Gesundheitsausgabenrechnung unter geringerem Personal- und Zeitaufwand qualitativ gerecht werden können (vgl. Abb. 1). Diese drei Methoden werden im Folgenden analysiert und miteinander verglichen.

Berechnungsmethode I: Nutzung landesspezifischer Daten (Basismethode)

Die Ergebnisse unter Nutzung landesspezifischer Informationen werden ausgehend von den kleinsten statistischen Informationseinheiten des Landes für die acht Träger der Gesundheitsausgaben ermittelt. Im Einzelnen

heißt das, wenn landesspezifische Informationen vorhanden sind, werden sie direkt in die trägerbezogene Gesundheitsausgabenrechnung mit eingearbeitet. Sind dagegen nur landesspezifischer Sekundärinformationen vorhanden, werden diese für Schätzungen des gesuchten Ausgabepostens verwendet. Bei fehlenden landesspezifischen Primär- oder Sekundärinformationen werden die Gesundheitsausgaben durch Disaggregation der Bundeswerte ermittelt. So setzen sich die Gesundheitsausgaben dieser Rechnung aus einer Kombination von landesspezifischen Informationen, Schätzungen mithilfe von Sekundärstatistiken und einer Disaggregation von Bundeswerten zusammen. [4]

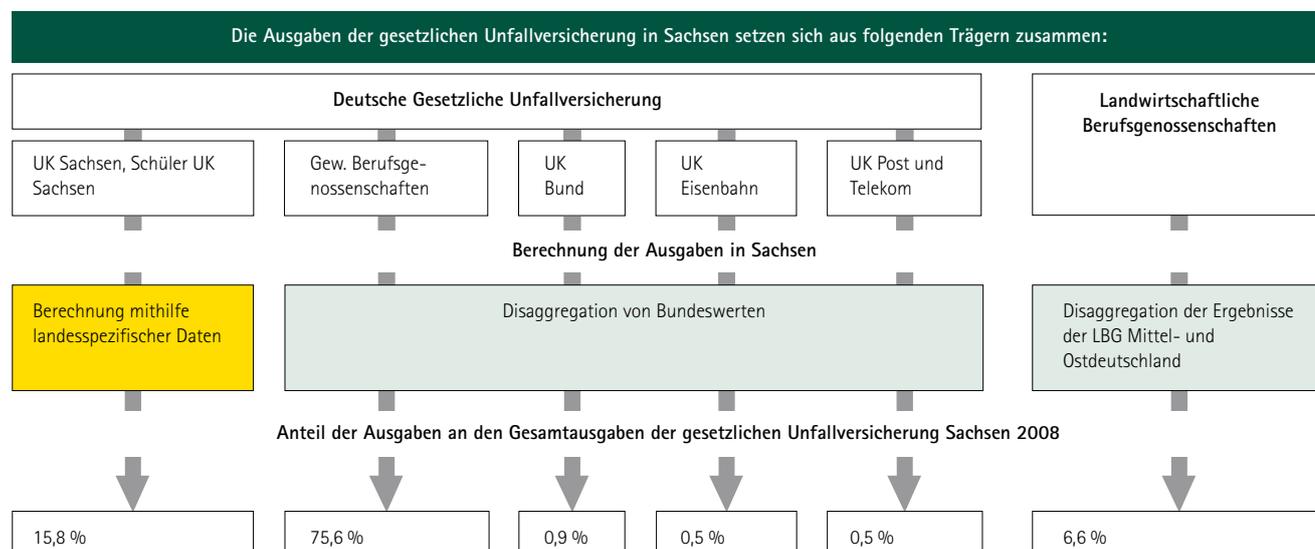
Berechnungsmethode II: Partielle Nutzung landesspezifischer Daten

Diese Methode setzt sich zum einen aus der Nutzung landesspezifischer Informationen und zum anderen aus der Disaggregation von Bundesergebnissen zusammen. Dabei werden die Ausgaben der Träger, die einen hohen Anteil an den Gesundheitsausgaben insgesamt haben, anhand landesspezifischer Informationen berechnet. Dazu gehören die gesetzliche und private Krankenversicherung sowie die soziale Pflegeversicherung. Ausgabenträger, die einen geringen Anteil an den Gesundheitsausgaben insgesamt haben oder bei denen die Abweichungen gegenüber den disaggregierten Bundeswerten gering sind, werden anhand der Bundesausgaben disaggregiert. Eine Disaggregation findet ebenfalls Anwendung, wenn die Ausgaben für den Träger aus mehreren Quellen ermittelt werden und der Anteil, der auf Basis landesspezifischer Informationen ermittelt wird, sehr gering ist.

Ein **Berechnungsbeispiel** anhand der gesetzlichen Unfallversicherung verdeutlicht den Vorteil einer Disaggregation der Bundeswerte, wenn diese Voraussetzungen vorliegen. Die Ausgaben der gesetzlichen Unfallversicherung setzen sich zum einen aus der deutschen gesetzlichen Unfallversicherung sowie aus der landwirtschaftlichen Sozialversicherung⁵⁾ zusammen. Die deutsche gesetzliche Unfallversicherung besteht wiederum aus den gewerblichen Berufsgenossenschaften, den Unfallkassen von Bund, Eisenbahn, Post und Telekom sowie der Unfallversicherung der öffentlichen Hand, hier speziell der Unfallkasse Sachsen.⁶⁾ Landesspezifische Daten stehen nur für die Unfallkasse Sachsen zur Verfügung. Das entspricht einem Anteil von 15,8 Prozent an den Gesamtausgaben der gesetzlichen Unfallversicherung in Sachsen. Die restlichen Unfallkassen müssen mithilfe des Bevölkerungsanteils auf Basis der Bundeswerte geschätzt werden (vgl. Abb. 2). Der Vergleich der Ergebnisse der gesetzlichen Unfallversicherung zwischen der Berechnung

- 3) Die Berechnungsergebnisse fußen auf den Auswertungen der empirischen Daten der Jahre 2006 bis 2008 mit einem Berechnungsstand von Juli 2010. Eine Verbesserung der Datenbasis der länderspezifischen Daten, vor allem für die Ausgabenträger der öffentlichen Haushalte sowie privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, kann zu anderen Berechnungsergebnissen in späteren Veröffentlichungen führen.
- 4) Eine Disaggregation der Bundeswerte erfolgt, wenn nicht anders erwähnt, top down mittels des Bevölkerungsanteils von Sachsen an der Bevölkerung von Deutschland. [4]
- 5) Der Bundesverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung vertritt die Interessen der zwölf regionalen Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und der bundesweit zuständigen Sozialversicherung. Der für Sachsen zuständige regionale Träger ist die LSV Mittel- und Ostdeutschland.
- 6) Die Unfallkasse Sachsen setzt sich aus der allgemeinen Unfallversicherung und der Schülerunfallversicherung zusammen.

Abb. 2 Ausgaben der gesetzlichen Unfallversicherung in Sachsen 2008



UK entspricht Unfallkasse

unter Nutzung landesspezifischer Daten und anhand der Disaggregation der Bundeswerte ergibt eine Abweichung von 0,7 Prozent für das Jahr 2008. Der hohe Berechnungsaufwand unter Nutzung landesspezifischer Informationen steht dabei in keinem Verhältnis zum Genauigkeitsergebnis, der dadurch erzielt wird. Es lässt sich erkennen, dass für die Berechnung der gesetzlichen Unfallversicherung eine Disaggregation der Bundeswerte zielführend wäre, zumal die Größe des Ausgabepostens mit einem Anteil von 1,6 Prozent an den gesamten Gesundheitsausgaben und der Anteil an landesspezifisch zur Verfügung stehenden Daten sehr gering ist (vgl. Abb. 3). Für die Anwendung dieser Methode generell müssen allerdings Referenzwerte aus den Berechnungen der Vorjahre unter Nutzung landesspezifischer Informationen vorhanden sein.

Berechnungsmethode III: Qualifizierte Disaggregation

Die dritte Berechnungsmethodik ist eine besondere Form der Disaggregation. Die Ermittlung der Gesundheitsausgaben insgesamt erfolgt durch Disaggregation des Bundeswertes auf der Basis der Einwohnerzahlen. Um die relativen Anteile der einzelnen Träger an den Ausgaben zu bestimmen, wird die landesspezifische Ausgabenstruktur Sachsens der Vorjahre genutzt. Hier müssen wie bei der partiellen Nutzung landesspezifischer Informationen mindestens Referenzwerte für zwei Jahre aus den Berechnungen der Vorjahre unter Nutzung landesspezifischer Informationen vorhanden sein. Zudem sollte für mehrere Jahre eine Kontinuität in der Ausgabenstruktur der einzelnen Ausgabenträger festgestellt worden sein.

Modifizierte Berechnungsvariante zur qualifizierten Disaggregation

Eine qualifizierte Disaggregation ist nur dann möglich, wenn sich der landesspezifisch er-

rechnete Wert für die Gesundheitsausgaben insgesamt nur marginal von dem vom Bund disaggregierten Berechnungsergebnis unterscheidet. Für Bundesländer, bei denen die Abweichungen gegenüber den Bundesdurchschnitten sehr hoch ausfallen, kann die qualifizierte Disaggregation in modifizierter Form angewendet werden. Die Gesundheitsausgaben insgesamt werden, auf der Basis des länderspezifischen Vorjahreswertes, aus der Veränderungsrate des Bundesergebnisses insgesamt⁷⁾ ermittelt. Demzufolge wird bei dieser Berechnung die Annahme getroffen, dass die landesspezifische Veränderung der Gesundheitsausgaben im Bundesdurchschnitt entspricht. Die einzelnen Ausgabenanteile werden aber weiterhin, wie bei der qualifizierten Disaggregation, aus den landesspezifischen Ausgabenstrukturen der Vorjahre ermittelt.

Es wird angestrebt, dass die hier vorgestellte Methodik für alle Bundesländer angewendet wird. Daraus ergibt sich perspektivisch, dass bei Vorliegen von Rechenergebnissen für alle Länder, diese in einem zusätzlichen Arbeitsschritt mit dem Bundesergebnis abgestimmt werden müssen.

Ergebnisse der trägerbezogenen Gesundheitsausgabenrechnung nach Berechnungsmethodik

Berechnungsmethode I: Nutzung landesspezifischer Informationen (Basismethode)

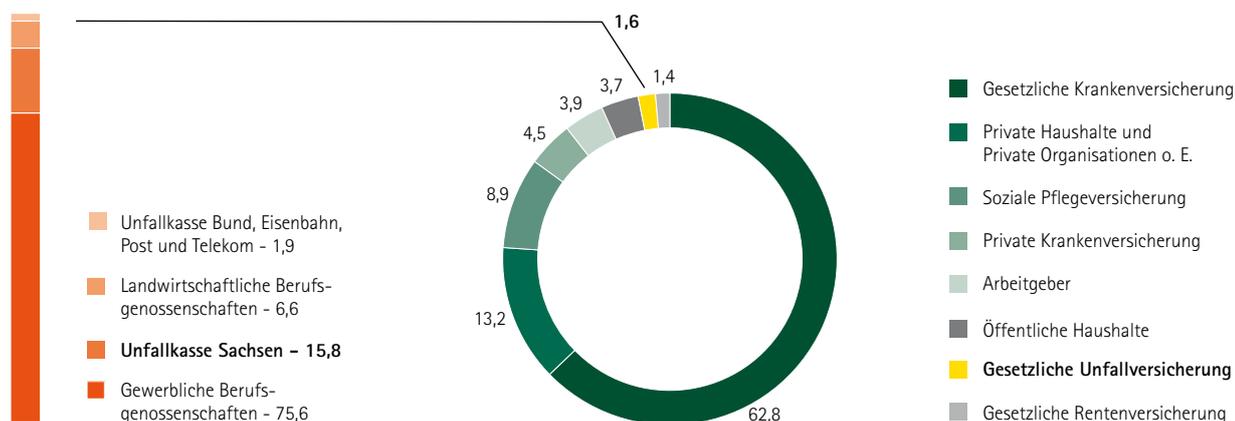
Die Berechnung unter Nutzung landesspezifischer Informationen ergibt für 2008 einen Ausgabenbetrag von insgesamt 13 740 Millionen €. ⁸⁾ Im Vergleich zu den Bundesausgaben liegt der ermittelte Betrag mit 3 266 € je Einwohner leicht über den bundesdurchschnittlichen Ausgaben von 3 206 €. Innerhalb der einzelnen Ausgabenträger unterscheiden sich hinsichtlich des relativen

Anteils an den Gesundheitsausgaben die auf der Basis landesspezifischer Informationen ermittelten Ergebnisse zum Teil beträchtlich von jenen, die man durch die Disaggregation der Bundeswerte an Hand der Einwohnerzahlen erhält. Vor allem die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung nehmen in Sachsen einen größeren Anteil an den Gesundheitsausgaben ein als im Bundesdurchschnitt. Das führt dazu, dass die durch Disaggregation ermittelten Werte zu niedrig ausfallen, und zwar um 871 Millionen € bzw. um 10,1 Prozent für das Jahr 2008. Demgegenüber ist der Anteil der privaten Krankenversicherung in Sachsen viel geringer als im Bundesdurchschnitt. Dadurch ergibt die Disaggregation der Bundeswerte an Hand der Bevölkerung überhöhte Werte. Für 2008 wurde mit 1 275 Millionen € ein Wert ermittelt, der mehr als doppelt so hoch war als jener, der unter Nutzung landesspezifischer Informationen berechnet wurde.

Hohe Abweichungen zwischen disaggregierten und landesspezifisch berechneten Ausgaben lassen sich weiterhin bei den Ausgabenträgern der öffentlichen Haushalte sowie der sozialen Pflegeversicherung feststellen. 2008 betragen die Abweichungen von der Basismethode 33,0 bzw. -19,3 Prozent. Die Berechnungen zeigen deutlich, dass eine einfache Disaggregation der Bundeswerte

- 7) Die Veränderungsrate des Bundesergebnisses wird aus den Gesundheitsausgaben des aktuellen Jahres gegenüber den Gesundheitsausgaben des Vorjahres berechnet.
- 8) Der Berechnungsstand Juli 2010 geht von der Annahme aus, dass der Ausgabenträger „der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“ dem Bundesdurchschnitt entspricht und wird aufgrund fehlender landesspezifischer Informationen von dem Bundeswert disaggregiert. Zurzeit erfolgt im Statistischen Landesamt Sachsen die Berechnung der landesspezifischen Ausgaben der privaten Haushalte anhand der zur Verfügung stehenden EVS-Daten. Grundlage sind die Ausgaben für die Gesundheitspflege, welche sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene vorliegen. Die Differenz der durchschnittlichen Ausgaben je Einwohner in Sachsen sowie im Bund für die Gesundheitspflege ist die Basis für eine landesspezifische Schätzung. Nach Ermittlung der Ergebnisse ist von einer Modifizierung der Gesundheitsausgaben von Sachsen auszugehen.

Abb. 3 Gesundheitsausgaben in Sachsen 2008 nach Ausgabenträger (in Prozent)



an Hand der Einwohnerzahlen bei einzelnen Ausgabenträgern in Sachsen zu großen Ungenauigkeiten führt.

Berechnungsmethode II: Partielle Nutzung landesspezifischer Informationen

Die Gesundheitsausgaben für Sachsen betragen bei Berechnung dieser Methode insgesamt 13 773 Millionen €. Gegenüber der Basismethode ergibt sich eine Abweichung von insgesamt 0,2 Prozent (vgl. Tab. 1). Landesspezifische Berechnungen erfolgten für die Träger der öffentlichen Haushalte, der gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen sowie der sozialen Pflegeversicherung. Die Ermittlung der Ausgaben durch die Disaggregation auf Basis der Einwohnerzahlen der entsprechenden Bundeswerte erfolgt für die gesetzliche Unfallversicherung, die gesetzliche Rentenversicherung⁹⁾, die Ausgaben der Arbeitgeber sowie die Ausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.¹⁰⁾

Berechnungsmethode III: Qualifizierte Disaggregation der Bundeswerte

Insgesamt werden anhand der Berechnung dieser Variante 13 485 Millionen € für die Gesundheit in Sachsen ausgegeben. Mit einer Abweichung von -1,9 Prozent von der Berechnungsmethode I entspricht dies dem disaggregierten Bundeswert. Auch die Abweichungen innerhalb der einzelnen Ausgabenträger sind gegenüber der Berechnungsmethode I relativ gering.

Für die gesetzliche Krankenversicherung z. B., die den größten relativen Anteil der Gesundheitsausgaben sowohl in Sachsen als auch im Bund trägt, beträgt die Differenz zur Basismethode -1,3 Prozent. Ebenfalls geringe Abweichungen weisen die gesetzliche Rentenversicherung (-0,5 Prozent), die öffentlichen Haushalte (-1,4 Prozent), die Ausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (2,1 Prozent), die Ausgaben der Arbeitgeber (-2,4 Prozent) sowie die private Krankenversicherung (-3,5 Prozent) auf.

Eine Ausnahme bilden die soziale Pflegeversicherung mit einer Abweichung von -5,0 Prozent sowie die gesetzliche Unfallversicherung mit -9,6 Prozent (vgl. Tab. 1).

Hinweise zur Anwendbarkeit der verschiedenen Methoden

Ein Vergleich der verschiedenen Berechnungsmethoden zeigt, dass der Unterschied zwischen den einzelnen Methoden¹¹⁾ im Gesamtergebnis relativ gering ist.

Bei Durchführung der Berechnungen unter partieller Nutzung landesspezifischer Informationen beträgt die Abweichung der Gesamtausgaben 2008 im Vergleich zur Basismethode nur 0,2 Prozent. Für die Ausgaben der meisten Träger wurden keine nennenswerten Abweichungen festgestellt. Eine Ausnahme bilden hier die Ausgaben der Arbeitgeber mit 5,8 Prozent. Die Ursache für diese Abweichung ist in der Methodik bedingt, die auf der Disaggregation anhand der Bevölke-

rung beruht. Bei Nutzung der Methode I erfolgt die Disaggregation anhand der Arbeitnehmerzahlen.

Die Abweichung zwischen landesspezifischer Berechnung nach der Basismethode und qualifizierter Disaggregation beträgt 1,9 Prozent im Jahr 2008, für die Vorjahre ergaben sich -5,8 (2006) bzw. -1,6 Prozent (2007). Innerhalb der einzelnen Ausgabenträger sind die Abweichungen gering und in den meisten Fällen kleiner als vier Prozent.

Die Berechnung der Gesundheitsausgaben unter Nutzung landesspezifischer Informationen ist die Grundlage für den Aufbau einer Gesundheitsausgabenrechnung auf Länderebene, das Ergebnis gibt die Referenzwerte für die Berechnungen unter partieller Nutzung landesspezifischer Informationen sowie für die qualifizierte Disaggregation vor. Dabei gilt, je mehr Jahre unter Nutzung landesspezifischer Informationen berechnet werden, desto aussagekräftiger sind die Ergebnisse der anderen Berechnungsmethoden. Aus den bisherigen Ergebnissen wird deutlich, dass Referenzwerte für mindestens zwei Jahre vorliegen sollten. Vor allem bei der qualifizierten Dis-

10) Bezüglich der Berechnung landesspezifischer Ausgaben der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck im Rahmen der Gesundheitsausgabenrechnung ist die Veröffentlichung eines Beitrages in dieser Zeitschrift für 2011 geplant.

11) Die einfache Disaggregation an Hand der Bevölkerung geht davon aus, dass die durchschnittlichen Ausgaben je Einwohner im betrachteten Territorium, d.h. hier in Sachsen, und im Bund identisch sind. Dies wird für unsere Betrachtungen als nicht zielführend angesehen und hier nicht weiter diskutiert. Die Berechnungen und die Darstellung in Tabelle 1 wurden nur zu Vergleichszwecken vorgenommen.

Tab. 1 Gesundheitsausgaben in Sachsen in Abhängigkeit der angewandten Berechnungsmethodik 2008 nach Ausgabenträgern

Ausgabenträger	Schätzwert für Sachsen in Abhängigkeit vom methodischen Ansatz								Abweichungen gegenüber der Basismethode								
	Nutzung landesspezifischer Informationen (Basismethode)		1) einfache Disaggregation ¹⁾		2) partielle Nutzung landesspezifischer Informationen		3) qualifizierte Disaggregation		1)			2)			3)		
	insg.	Anteil	insg.	Anteil	insg.	Anteil	insg.	Anteil	absolut in Mill. €			%					
	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%	1)	2)	3)	1)	2)	3)			
Insgesamt	13 740	100	13 485	100	13 773	100	13 485	100	-255,3	32,7	-255,3	-1,9	0,2	-1,9			
davon																	
öffentliche Haushalte	502	3,7	668	5,0	502	3,6	495	3,7	165,9	-	-7,1	33,0	-	-1,4			
gesetzliche Krankenversicherung	8 631	62,8	7 760	57,5	8 631	62,7	8 517	63,2	-871,3	-	-113,8	-10,1	-	-1,3			
soziale Pflegeversicherung	1 216	8,9	982	7,3	1 216	8,8	1 156	8,6	-234,7	-	-60,4	-19,3	-	-5,0			
gesetzliche Rentenversicherung	198	1,4	198	1,5	198	1,4	197	1,5	-	-	-1,0	-	-	-0,5			
gesetzliche Unfallversicherung	218	1,6	219	1,6	219	1,6	197	1,5	1,4	1,4	-20,8	0,7	0,7	-9,6			
private Krankenversicherung	623	4,5	1 275	9,5	623	4,5	602	4,5	651,9	-	-21,5	104,6	-	-3,5			
Arbeitgeber	541	3,9	572	4,2	572	4,2	528	3,9	31,3	31,3	-12,8	5,8	5,8	-2,4			
private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	1 810	13,2	1 810	13,4	1 810	13,1	1 849	13,7	-	-	38,1	-	-	2,1			

Schätzung Juli 2010

1) Die einfache Disaggregation an Hand der Bevölkerung geht davon aus, dass die durchschnittlichen Ausgaben je Einwohner in Sachsen mit denen des Bundes identisch sind. Dieser Ansatz wird für die Betrachtungen als nicht zielführend angesehen. Die Berechnung und Darstellung wurde nur zu Vergleichszwecken vorgenommen.

aggregation lässt sich die Kontinuität in der Ausgabenstruktur nur durch Referenzwerte aus mehreren Vorjahren abbilden. Große Veränderungen in der Entwicklung der Gesundheitsausgaben im Vergleich zum Vorjahr infolge von Gesundheitsreformen, Gesetzesänderungen oder Ähnliches spiegeln sich in der Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes durch große Veränderungen zum Vorjahr wider. Sie sind ein Indiz, dass es auch auf Länderebene strukturelle Veränderungen gegeben hat und die Methoden II und III nur bedingt anwendbar sind. Im Allgemeinen gilt deshalb, dass vor allem nach strukturellen Veränderungen innerhalb eines Bundeslandes oder in Deutschland insgesamt, spätestens aber aller fünf Jahre die Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern unter Nutzung länderspezifischer Informationen berechnet werden sollten.

Zusammenfassung und Ausblick

Eine möglichst genaue und zuverlässige Abbildung der Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern auf Landesebene wird aus heutiger Sicht nur durch Nutzung landesspezifischer Informationen erreicht. Dabei gilt, je mehr landesspezifische Informationen genutzt werden, desto genauer sind die Rechnungen. Hier ist jedoch zu beachten, dass eine perspektivisch angestrebte Anwendung dieser Methodik durch alle Bundesländer eine Abstimmung der Berechnungsergebnisse für die einzelnen Länder mit dem Bundesergebnis notwendig macht.

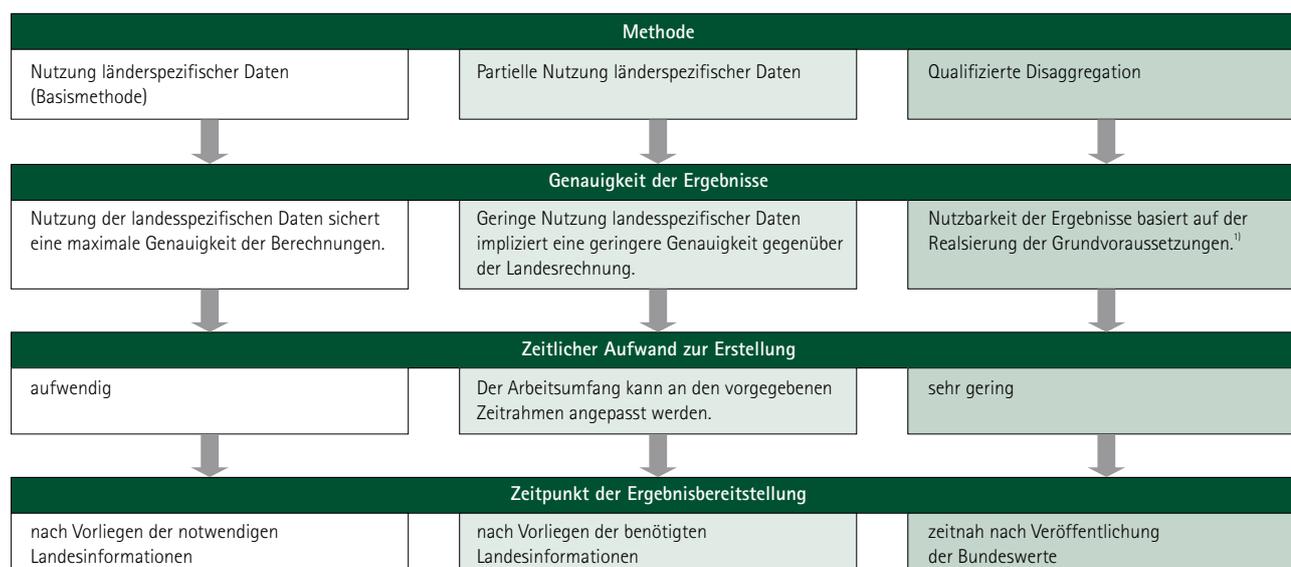
Strukturelle Veränderungen innerhalb eines Landes infolge des demographischen Wandels oder infolge von Gesetzesänderungen usw. haben auf die Genauigkeit der Gesundheitsausgaben bei Berechnung unter Nutzung landesspezifischer Informationen keinen Einfluss, da diese Veränderungen in den landesspezifischen Informationen abgebildet werden. Die tatsächlich anfallenden Gesundheitsausgaben werden in den Berechnungen ermittelt. Diese Art der Berechnung lässt sich aufgrund des hohen Kosten- und Zeitaufwandes jedoch kaum jährlich realisieren. Um trotzdem die Bereitstellung von Daten zu den Gesundheitsausgaben gewährleisten zu können, wurden im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen unter dem Gesichtspunkt von Genauigkeit der Ergebnisse, zeitlicher Aufwand zur Erstellung und Zeitpunkt der Ergebnisbereitstellung die vorgestellten Berechnungsmethoden II und III entwickelt, die neben der Basismethode zum Einsatz kommen können (vgl. Abb. 4).

Die Anwendung dieser beiden Methoden ist jedoch an das Vorhandensein von Referenzwerten geknüpft, die nur durch die Berechnung mit Hilfe länderspezifischer Daten (Basismethode) gewonnen werden können. Besonders die Anwendung der qualifizierten Disaggregation ist jedoch noch an weitere Bedingungen geknüpft. Eine qualifizierte Disaggregation sollte nur dann erfolgen, wenn die Abweichung der Ausgaben insgesamt von den durch Nutzung länderspezifischer Daten ermittelten Ausgaben minimal ist und eine Stabilität der Ausgabenstruktur

gegenüber den Vorjahren besteht. Bei Erfüllung dieser Grundvoraussetzungen bietet die qualifizierte Disaggregation eine schnelle, zeitnahe, genaue und somit qualitativ hochwertige Ergebnisermittlung. Hier können zeitnah mit Veröffentlichung der Bundeswerte auch Länderergebnisse veröffentlicht werden. Sollte diese Verfahrensweise in den Ländern etabliert werden, ist eine Koordination der Veröffentlichungen und insbesondere eine Abstimmung mit dem Statistischen Bundesamt als zusätzlicher Arbeitsschritt einzuplanen.

Die Berechnung der Gesundheitsausgaben unter der partiellen Nutzung landesspezifischer Informationen bietet auch bei strukturellen Veränderungen im Gesundheitswesen eine hohe Genauigkeit. Die Träger, die den größten Teil der Gesundheitsausgaben einnehmen, werden anhand landesspezifischer Daten ermittelt. Die Ausgabenträger mit an den Gesundheitsausgaben geringerer Bedeutung werden anhand der Bundeswerte disaggregiert. Somit werden auch bei diesen Trägern die strukturellen Veränderungen innerhalb Gesamtdeutschlands abgebildet. Der Zeit- und Kostenaufwand fällt gegenüber Berechnungsmethode I aber geringer aus (vgl. Abb. 5). Die oben aufgeführten und erläuterten Berechnungsmethoden zeigen, dass die Wahl der einzelnen Methode den jeweiligen Anforderungen an die Genauigkeit der Ergebnisse, den zeitlicher Aufwand zur Erstellung sowie den Zeitpunkt der Ergebnisbereitstellung angepasst werden müssen.

Abb. 4 Betrachtung möglicher Berechnungsmethodiken unter qualitativen Gesichtspunkten



1) Die empirischen Voraussetzungen für eine qualifizierte Disaggregation sind: Minimale Abweichung bei Ermittlung der Gesamtausgaben von den durch Nutzung länderspezifischer Daten ermittelten Gesamtausgaben sowie eine Stabilität der Ausgabenstruktur gegenüber dem Vorjahr.

Abb. 5 Einschätzung der Methoden bezüglich der Kriterien Genauigkeit, zeitnahe Bereitstellung und Zeitaufwand¹⁾

Nutzung länderspezifischer Daten	Partielle Nutzung länderspezifischer Daten	Qualifizierte Disaggregation
Genauigkeit		
+++	++	+
Zeitnahe Bereitstellung		
+	++	+++
Geringer Erstellungsaufwand		
+	++	+++

1) Eine größere Anzahl von Pluszeichen signalisiert eine bessere Erfüllung des entsprechenden Kriteriums.

Das hier vorgestellte methodische Instrumentarium zur Berechnung der Ausgaben auf Länderebene wurde in der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder abgestimmt und wird als Basis für die Erstellung von Gesundheitsausgabenrechnungen auf Länderebene angesehen.

Kristina Richter, Dipl.-Geogr., Sachbearbeiterin Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Vgl. dazu auch: Richter, B.: Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Gesundheitswesens im Spiegel der amtlichen Statistik. In: Statistik in Sachsen, 2/2008, S. 89 – 101.
- [2] Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Statistisches Bundesamt, Tabelle: Gesundheitsausgaben in Deutschland in Millionen €, Gliederungsmerkmale: Jahre, Art der Einrichtung, Art der Leistung und Ausgabenträger. Die Tabelle bezieht sich auf das Jahr 2008, zuletzt aufgerufen am 30. November 2010
- [3] Richter, B.: Gesundheitsausgabenrechnungen auf Länderebene – methodische Grundlagen zur Realisierung eines länderübergreifenden Ansatzes. In: Statistik in Sachsen, 1/2011, S. 28-32
- [4] Richter, K.: Disaggregation oder landesspezifische Berechnungen – ein Methodenvergleich zur Gesundheitsausgabenrechnung auf Länderebene, In: Statistik in Sachsen, 4/2010, S. 2 – 8

Neue Informationen zu INSPIRE

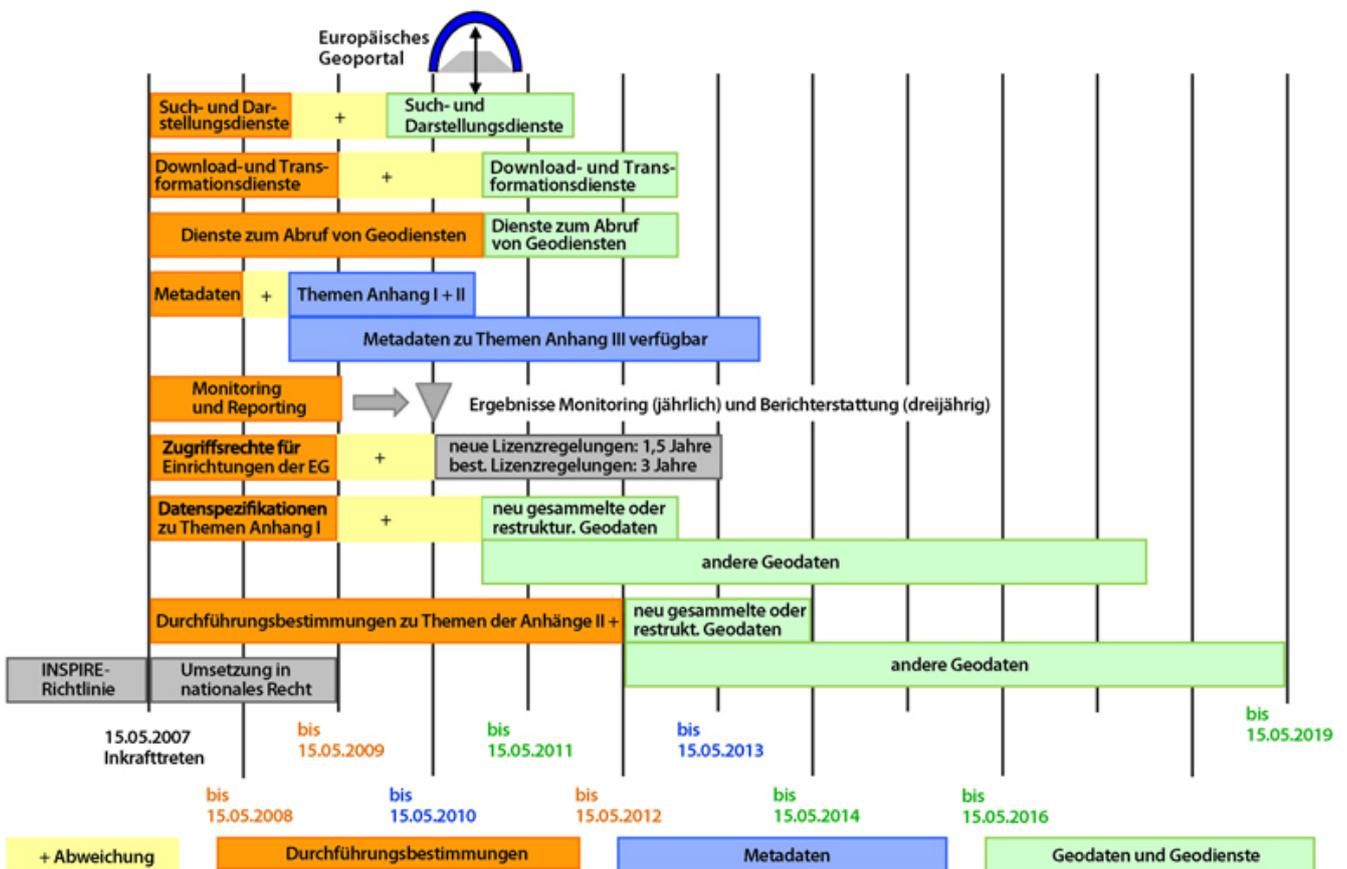
Vorbemerkungen

Dieser Artikel schließt unmittelbar an einen früheren Beitrag an, der in dieser Zeitschrift im Heft 4/2009 erschienen ist. [1]
 Mit dem Inkrafttreten der INSPIRE-Richtlinie am 15. Mai 2007 hat die EU den Aufbau einer europäischen Geodateninfrastruktur beschlossen. Dadurch werden Geodaten europaweit über das Internet (Web Services) zugänglich gemacht. Die genauen Definitionen der Daten werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von Expertengremien, sogenannten

Thematic Working Groups (TWGs) erarbeitet und nach Verabschiedung als Verordnung für alle Geodaten haltenden Stellen verbindlich gemacht (z. B. Landesvermessungsämter, Kommunen). Diese TWGs haben die Aufgabe, die erarbeiteten Datenspezifikationen verständlich darzustellen, zusammenzufassen und als Ansprechpartner für Fragen während der gesamten Umsetzungsphase zu dienen. Das Statistische Bundesamt arbeitet stellvertretend für die anderen Statistischen Landesämter in einer TWG mit. Insgesamt arbeiten

in 15 von 19 TWGs deutsche Experten mit. In Zusammenhang mit dem Thema „Statistische Einheiten“ und der geplanten Überarbeitung der NUTS-Einheiten wird die Zusammenführung von Gemeindeverzeichnis-Informationssystem (GV-ISys) und Geometrien notwendig, um Änderungen festzuhalten und nachvollziehbar zu machen. Zum Thema „Bevölkerungsverteilung“ wird noch Unterstützung der TWG-Arbeit in Deutschland gesucht. Der Fahrplan für die Bereitstellung von Metadaten und von Daten zu den im Annex I

Abb. 1 Zeitplan von INSPIRE



genannten Themen hat sich aufgrund von Verzögerungen bei der Veröffentlichung der Durchführungsbestimmungen um etwa ein Jahr verschoben. [2] (siehe Abb. 1) Nachfolgend sind die Fristen für die kommenden Jahre im Überblick aufgelistet:

- 09.05.2011 - Anfangsbetriebsfähigkeit der Such- und Darstellungsdienste
- 09.11.2011 - volle Betriebsfähigkeit der Such- und Darstellungsdienste (Konformität)
- 15.05.2012 - Verabschiedung INSPIRE Richtlinie zu den Datenspezifikationen des Anhangs II und III
- 28.06.2012 - Anfangsbetriebsfähigkeit der Download- und Transformationsdienste
- 23.11.2012 - Bereitstellung neu erhobener und aktualisierter Geodaten Anhang I
- 28.12.2012 - volle Betriebsfähigkeit der Download- und Transformationsdienste (Konformität)
- 03.12.2013 - Erstellung von Metadaten zum Anhang III
- 15.05.2014 - Bereitstellung neu erhobener oder aktualisierter Geodaten Anhang II und III
- 23.11.2017 - Bereitstellung restlicher Daten Anhang I
- 15.05.2019 - Bereitstellung restlicher Daten Anhang II und III.

Zusätzlich zur Richtlinie erließ die EU eine Reihe von Durchführungsbestimmungen, die beispielsweise genauer regeln, wie bestimmte Daten-, Metadaten- und Systemschnittstellen zu implementieren sind. Entsprechende Dokumente sowie weitere Informationen zu diesen Bestimmungen sind im Internet unter: <http://inspire.jrc.ec.europa.eu/> abrufbar. Gegenwärtig liegen konkrete Datenmodelle zu folgenden Themen (Anhang 1 der INSPIRE Richtlinie) vor:

- Koordinatenreferenzsysteme
- Geografische Gittersysteme
- Geografische Bezeichnungen
- Verwaltungseinheiten

- Adressen
- Katasterparzellen
- Verkehrsnetze
- Gewässernetz
- Schutzgebiete.

Zudem sind diverse Durchführungsbestimmungen mittlerweile verabschiedet, so dass sie als Referenzmaterial genutzt werden können. Dazu gehören die Durchführungsbestimmungen zu Metadaten, Netzdiensten und Datenaustausch. Anhand dieser Durchführungsbestimmungen wurden und werden in den nächsten Monaten Datenspezifikationen für die 34 Annex-Themen erarbeitet. Wenn möglich, müssen Datensätze zukünftig konform zu diesen Spezifikationen in der europäischen Geodateninfrastruktur bereitgestellt werden. Ergänzend zu bzw. mit den Fachexperten (TWGs) richtet die Koordinierungsstelle Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) Fachnetzwerke für jedes Annex-Thema ein (siehe Abb. 2).

Monitoring und Reporting – INSPIRE zieht erste Bilanz

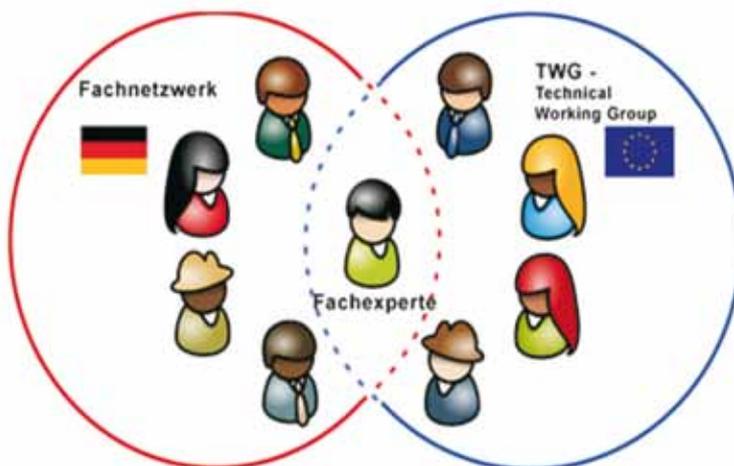
Am 15. Mai 2010 war der Europäischen Kommission erstmals ausführlich über den Stand der Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie in den Mitgliedsstaaten zu berichten. Grundlage dafür ist die Entscheidung der Kommission zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Überwachung (Monitoring) und Berichterstattung (Reporting), mit der wichtige Erkenntnisse für den weiteren Umsetzungsprozess gewonnen werden sollen.

Das Monitoring umfasst eine Liste der Geodatensätze und -dienste, die unter die Themen der INSPIRE-Richtlinie fallen, sowie eine Einschätzung des Aufbaus und der Nutzung der GDI-DE anhand definierter Überwachungsindikatoren. Das Monitoring ist jährlich jeweils zum 15. Mai zu aktualisieren. Die Ergebnisse des Monitoring 2009 erstrecken sich auf den Zeitraum vom 5. Juni 2009 (Inkrafttreten der Entscheidung) bis 31. Dezember 2009. Voraussetzung für das Monitoring ist die Identifizierung der von INSPIRE betroffenen Geodatensätze und -dienste.

In Deutschland konnten insgesamt 635 Geodatensätze und 332 Geodaten Dienste für die Themen des Anhangs 1 (bisher fehlen die Durchführungsbestimmungen zu den Themen des Anhangs II und III) durch die Geodaten haltenden Stellen identifiziert werden. Für rund 50 Prozent der Geodatensätze liegen bereits Metadaten vor, die zum Teil auch über Suchdienste zugänglich sind. Fast die Hälfte der gemeldeten Geodatensätze ist über Darstellungsdienste nutzbar, Downloaddienste werden dagegen bisher nur in Einzelfällen angeboten. [3]

Am 8. Dezember 2010 wurde die Verordnung 1089/2010 zur Durchführung der INSPIRE-Richtlinie hinsichtlich der Interoperabilität von Geodatensätzen und -diensten im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Diese Durchführungsbestimmung zu den Datenspezifikationen mit ihren Teilen zum Annex I der INSPIRE-Richtlinie gilt ab dem 15. Dezember 2010 und trat am 28. Dezember 2010 in Kraft. Als Folge müssen INSPIRE-konforme Datensätze zu den Themen des Anhang I bis zum 23. November 2012 (neue bzw. weitgehend umstrukturierte Geodatensätze) bzw. bis 23. November 2017 (restliche Geodatensätze) bereitgestellt werden.

Abb. 2 Kopplung der thematischen Arbeitsgruppen auf europäischer Ebene mit nationalen Fachnetzwerken



Stand der Umsetzung in Deutschland

Mit dem Aufbau der GDI-DE und der damit verbundenen Vernetzung von raumbezogenen Daten wird ein wichtiger Beitrag in der Entwicklung der Informations- und Mediengesellschaft geleistet. Mit der Fortschreibung und Umsetzung des hierzu entwickelten Architekturkonzeptes soll die Geodatenbasis in Deutschland mit dem strategischen Ziel erweitert werden, Datenbanken mit raumbezogenen Daten (Geodaten) mittels Webtechnologie organisationsübergreifend nutzbar zu machen. Die GDI-DE verlangt ein abgestimmtes Vorgehen zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Einbeziehung der Interessen von Wirtschaft und Wissenschaft. Dabei übernimmt die GDI-Sachsen, angesiedelt beim Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen, die Aufgabe, das Vorgehen auf sächsischer Ebene zu koordinieren und die Realisierung der Ziele schrittweise voranzutreiben. Bei der Umsetzung arbeiten Land und Kommunen schon jetzt eng zusammen. Die GDI-DE bildet den deutschen Beitrag zur europäischen Geodateninfrastruktur im Rahmen der Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie.

Informationen mit Raumbezug (Geoinformationen) stellen eine wesentliche Grundlage für die Bewältigung von Aufgaben und Herausforderungen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft dar. Der einfache webbasierte Zugang zu diesen auf allen Verwaltungsebenen verteilten digitalen Geoinformationen schafft neue Mehrwerte und Nutzungsmöglichkeiten für die genannten Zielgruppen. Die Bundesregierung verabschiedete am 18. August 2010 ein **Regierungsprogramm** „Vernetzte und transparente Verwaltung“. Darin formulierte die Bundesregierung für die 17. Legislaturperiode ihr strategisches Ziel auf diesem Gebiet: „Wir wollen die Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) zu einer prozess- und nutzerorientierten sowie qualitätsgesicherten Infrastruktur als integriertem Bestandteil des ebenenübergreifenden E-Governments ausbauen.“ [4]

Im vergangenen Jahr konnten folgende Meilensteine bewerkstelligt werden:

- Oktober 2010: Verabschiedung des Architekturkonzeptes 2.0
- Dezember 2010: Erstellung eines Konzeptes für ein GDI-DE-Governance-Framework
- Inbetriebnahme des Geodatenkatalogs-DE für die fachübergreifende Suche von Geodaten in Deutschland (Metadatenkatalog)

- Fertigstellung eines Prototyps für die GDI-DE-Testsuite, die für die Konformitätsprüfung von standardisierten Geodaten/-diensten benötigt wird. Der weitere Fahrplan im Modernisierungsprogramm sieht folgendermaßen aus:

- Herbst 2011 Fertigstellung der GDI-DE-Testsuite (umfasst Test und komplette Abnahme, Vorstellung des Prototyps auf der CeBIT im März, Freischaltung auf der INTERGEO im September/Oktober)
- Freischaltung des Geoportals Deutschland als zentraler Zugang zu den Geodaten und Geodiensten in Deutschland (öffentlichkeitswirksam entweder auf der INTERGEO im September/Oktober oder auf der Messe „Moderner Staat“ im November)
- Mai 2012: Einführung eines zentralen Monitorings für Geodienste (u. a. zum INSPIRE-Monitoring).

2013 und darüber hinaus:

- Infrastrukturkonnektoren: Schnittstellen zwischen den Komponenten innerhalb der GDI-DE sowie zwischen verschiedenen Infrastrukturen
- Lizenzierung: Webbasierte Bereitstellung von Standardlizenzen (soweit erarbeitet, abgestimmt und verwendbar)
- Geschäftsprozessbeschreibungen und Prozessintegration anhand der definierten Anwendungsfälle (XML in der öffentlichen Verwaltung → XÖV, Infrastrukturatlas, INSPIRE-Datenbereitstellung)
- GDI-DE Marktplatz: Erweiterung des Geodatenkatalog-DE hin zu einer Börse für nutzerorientierte Geodaten und -dienste.

In den vergangenen Monaten mussten alle 16 Bundesländer ihre eigenen Geodateninfrastrukturgesetze erlassen. Als letztes Bundesland setzte Rheinland-Pfalz sein Gesetz am 8. September 2010 in Kraft. So nach und nach gehen nun auch die verschiedenen Geoportale der Länder online. Das Geoportal Berlin zum Beispiel seit 28. Juni 2010, das Geoportal Nordrhein-Westfalens ging am 6. Oktober 2010 online und das Geoportal Brandenburg startete am 2. November 2010. In Sachsen ist der so genannte Sachsenatlas das Geoportal des Freistaates. Es bietet Bürgern und Unternehmen über das Internet Zugang zu Geo-Informationen der öffent-

lichen Verwaltungen. Interessierte können kostenlos Luftbilder, Geländemodelle, topografische Karten sowie Bebauungs- und Flächennutzungspläne abrufen. Hierbei können sie bei Bedarf mehrere Karten übereinanderlegen. Das Geoportal bietet umfangreiche Navigations- und Bearbeitungsmöglichkeiten in den Karten. Alle Daten können im Sachsenatlas beliebig miteinander kombiniert werden, sodass sich die Nutzer individuelle Karten zusammenstellen können. Die Adress- und Ortssuche ermöglicht eine gezielte Informationsabfrage für bestimmte Standorte. Das Geoportal wurde gemeinsam vom Freistaat Sachsen und den sächsischen Kommunen entwickelt. Sowohl für Kommunen als auch für Landesbehörden besteht die Möglichkeit, Komponenten des Sachsenatlases in eigene Internetauftritte zu integrieren und somit eigene Daten komfortabel bereitzustellen. Der Online-Atlas ist eine Basiskomponente der E-Government-Initiative Sachsen interaktiv. Mit einer Kickoff-Veranstaltung im Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) in Frankfurt/Main begann am 25. Oktober 2010 die Arbeit an dem Betriebsmodell für den Aufbau, Ausbau und Betrieb der Geodateninfrastruktur Deutschland. Ein wesentlicher Baustein einer funktionierenden Geodateninfrastruktur ist die Bereitstellung der zur Verfügung stehenden Metainformationen über die Geodaten und Geodienste. Auf diese Weise werden die Geodatenbestände transparent gemacht, eine Nachnutzung erleichtert und zugleich auch ihr Wert langfristig gesichert. Am 7. Dezember 2010 fiel dann der Startschuss im Projekt „Betriebsmodell Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE)“ zur Untersuchung von Optimierungspotenzialen durch Geodaten und Geodatendienste in Geschäfts- und Verwaltungsprozessen. Hierzu wurden Kooperationen mit Partnern aus der Metropolregion Rhein-Neckar, Schleswig-Holstein, Bayern, Hessen und dem Kreis Bergstraße geschlossen. Die Prozesse werden bis Ende April 2011 aufgenommen und analysiert, um daraus Anforderungen für den zukünftigen Aufbau, Ausbau und Betrieb der GDI-DE abzuleiten. Erste Ergebnisse der Prozessaufnahme werden auf der CeBIT präsentiert.

Ziel des Projektes „Betriebsmodell GDI-DE“ ist es, Kriterien zu berücksichtigen:

- die Strategie für einen nachfrageorientierten Ausbau der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) festzulegen,
- das Thema Geodaten und Geodaten-dienste als wesentliche Säule des E-Government zu verankern und

- den Ausbau der GDI-DE als eine vorrangige Aufgabe der deutschen Verwaltung über den IT-Planungsrat, das höchste Entscheidungsgremium der IT-Verantwortlichen aus Bund, Ländern und Kommunen, zu etablieren.

Stand der Umsetzung in Sachsen

Am 5. Juni 2010 ist das Gesetz über das Geoinformationswesen im Freistaat Sachsen in Kraft getreten. Artikel 1 dieses Gesetzes bildet das Gesetz über die Geodateninfrastruktur im Freistaat Sachsen. [5] Unter Federführung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern wird ein „Vorkonzept für den Aufbau der zentralen Komponenten der GDI Sachsen“ erarbeitet. Die zentralen Komponenten umfassen die für das anforderungsgerechte Funktionieren der Geodateninfrastruktur Sachsen erforderlichen staatlichen Maßnahmen. Ziele des Aufbaus zentraler Komponenten sind z. B.

- die Unterstützung der sächsischen Geodaten haltenden Stellen bei der Erfüllung ihrer aus der INSPIRE-Richtlinie resultierenden Verpflichtungen,
- die Optimierung der sächsischen Geodateninfrastruktur bezüglich der Bereitstellung und Nutzung von Georessourcen durch Verwaltung, Wirtschaft und Bürger sowie
- die Vermeidung des Aufbaus redundanter dezentraler Lösungen bei den Geodaten haltenden Stellen, insbesondere unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit.

Die Erstellung des Vorkonzeptes erfolgt im Rahmen einer interdisziplinären Projektgruppe, an der neben der Koordinierungsstelle der gdi.initiative.sachsen Vertreter der Staatsverwaltung und der Kommunen beteiligt sind. Unterstützung erhält die Projektgruppe von der Firma con terra GmbH, die gemeinsam mit interactive instruments und AED-SICAD als externer Berater fungiert. Eine externe Qualitätssicherung übernehmen Vertreter sächsischer Hochschulen. Das Vorkonzept beinhaltet u. a.

- die Beschreibung potentieller Bereitstellungs- und Nutzungswege innerhalb der GDI Sachsen,
- die Identifizierung und Charakterisierung daraus abgeleiteter zentraler Infrastruktur-Komponenten sowie
- die Übersetzung der definierten Anforderungen in eine entsprechende IT-Architektur.

Besondere Berücksichtigung findet die Anbindung der Geodaten haltenden Stellen an die zentralen Komponenten und die Verknüpfung mit der GDI-DE. Bis Ende 2010 sollte die Erarbeitung des Vorkonzeptes als Grundlage für die Erstellung eines Lastenheftes abgeschlossen sein. Die anschließende schrittweise Realisierung der zentralen Komponenten ist bis Ende 2012 geplant.

Ausblick

An dieser Stelle werden weiterhin die nächsten Arbeitsschritte zum Prozess von INSPIRE auf den verschiedenen Ebenen beobachtet. In einem Folgeartikel werden dazu weitere Informationen bereitgestellt. Ergänzende Hinweise findet man ab sofort auch unter dem amtsinternen „Stala Wiki“, dem Nachschlagewerk für die Statistiken im Statistischen Landesamt – ganz nach dem Vorbild von Wikipedia.

Regine Fiedler, Dipl.-Statistikerin,
Referentin Regionalstatistik

Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Fiedler, R.: Geodateninitiative Sachsen und INSPIRE, In: Statistik in Sachsen, 4/2009, S. 37 – 39
- [2] Ergebnisprotokoll „Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik“, Sitzung vom 9. Juni 2010
- [3] GDI-DE Newsletter Juni 2010
- [4] Regierungsprogramm „Vernetzte und transparente Verwaltung“ vom 18. August 2010
- [5] Gesetz über die Geodateninfrastruktur im Freistaat Sachsen (Sächsisches Geodateninfrastrukturgesetz-SächsGDIG) vom 19. Mai 2010, SächsGVBl. S. 134

Energieverbrauch in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 1991 bis 2009

Vorbemerkungen

Das Verarbeitende Gewerbe einschließlich des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden ist ein Sektor, auf den nach der Energiebilanz reichlich ein Fünftel (2008: 22,7 Prozent) des Endenergieverbrauchs in Sachsen entfällt. [1] Der Unterschied zu den anderen Sektoren (Verkehr; Haushalte; Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher) besteht darin, dass im Verarbeitenden Gewerbe die Energie zum großen Teil der Erzeugung von Produkten dient und nur zum kleineren Teil zum Heizen, zur Beleuchtung oder Ähnlichem.

In diesem Beitrag wird erstmals in dieser Zeitschrift für Sachsen der Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe analysiert. Der Schwerpunkt der Analyse liegt im allgemeinen Teil in der zeitlichen Betrachtung. Mit den Jahren von 1991 bis 2009 liegt ein 19-jähriger Untersuchungszeitraum vor.

Der Umfang der Thematik macht es erforderlich, sich in diesem Beitrag auf grundsätzliche Sachverhalte zu konzentrieren. Eine fachliche Vertiefung bleibt späteren Veröffentlichungen vorbehalten.

Datenquelle und Rechtsgrundlagen

Die Datenquelle ist die „Erhebung über die Energieverwendung der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden“. Sie wird einmal jährlich bei allen Betrieben dieser Wirtschaftszweige mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen durchgeführt. Der entsprechende Fragebogen ist im Internet verfügbar. [2]

Die Rechtsgrundlage für diese Statistik ist das Gesetz über Energiestatistik (Energiestatistikgesetz – EnStatG). [3] Die Daten zur Energieverwendung im Verarbeitenden Ge-

werbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden liegen bis Berichtsjahr 2007 entsprechend der Abgrenzung dieser Wirtschaftszweige nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) und ab Berichtsjahr 2008 nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) vor. Eine Doppelaufbereitung für das Jahr 2008 nach beiden Klassifikationen wie für andere Industriestatistiken gibt es bei dieser Energieerhebung nicht.

Energieverbrauch der Industrie in Sachsen, den neuen Ländern und Deutschland

Energieverbrauch in Sachsen

Der Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden – im Folgenden kurz und zusammenfassend Industrie genannt –

Tab. 1 Betriebe, tätige Personen, Gesamtumsatz und Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe sowie in Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Deutschland und Sachsen 2009^{1) 2)}

Merkmal	Betriebe	Tätige Personen	Gesamtumsatz	Energieverbrauch ³⁾	Energieverbrauch	
					je tätiger Person	je 1 000 € Umsatz
					Gigajoule	
	Ende September		1 000 €			
	Anzahl					
Deutschland	45 231	5 734 108	1 377 078 585	3 711 986 578	647	2,7
Alte Länder (ohne Berlin)	36 475	4 986 877	1 216 723 956	3 141 821 418	630	2,6
Neue Länder (mit Berlin)	8 756	747 231	160 354 629	570 165 160	763	3,6
darunter						
Sachsen	2 916	234 986	48 432 598	79 310 169	338	1,6
davon Direktionsbezirk						
Chemnitz	1 372	108 610	19 589 570	25 797 278	238	1,3
Dresden	1 061	90 219	19 502 196	31 958 954	354	1,6
Leipzig	483	36 157	9 340 832	21 553 937	596	2,3

1) Abweichungen zur Jahressumme sind auf Rundungen bzw. Wichtungen zurückzuführen.

2) Datenbasis gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 2008 (WZ 2008)

3) Energieverbrauch insgesamt einschließlich nichtenergetischem Verbrauch; Werden Energieträger als Brennstoffe zur Stromerzeugung in eigenen Anlagen eingesetzt, so enthält der Energieverbrauch Doppelzählungen, die sowohl den Energiegehalt der eingesetzten Brennstoffe als auch des erzeugten Stroms umfassen.

hat sich – nach einem strukturbedingten Rückgang 1991 zu 1992 – von 1992 bis 2008 stetig erhöht. Lediglich 2009 ist er zurückgegangen (vgl. Tab. 2). Der Energieverbrauch hat dagegen einen anderen Verlauf genommen. Lag er 1991 bei 193,8 Petajoule, sank er bis 1997 auf 66,4 Petajoule.¹⁾ Der Rückgang lag in diesen sieben Jahren bei 65,7 Prozent, das heißt, der Energieverbrauch sank um knapp zwei Drittel. Ab 1998 stieg er wieder an und erreichte 2007 einen neuen Höchstwert von 89,5 Petajoule. Somit hat sich der Energieverbrauch in diesen zehn Jahren wieder um gut ein Drittel (34,8 Prozent) erhöht. Der Vergleich von 2007 zu 2008 ist eingeschränkt. Durch die WZ-Umstellung bedingt lag das Niveau des Energieverbrauchs 2008 (nach WZ 2008) niedriger als 2007 (nach WZ 2003). 2009 hat sich die Wirtschaftskrise ausgewirkt. Der Energieverbrauch in der Industrie sank gegenüber dem Vorjahr um 10,5 Prozent auf 79,3 Petajoule.

Bezogen auf den Gesamtumsatz in der Industrie (vgl. Tab. 2) ist der Energieverbrauch je 1 000 € von 1991 bis 2007 stetig gesunken. Lag er 1991 bei 13,4 Gigajoule je 1 000 € Gesamtumsatz, so waren es 2007 lediglich noch 1,6 Gigajoule. Man kann diesen Indikator auch als Energieintensität bezeichnen. In diesem Zeitraum ist die Energieintensität somit auf rund 12 Prozent gesunken. 2009 hat sich die Energieintensität gegenüber 2008 mit 5,6 Prozent wieder leicht erhöht, aber auf sehr niedrigem absolutem Niveau.

Betrachtet man die jährlichen Veränderungs-raten der Energieintensität in Tabelle 2, so weisen die hohen zweistelligen Rückgänge in den Jahren bis 1995 darauf hin, dass zunehmend bestimmte sehr energieaufwändige Industrieproduktionen in Sachsen eingestellt wurden, bzw. es trat ein Wandel zu weniger energieintensiven Technologien ein.

Vergleich zu den neuen Ländern und Deutschland

Im Jahr 2009 entfielen 15,4 Prozent des Energieverbrauchs Deutschlands in der Industrie auf die neuen Länder (mit Berlin). Der entsprechende Anteil Sachsens lag bei 2,1 Prozent. Vom Gesamtumsatz in der Industrie entfielen im gleichen Jahr 11,6 Prozent auf die neuen Länder (mit Berlin) und darunter 3,5 Prozent auf Sachsen. Das heißt, in Ostdeutschland ist die Industrie insgesamt energieintensiver als im deutschen Mittel. In Sachsen wiederum ist das Gegenteil der Fall: die Industrie ist weniger energieintensiv als im deutschen und im ostdeutschen Mittel.

Die Werte für den Energieverbrauch je 1 000 € Gesamtumsatz belegen das (vgl. Tab. 1). Waren es 2009 in Deutschland 2,7

Tab. 2 Betriebe, tätige Personen, Gesamtumsatz und Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe sowie in Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 1991 bis 2009^{1) 2)}

Jahr	Betriebe	Tätige Personen	Gesamtumsatz	Energieverbrauch ³⁾	Energieverbrauch	
	Ende September				je tätiger Person	je 1 000 € Umsatz
	Anzahl		1 000 €	Gigajoule		
Insgesamt						
1991	2 327	528 321	14 413 520	193 764 144	367	13,4
1992	1 995	284 843	13 786 985	135 965 353	477	9,9
1993	2 084	229 683	14 657 068	103 243 013	450	7,0
1994	2 257	212 133	17 249 349	87 494 161	412	5,1
1995	2 334	208 665	20 531 464	76 816 098	368	3,7
1996	2 625	209 014	21 331 068	69 595 756	333	3,3
1997	2 644	208 985	23 478 312	66 428 708	318	2,8
1998	2 663	214 995	26 847 724	68 638 047	319	2,6
1999	2 707	216 004	28 287 260	69 717 753	323	2,5
2000	2 782	222 357	31 239 901	71 696 973	322	2,3
2001	2 816	226 048	34 303 902	73 596 730	326	2,1
2002	2 860	226 668	35 122 077	73 601 962	325	2,1
2003	2 810	225 555	37 336 663	77 581 973	344	2,1
2004	2 953	230 681	40 720 819	82 517 623	358	2,0
2005	2 927	232 096	44 630 333	83 149 230	358	1,9
2006	2 889	237 474	50 966 112	86 883 317	366	1,7
2007	2 920	243 156	57 027 191	89 554 662	368	1,6
2008	2 906	248 003	57 121 247	88 621 622	357	1,6
2009	2 916	234 986	48 432 598	79 310 169	338	1,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent						
1991	x	x	x	x	x	x
1992	-14,3	-46,1	-4,3	-29,8	30,2	-26,6
1993	4,5	-19,4	6,3	-24,1	-5,8	-28,6
1994	8,3	-7,6	17,7	-15,3	-8,2	-28,0
1995	3,4	-1,6	19,0	-12,2	-10,7	-26,2
1996	12,5	0,2	3,9	-9,4	-9,6	-12,8
1997	0,7	0,0	10,1	-4,6	-4,5	-13,3
1998	0,7	2,9	14,4	3,3	0,4	-9,6
1999	1,7	0,5	5,4	1,6	1,1	-3,6
2000	2,8	2,9	10,4	2,8	-0,1	-6,9
2001	1,2	1,7	9,8	2,6	1,0	-6,5
2002	1,6	0,3	2,4	0,0	-0,3	-2,3
2003	-1,7	-0,5	6,3	5,4	5,9	-0,9
2004	5,1	2,3	9,1	6,4	4,0	-2,5
2005	-0,9	0,6	9,6	0,8	0,2	-8,0
2006	-1,3	2,3	14,2	4,5	2,1	-8,5
2007	1,1	2,4	11,9	3,1	0,7	-7,9
2008	x	x	x	x	x	x
2009	0,3	-5,2	-15,2	-10,5	-5,5	5,6

1) Abweichungen zur Jahressumme sind auf Rundungen bzw. Wichtungen zurückzuführen.

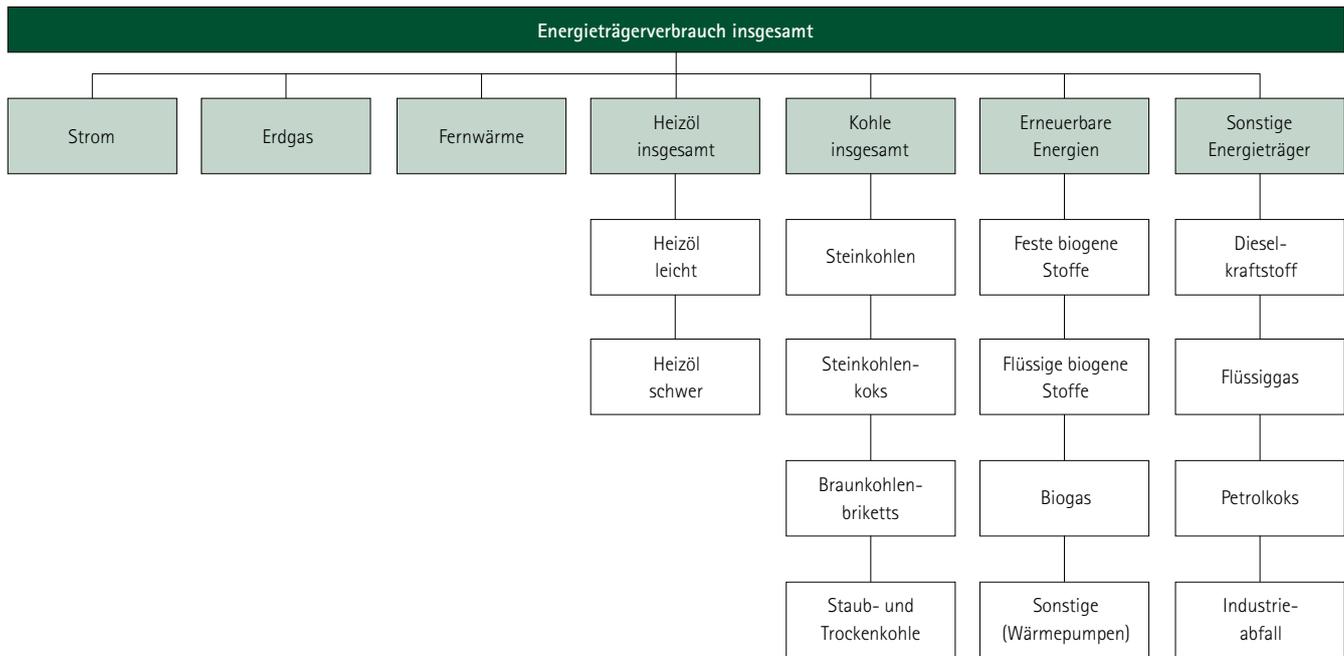
2) Datenbasis von 1991 bis 2007 gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), ab 2008 gemäß Ausgabe 2008 (WZ 2008)

3) Energieverbrauch insgesamt einschließlich nichtenergetischem Verbrauch; Werden Energieträger als Brennstoffe zur Stromerzeugung in eigenen Anlagen eingesetzt, enthält der Energieverbrauch Doppelzählungen, die sowohl den Energiegehalt der eingesetzten Brennstoffe als auch des erzeugten Stroms umfassen.

1) 1 Petajoule (PJ) = 1 000 Terajoule (TJ)
 1 Terajoule (TJ) = 1 000 Gigajoule (GJ)
 1 Gigajoule (GJ) = 1 000 Megajoule (MJ)

1 PJ = 1 000 000 000 000 000 J
 1 TJ = 1 000 000 000 000 J
 1 GJ = 1 000 000 000 J

Abb. 1 Struktur der verbrauchten Energieträger im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 2009



Gigajoule je 1 000 € Gesamtumsatz, so waren es in Ostdeutschland 3,6 Gigajoule und in Sachsen 1,6 Gigajoule. Auch innerhalb Sachsens gibt es deutliche Unterschiede. Im Direktionsbezirk Leipzig lag die Energieintensität mit 2,3 Gigajoule je 1 000 € Gesamtumsatz nur knapp unter dem deutschen Durchschnittswert. Im Direktionsbezirk Chemnitz erreichte sie mit 1,3 Gigajoule ungefähr die Hälfte des deutschen Mittels. Und im Direktionsbezirk Dresden entsprach die Energieintensität mit 1,6 Gigajoule dem sächsischen Durchschnitt.

Energieverbrauch nach Energieträgern

Die in der sächsischen Industrie verbrauchten Energieträger (17 Arten bzw. Gruppierungen) zeigt Abbildung 1. Bundesweit werden im Rahmen der Erhebung über die Energieverwendung der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden weit über 30 verschiedene einzelne Energieträger erfasst.

Von 1991 bis 2002 wurden statistisch nur die Verbräuche der Energieträger Kohle, Heizöl, Strom und Erdgas erfasst. In Tabelle 3 ergibt die Summe der Anteile deshalb auch 100 Prozent. Ab 2003, mit Wirksamwerden des Energiestatistikgesetzes, kamen weitere Energieträger hinzu: Fernwärme, die Erneuerbaren Energien sowie die Sonstigen Energieträger (vgl. Abb.1). Die Differenz zu 100 Prozent entfällt in Tabelle 3 ab 2003 auf diese Sonstigen Energieträger.

Struktur der Energieträger

1991 entfielen rund zwei Drittel der in der Industrie verbrauchten Energie auf die Kohle (Braunkohle, Braunkohlenbriketts, Steinkohle, Steinkohlenkoks u. a.). Erdgas nahm den zweiten Platz mit knapp 17 Prozent Anteil ein, Strom folgte auf dem dritten Platz mit 13 Prozent und Heizöl (schweres und leichtes Heizöl) hatte rund drei Prozent Anteil. Diese Verbrauchsstruktur entsprach der damaligen, noch aus der DDR-Zeit überkommenen Produktionsstruktur in der sächsischen Industrie.

2002 hatte sich diese Struktur grundlegend gewandelt: Jetzt entfiel mehr als die Hälfte des Energieverbrauchs auf das Erdgas, rund ein Drittel auf den Strom, reichlich sechs Prozent auf das Heizöl und nur noch knapp vier Prozent auf die Kohle.

2003 sah die Verteilung – nun mit mehr Energieträgern – wie folgt aus. Das Erdgas hatte mit nunmehr reichlich 46 Prozent den größten Anteil, es folgt der Strom mit weiterhin einem reichlichen Drittel (36 Prozent), das Heizöl mit knapp sieben Prozent, die Fernwärme und die Kohle mit jeweils rund drei Prozent, die Erneuerbaren Energieträger mit gut zwei Prozent. Auf die Sonstigen Energieträger entfielen rund zwei Prozent (vgl. Tab. 3). Bis 2009 sank der Anteil des Heizöls auf rund vier Prozent, der Anteil der Erneuerbaren Energieträger stieg auf 3,5 Prozent. Der Anteil der Fernwärme schwankt zwischen drei und vier Prozent. Die Anteile von Strom (Zunahme) und Erdgas (Abnahme) bewegten sich gegenläufig.

Entwicklung der Energieträger

Der Verbrauch von **Kohle** in der sächsischen Industrie lag 1991 bei 130,4 Petajoule. In den nächsten vier Jahren bis 1995 sank er auf 24,0 Petajoule, das heißt auf weniger als ein Fünftel. Der Rückgang setzte sich bis zum Jahr 2000 fort. Mit 2,7 Petajoule wurde der bis dahin niedrigste Kohlenverbrauch registriert. Im Zeitraum von 2000 bis 2009 ist der jährliche Kohleverbrauch schwankend in einer Größenordnung zwischen 2,4 Petajoule und 3,4 Petajoule. Eine eindeutige Tendenz ist nicht zu erkennen. Am Ende des Beobachtungszeitraumes zeigt der Kohleverbrauch in der Industrie aber wieder eine leicht steigende Tendenz. Über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2009 hinweg betrachtet, lag der Kohleverbrauch 2009 nur noch in einer Größenordnung von zwei bis drei Prozent der Menge des Jahres 1991.

Der Verbrauch von **Strom** ist in der sächsischen Industrie im Beobachtungszeitraum tendenziell gestiegen. 1991 lag der Verbrauch bei 25,1 Petajoule. Bis 1994 sank er auf 16,1 Petajoule bzw. um reichlich ein Drittel. Ab 1995 bis 2007 ist der Stromverbrauch jedes Jahr gestiegen. 2007 erreichte er 35,3 Petajoule und damit mehr als das Doppelte der Jahre 1993 und 1994 mit den niedrigsten Stromverbrauch. Die Entwicklung von 2007 zu 2008 ist schwer zu interpretieren. Vermutlich ist der Stromverbrauch geringfügig gesunken. Aber der berechnete Rückgang von 2,0 Prozent ist möglicherweise auch teilweise eine Folge der WZ-Umstellung. 2009 lag der Stromverbrauch mit 30,4 Petajoule um 12,3 Prozent unter dem Vorjah-

Tab. 3 Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe sowie in Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 1991 bis 2009^{1) 2)} nach Energieträgern

Jahr	Insgesamt	Darunter					
		Heizöl insgesamt	Kohle insgesamt	Strom	Erdgas ³⁾	Fernwärme	Erneuerbare Energien
in Gigajoule							
1991	193 764 144	6 031 890	130 453 807	25 126 165	32 152 282	x	x
1992	135 965 353	7 632 093	80 643 969	18 260 099	29 429 192	x	x
1993	103 243 013	8 444 545	54 434 194	16 179 350	24 184 925	x	x
1994	87 494 161	8 393 610	42 715 970	16 146 273	20 238 308	x	x
1995	76 816 098	8 090 402	23 990 775	18 367 820	26 367 101	x	x
1996	69 595 756	9 855 765	11 133 162	18 493 098	30 113 731	x	x
1997	66 428 708	8 489 705	4 932 782	19 869 413	33 136 808	x	x
1998	68 638 047	7 558 362	4 607 324	20 938 175	35 534 186	x	x
1999	69 717 753	7 153 341	3 565 779	22 185 330	36 813 303	x	x
2000	71 696 973	6 034 889	2 675 084	23 930 070	39 056 929	x	x
2001	73 596 730	5 569 771	3 024 016	25 529 310	39 473 633	x	x
2002	73 601 962	4 628 794	2 817 769	26 871 035	39 284 364	x	x
2003	77 581 973	5 210 077	2 391 467	28 055 122	35 953 455	2 628 938	1 683 280
2004	82 517 623	4 916 780	2 736 757	30 127 792	38 331 513	2 471 533	2 002 605
2005	83 149 230	4 075 586	2 384 167	31 360 127	38 505 570	3 280 774	1 573 070
2006	86 883 317	3 943 396	2 698 220	33 380 806	39 710 189	3 474 871	1 551 653
2007	89 554 662	3 582 833	2 960 672	35 348 021	40 200 105	3 653 230	1 831 219
2008	88 621 622	3 635 409	3 442 956	34 633 173	39 635 664	2 743 544	1 631 850
2009	79 310 169	2 988 680	3 172 068	30 381 920	34 836 018	2 706 875	2 804 427
Anteile in Prozent							
1991	100	3,1	67,3	13,0	16,6	x	x
1992	100	5,6	59,3	13,4	21,6	x	x
1993	100	8,2	52,7	15,7	23,4	x	x
1994	100	9,6	48,8	18,5	23,1	x	x
1995	100	10,5	31,2	23,9	34,3	x	x
1996	100	14,2	16,0	26,6	43,3	x	x
1997	100	12,8	7,4	29,9	49,9	x	x
1998	100	11,0	6,7	30,5	51,8	x	x
1999	100	10,3	5,1	31,8	52,8	x	x
2000	100	8,4	3,7	33,4	54,5	x	x
2001	100	7,6	4,1	34,7	53,6	x	x
2002	100	6,3	3,8	36,5	53,4	x	x
2003	100	6,7	3,1	36,2	46,3	3,4	2,2
2004	100	6,0	3,3	36,5	46,5	3,0	2,4
2005	100	4,9	2,9	37,7	46,3	3,9	1,9
2006	100	4,5	3,1	38,4	45,7	4,0	1,8
2007	100	4,0	3,3	39,5	44,9	4,1	2,0
2008	100	4,1	3,9	39,1	44,7	3,1	1,8
2009	100	3,8	4,0	38,3	43,9	3,4	3,5

1) Ab 2003 wurde die Befragung nach Energieträgern entsprechend Energiestatistikgesetz (EnStatG) vom 26. Juli 2002 erweitert.

2) Datenbasis von 1991 bis 2007 gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), ab 2008 gemäß Ausgabe 2008 (WZ 2008)

3) bis 1995 einschließlich Orts-, Kokerei-, und Ferngas

reswert. Dies ist eine Folge der Wirtschaftskrise gewesen.

Der Erdgasverbrauch ist im gesamten Beobachtungszeitraum tendenziell gestiegen. Die Entwicklung verlief jedoch nicht so gleichmäßig wie beim Strom. Die Daten für die Jahre 1991 bis 1996 in Tabelle 3 enthalten unter der

Summierung Erdgas auch das Orts-, Kokerei- und Ferngas (vgl. Fußnote 3) in Tab. 3). Diese Gasarten nahmen in ihrem Verbrauch stetig ab, während der Erdgasverbrauch stetig zunahm. 1991 betrug der (Erd-)gasverbrauch 32,2 Petajoule. Bis 1994 sank er auf 20,2 Petajoule. Das entspricht einem Rückgang um

ein reichliches Drittel (37 Prozent). Hier wirkt sich der oben angeführte Rückgang des Orts-, Kokerei- und Ferngases aus. Danach stieg der Gasverbrauch bis 2001 wieder an und erreichte eine Menge von 39,5 Petajoule. Im Jahr 2002 gab es gegenüber 2001 einen gewissen Einbruch im Erdgasverbrauch der

Tab. 4 Betriebe, tätige Personen, Gesamtumsatz und Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe sowie in Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 2008 und 2009 nach Wirtschaftszweigen

WZ 2008	Wirtschaftszweig	Betriebe	Tätige Personen	Gesamt- umsatz	Energie- verbrauch ¹⁾	Energieverbrauch	
		Ende September				je tätiger Person	je 1 000 € Umsatz
		Anzahl		1 000 €	Gigajoule		
2009							
05	Kohlenbergbau	x	x
08	Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	x	x
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	79	3 261	672 498	2 819 329	865	4,2
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	315	16 495	5 083 109	5 747 878	348	1,1
11	Getränkeherstellung	26	2 232	892 343	1 311 461	588	1,5
12	Tabakverarbeitung	x	x
13	H. v. Textilien	111	7 825	802 811	1 902 886	243	2,4
14	H. v. Bekleidung	38	2 113	202 244	187 569	89	0,9
15	H. v. Leder, Lederwaren u. Schuhen	x	x
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	82	4 283	919 287	4 084 166	954	4,4
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	61	6 152	1 374 621	12 255 289	1 992	8,9
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	75	5 770	663 986	705 481	122	1,1
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	60	7 776	2 314 057	10 508 331	1 351	4,5
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	16	2 376	560 748	411 705	173	0,7
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	156	11 218	1 564 688	1 911 002	170	1,2
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	226	11 123	1 636 258	9 575 019	861	5,9
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	68	9 413	1 857 289	9 319 173	990	5,0
25	H. v. Metallerzeugnissen	541	35 449	3 905 882	5 273 576	149	1,4
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	96	13 627	3 416 565	4 044 430	297	1,2
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	128	12 004	1 537 779	1 072 931	89	0,7
28	Maschinenbau	363	34 496	5 597 566	2 448 374	71	0,4
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	113	24 164	10 711 841	4 083 290	169	0,4
30	Sonstiger Fahrzeugbau	x	x
31	H. v. Möbeln	62	3 763	476 937	312 552	83	0,7
32	H. v. sonst. Waren	105	6 045	550 502	261 450	43	0,5
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	172	9 552	1 237 319	377 506	40	0,3
C	Verarbeitendes Gewerbe	2 837	231 725	47 760 100	76 490 840	330	1,6
	Insgesamt	2 916	234 986	48 432 598	79 310 169	338	1,6

sächsischen Industrie. Der Rückgang von 39,3 Petajoule im Jahr 2002 auf 36,0 Petajoule im Folgejahr ist methodisch bedingt.²⁾ In den Folgejahren bis 2007 stieg er wieder an und lag in diesem Jahr bei 40,2 Petajoule. Das war der höchste Wert überhaupt. Der leichte Rückgang 2008 im Vergleich zu 2007 ist wiederum schwierig zu bewerten (vgl. das w. o. Geschriebene zum Strom). 2009 ging der Erdgasverbrauch um 12,1 Prozent auf 34,8 Petajoule zurück. Lässt man die methodischen Veränderungen außer Betracht, dann ist der Erdgasverbrauch in der sächsischen Industrie von 1991 bis 2007 tendenziell gestiegen. Der Verbrauch von **Heizöl** hatte von 1991 bis 1996 eine steigende Tendenz. In letzterem Jahr erreichte er seinen höchsten Wert mit fast 9,9 Petajoule. Danach zeigt der Verbrauch eine sinkende Tendenz. Lediglich im Jahr 2003 ist der Heizölverbrauch mit 12,6

Prozent gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich gestiegen. Dies ist aber auch methodisch bedingt (vgl. Fußnote 2). Der kleine Anstieg von 2008 gegenüber 2007 von 1,5 Prozent ist wiederum infolge der WZ-Umstellung nicht ganz eindeutig zu interpretieren. 2009 ging der Heizölverbrauch jedoch krisenbedingt drastisch um 17,8 Prozent, knapp ein Fünftel, zurück. Der Verbrauch von **Fernwärme** zeigt im Zeitraum von 2003 bis 2009 keine eindeutige Entwicklungslinie. Er schwankt in einer Größenordnung von 2,5 Petajoule (2004) und 3,6 Petajoule (2007). 2008 ist im Vergleich zum Vorjahr rein rechnerisch ein Verbrauchsrückgang von einem Viertel eingetreten. 2009 lag der Fernwärmeverbrauch knapp unter dem Vorjahreswert. Beim Verbrauch von **Erneuerbaren Energieträgern** in der Industrie ist im Zeitraum seit

2003 ebenfalls keine eindeutige Tendenz in der Entwicklung erkennbar. Der Verbrauch ist von Jahr zu Jahr stark schwankend (vgl. Tab. 3). Damit unterscheidet sich die Entwicklung des Verbrauches von Erneuerbaren Energieträgern in der Industrie von der der anderen Sektoren bzw. der Gesamtentwicklung in Sachsen. Dort steigt der Einsatz Erneuerbarer Energieträger stetig. Zum Schluss sei auch noch darauf verwiesen, dass der Verbrauch **Sonstiger Energieträger** (Dieselkraftstoff, Flüssiggas, Petrolkoks und Industrieabfall) seit 2003 tendenziell ge-

2) Bis zum Berichtsjahr 2002 wurde der Energieverbrauch der Industrie quartalsweise im Rahmen des Monatsberichtes für Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes erfragt, Ab 2003 erfolgt die Erhebung auf der Basis des Energiestatistikgesetzes. [3] Damit waren methodische Veränderungen verbunden, die sich beim Erdgasverbrauch in einem Niveau sprung äußerten.

Noch: Tab. 4 Betriebe, tätige Personen, Gesamtumsatz und Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe sowie in Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 2008 und 2009 nach Wirtschaftszweigen

WZ 2008	Wirtschaftszweig	Betriebe	Tätige Personen	Gesamt- umsatz	Energie- verbrauch ¹⁾	Energieverbrauch	
		Ende September				je tätiger Person	je 1 000 € Umsatz
		Anzahl		1 000 €	Gigajoule		
2008							
05	Kohlenbergbau	x	x
08	Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	x	x
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	82	3 271	673 036	3 040 517	930	4,5
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	x	x
11	Getränkherstellung	27	2 306	931 060	1 372 777	595	1,5
12	Tabakverarbeitung	x	x
13	H. v. Textilien	120	9 115	919 755	2 462 461	270	2,7
14	H. v. Bekleidung	38	2 230	202 102	203 978	91	1,0
15	H. v. Leder, Lederwaren u. Schuhen	x	x
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	79	4 296	963 166	3 068 707	714	3,2
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	65	6 241	1 497 787	14 081 476	2 256	9,4
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	73	6 009	654 658	680 214	113	1,0
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	63	8 488	2 731 209	11 458 228	1 350	4,2
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	x	x
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	157	11 784	1 683 688	1 996 156	169	1,2
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	228	11 546	1 882 534	11 131 245	964	5,9
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	68	10 013	3 183 697	12 140 204	1 212	3,8
25	H. v. Metallerzeugnissen	515	37 176	4 788 747	5 847 219	157	1,2
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	96	17 388	4 368 042	5 118 741	294	1,2
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	135	13 075	2 229 652	1 118 291	86	0,5
28	Maschinenbau	355	36 733	7 259 403	2 718 035	74	0,4
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	109	24 476	12 197 708	4 356 118	178	0,4
30	Sonstiger Fahrzeugbau	x	x
31	H. v. Möbeln	59	3 715	486 058	283 970	76	0,6
32	H. v. sonst. Waren	111	6 121	581 565	270 409	44	0,5
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	168	9 623	1 429 221	366 491	38	0,3
C	Verarbeitendes Gewerbe	2 824	244 732	56 448 212	85 581 104	350	1,5
	Insgesamt	2 906	248 003	57 121 247	88 621 622	357	1,6

1) Energieverbrauch insgesamt einschließlich nichtenergetischem Verbrauch

stiegen ist. 2003 waren es 1,7 Petajoule und 2008 2,9 Petajoule. 2009 war auch hierbei ein gewisser Rückgang auf 2,4 Petajoule zu beobachten.

Zur Entwicklung am aktuellen Rand unter der Wirkung der Wirtschaftskrise ist 2009 der Verbrauch fast aller Energieträger zurückgegangen. Lediglich der Verbrauch der Erneuerbaren Energieträger ist mit 72 Prozent gegenüber dem Vorjahr exorbitant gestiegen und erreichte mit 2,8 Petajoule seinen bisherigen Maximalbetrag.

Energieverbrauch nach Wirtschaftszweigen

Im Jahr 2009 wurden durch die sächsische Industrie 79,3 Petajoule an Energie verbraucht.³⁾ Mehr als die Hälfte (52,5 Prozent) entfiel allein auf vier Industriebereiche: Her-

stellung von Papier, Pappe und Waren daraus; Herstellung von chemischen Erzeugnissen; Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden; Metallerzeugung und -bearbeitung (vgl. auch Abb. 2). Weitere fünf Industriebereiche hatten Anteile am Energieverbrauch der Industrie insgesamt von 5 bis 10 Prozent. Auf diese neun Branchen zusammen entfielen knapp 82 Prozent des gesamten Energieverbrauchs. Das heißt, knapp ein Fünftel der Energie wurde in den verbleibenden 15 Industriebereichen verbraucht⁴⁾ (vergleiche dazu auch Abb. 3).

Es fällt auf, dass sich unter den Industriezweigen mit hohem Energieverbrauch auch solche befinden, die nicht zu den umsatzstarken gehören, etwa die Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus oder die Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren. Der

umsatzstärkste Industriebereich, Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, rangierte 2009 nach dem Energieverbrauch erst auf dem achten Rang.

Das Gewicht bzw. die Bedeutung eines Industriezweiges im Hinblick auf den Energieverbrauch ergibt sich aus zwei Größen: erstens dem Umsatz (bzw. der Produktionsmenge) und zweitens der Energieintensität der Produktionen (Energieverbrauch je 1 000 € Gesamtumsatz) – vgl. Tabelle 4. Die Herstellung

3) Die Darstellung einer größeren Zahl von Jahresscheiben in den Tabellen sowie die Zeitreihenbetrachtung des Energieverbrauches für die einzelnen Industriebereiche würden den Umfang dieses Zeitschriftenbeitrages sprengen. Deshalb beschränkt sich die Analyse auf das Jahr 2009.

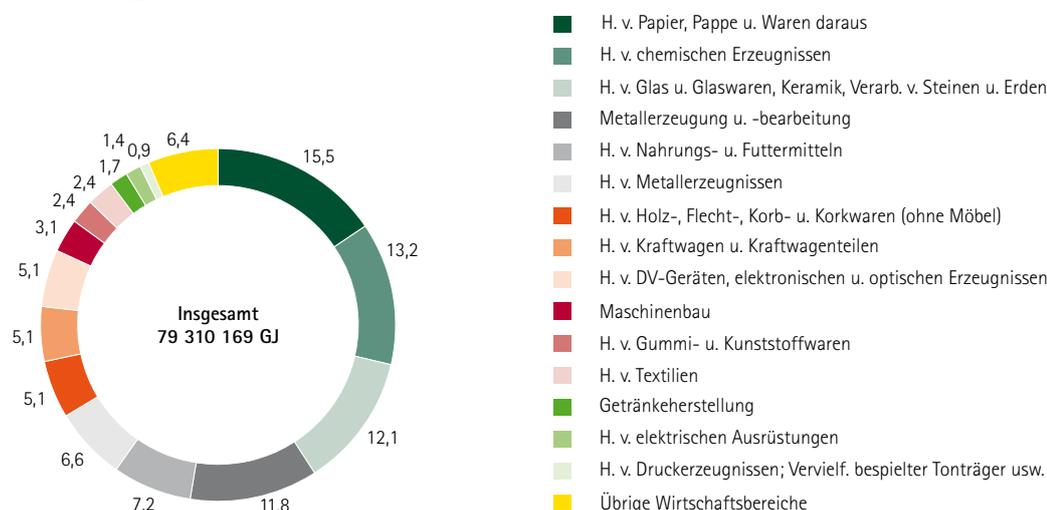
4) Auf die drei Bereiche Tabakverarbeitung, Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen sowie Sonstiger Fahrzeugbau, für die zur Wahrung des Statistikgeheimnisses keine Angaben veröffentlicht werden können, entfiel 2009 rund ein Prozent des Energieverbrauchs der sächsischen Industrie.

Tab. 5 Energieverbrauch¹⁾ im Verarbeitenden Gewerbe sowie in Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Deutschland und Sachsen 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

WZ 2008	Wirtschaftszweig	Energieverbrauch				
		Deutschland	Anteil	Sachsen	Anteil	Anteil Sachsen an Deutschland
		Gigajoule	%	Gigajoule	%	
05	Kohlenbergbau	127 336 241	3,4	.	x	x
08	Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	21 025 246	0,6	.	x	x
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	148 361 487	4,0	2 819 329	3,6	1,9
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	192 419 730	5,2	5 747 878	7,2	3,0
11	Getränkeherstellung	25 236 453	0,7	1 311 461	1,7	5,2
12	Tabakverarbeitung	2 310 772	0,1	.	x	x
13	H. v. Textilien	18 875 381	0,5	1 902 886	2,4	10,1
14	H. v. Bekleidung	1 718 278	0,0	187 569	0,2	10,9
15	H. v. Leder, Lederwaren u. Schuhen	1 190 705	0,0	.	x	x
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	77 631 356	2,1	4 084 166	5,2	5,3
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	274 415 927	7,4	12 255 289	15,5	4,5
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	19 268 936	0,5	705 481	0,9	3,7
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 012 211 922	27,3	10 508 331	13,3	1,0
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	23 070 694	0,6	411 705	0,5	1,8
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	77 545 969	2,1	1 911 002	2,4	2,5
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	271 261 985	7,3	9 575 019	12,1	3,5
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	697 908 598	18,8	9 319 173	11,8	1,3
25	H. v. Metallerzeugnissen	88 183 870	2,4	5 273 576	6,6	6,0
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	22 706 035	0,6	4 044 430	5,1	17,8
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	31 669 651	0,9	1 072 931	1,4	3,4
28	Maschinenbau	76 337 630	2,1	2 448 374	3,1	3,2
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	99 572 598	2,7	4 083 290	5,1	4,1
30	Sonstiger Fahrzeugbau	10 991 065	0,3	.	x	x
31	H. v. Möbeln	11 231 739	0,3	312 552	0,4	2,8
32	H. v. sonst. Waren	9 623 005	0,3	261 450	0,3	2,7
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	8 571 868	0,2	377 506	0,5	4,4
C	Verarbeitendes Gewerbe	3 563 625 091	96,0	76 490 840	96,4	2,1
	Insgesamt	3 711 986 578	100	79 310 169	100	2,1

1) Energieverbrauch insgesamt einschließlich nichtenergetischem Verbrauch; Werden Energieträger als Brennstoffe zur Stromerzeugung in eigenen Anlagen eingesetzt, so enthält der Energieverbrauch Doppelzählungen, die sowohl den Energiegehalt der eingesetzten Brennstoffe als auch des erzeugten Stroms umfassen.

Abb. 2 Struktur des Energieverbrauches der sächsischen Industrie im Jahr 2009 in Prozent



Tab. 6 Umsatz und Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe sowie in Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Deutschland 2008 und 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

WZ 2008	Wirtschaftszweig	Gesamtumsatz		Energieverbrauch ¹⁾		Energieverbrauch je 1 000 € Umsatz	
		1 000 €		Gigajoule			
		2008	2009	2008	2009	2008	2009
05	Kohlenbergbau	4 324 646	3 278 637	185 647 000	127 336 241	42,9	38,8
08	Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	5 020 624	4 865 428	26 557 204	21 025 246	5,3	4,3
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	16 214 656	13 489 012	223 343 544	148 361 487	13,8	11,0
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	135 818 289	128 022 694	190 151 647	192 419 730	1,4	1,5
11	Getränkeherstellung	20 140 060	19 680 408	29 504 869	25 236 453	1,5	1,3
12	Tabakverarbeitung	12 284 799	12 372 825	2 362 114	2 310 772	0,2	0,2
13	H. v. Textilien	11 115 969	9 260 587	22 402 204	18 875 381	2,0	2,0
14	H. v. Bekleidung	8 140 791	7 121 760	2 058 300	1 718 278	0,3	0,2
15	H. v. Leder, Lederwaren u. Schuhen	3 108 327	2 614 097	1 313 521	1 190 705	0,4	0,5
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	17 722 876	15 562 587	71 915 732	77 631 356	4,1	5,0
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	37 828 832	33 861 849	280 958 195	274 415 927	7,4	8,1
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	18 150 171	16 953 785	20 985 878	19 268 936	1,2	1,1
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	130 530 454	107 429 005	1 015 682 458	1 012 211 922	7,8	9,4
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	38 805 902	37 810 824	24 992 629	23 070 694	0,6	0,6
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	67 529 502	57 940 998	86 424 030	77 545 969	1,3	1,3
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	36 516 388	32 700 197	298 346 455	271 261 985	8,2	8,3
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	110 380 787	72 209 361	993 824 223	697 908 598	9,0	9,7
25	H. v. Metallerzeugnissen	105 111 792	81 868 496	93 344 714	88 183 870	0,9	1,1
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	76 464 323	59 226 455	35 835 132	22 706 035	0,5	0,4
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	83 119 435	67 955 593	36 487 732	31 669 651	0,4	0,5
28	Maschinenbau	222 360 292	170 814 660	88 461 158	76 337 630	0,4	0,4
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	334 033 210	265 592 738	116 306 048	99 572 598	0,3	0,4
30	Sonstiger Fahrzeugbau	29 383 142	30 102 043	10 956 388	10 991 065	0,4	0,4
31	H. v. Möbeln	19 174 518	16 912 310	21 387 030	11 231 739	1,1	0,7
32	H. v. sonst. Waren	21 168 820	19 243 535	15 195 445	9 623 005	0,7	0,5
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	37 125 839	36 931 586	7 503 240	8 571 868	0,2	0,2
C	Verarbeitendes Gewerbe	1 669 645 737	1 363 589 573	3 862 191 484	3 563 625 091	2,3	2,6
	Insgesamt	1 685 860 394	1 377 078 585	4 085 535 028	3 711 986 578	2,4	2,7

1) Energieverbrauch insgesamt einschließlich nichtenergetischem Verbrauch
Quelle: Statistisches Bundesamt

von Papier, Pappe und Waren daraus ist mit einem Energieverbrauch von 9 bis 10 Gigajoule je 1 000 € Umsatz der energieintensivste Industriebereich in Sachsen. Es folgt mit 5 bis 6 Gigajoule je 1 000 € Umsatz die Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden. Weiterhin sind die oben erwähnte Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren; die Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden; die Metallerzeugung und -bearbeitung aber auch der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden vergleichsweise energieintensiv (vgl. Tab. 4). Die Werte in der Tabelle 4 für 2008 und 2009 zeigen gewisse Schwankungen, das dürfte aber auch eine Wirkung der Umsatzrückgänge im Jahr 2009 sein, da sich die Wirtschaftskrise auf die verschiedenen Produktionen selektiv auswirkte.

Umsatzstarke Industriebereiche in Sachsen, wie die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und der Maschinenbau verbrauchen mit 0,4 Gigajoule je 1 000 € Umsatz mit am wenigsten Energie, sieht man einmal von der Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen ab – (vgl. Tab. 4). Vergleicht man den Anteil einzelner Industriebereiche am Energieverbrauch in Sachsen mit den entsprechenden Anteilen, die sie am Energieverbrauch der Industrie in Deutschland insgesamt haben, so zeigen sich Übereinstimmungen, aber auch Unterschiede (vgl. Tab. 5). Deutlich höhere Energieverbräuche als im deutschen Mittel hatten 2009 in Sachsen die Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus mit 15,5 Prozent Anteil (Deutschland: 7,4 Prozent), die Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden mit 12,1 Prozent Anteil (Deutschland: 7,3 Prozent)

und die Herstellung von Metallerzeugnissen mit 6,6 Prozent (Deutschland: 2,4 Prozent). Deutlich niedrigere Energieverbräuche hatten in Sachsen dagegen die Herstellung von chemischen Erzeugnissen mit 13,3 Prozent Anteil (Deutschland: 27,3 Prozent) oder die Metallerzeugung und -bearbeitung mit 11,8 Prozent (Deutschland: 18,8 Prozent). Zur Herstellung von chemischen Erzeugnissen ist anzumerken, dass 2009 2,1 Prozent des deutschen Gesamtumsatzes dieses Bereiches auf Sachsen entfielen, aber nur 1,0 Prozent des Energieverbrauchs. Das heißt, Sachsen hat keine oder wenig besonders energieintensive chemische Produktionen, z. B. Raffinerien und dergleichen. Ähnliches lässt sich für die Metallerzeugung und -bearbeitung feststellen. Der Anteil Sachsens am Gesamtumsatz Deutschlands lag 2009 bei 2,6 Prozent, der Anteil am Energieverbrauch nur bei 1,3 Prozent (vgl. Tab. 4, 5 und 6).

Abb. 3 Ranking der Industriezweige in Sachsen 2008 und 2009 nach dem Energieverbrauch

WZ 2008	Wirtschaftszweig	2009	2008
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	1	1
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	2	3
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	3	4
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	4	2
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	5	x
25	H. v. Metallerzeugnissen	6	5
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	7	8
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	8	7
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	9	6
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	10	9
28	Maschinenbau	11	10
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	12	12
13	H. v. Textilien	13	11
11	Getränkeherstellung	14	13
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	15	14
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	16	15
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	17	x
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	18	16
31	H. v. Möbeln	19	17
32	H. v. sonst. Waren	20	18
14	H. v. Bekleidung	21	19
	Übrige	x	x

Im Bereich Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus hatte Sachsen 2009 einen überdurchschnittlichen Anteil am deutschen Gesamtumsatz von 4,0 Prozent. Die Energieintensität lag in Sachsen aber mit 8,9 Gigajoule je 1 000 € Gesamtumsatz durchaus im Bereich des deutschen Mittels von reichlich 8 Gigajoule. Daraus ergab sich der ebenfalls überdurchschnittliche Anteil Sachsens am Energieverbrauch von 4,5 Prozent in diesem Industriebereich.

Zusammenfassung

Der absolute Energieverbrauch in der sächsischen Industrie ist von 1991 bis 1997 gesunken. Die teilweise hohen jährlichen prozentualen Rückgänge weisen auf den strukturellen Umbau der Industrie in Sachsen in diesem Zeitraum hin. Danach stieg der absolute Energieverbrauch (bis 2007) wieder an. Der relative Energieverbrauch bzw. die Energieintensität ist dagegen von 1991 bis 2007 durchweg zurückgegangen. In den

Jahren bis 1997/1998 sind hier besonders hohe jährliche negative Veränderungsraten zu verzeichnen gewesen. Das korrespondiert mit der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Energieintensität (Primärenergieverbrauch je Einheit des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes). [4] Auch hier ist bis 1999 durchweg ein Rückgang zu beobachten gewesen. Danach wechseln Jahre mit Rückgängen und Erhöhungen.

Dipl.-Ing. (FH) Cornelia Barchmann, Fachverantwortliche Energiebilanzierung
Dr. Andreas Oettel, Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Vgl. dazu die Energiebilanz des Freistaates Sachsen für 2008. http://www.smwa.sachsen.de/set/431/Bilanz%202008%20in%20Energieeinheiten_endg.222769.pdf [Aufgerufen am 17.1.2011]
- [2] Der Link stand bei Redaktionsschluss aufgrund der Neugestaltung des Internetauftritts des Statistischen Landesamtes noch nicht zur Verfügung.
- [3] Gesetz über Energiestatistik (Energiestatistikgesetz – EnStatG) vom 26. Juli 2002 (BGBl. I S. 2867), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 550), in Verbindung mit dem Gesetz über die Bundesstatistik (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).
- [4] http://www.lak-energiebilanzen.de/sixcms/media.php/4/lk_%204.xls [Aufgerufen am 17.1.2011]

Zur Karte „Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 2009“ im Maßstab 1 : 400 000

Eine neue Industriekarte Sachsens

Die Karte „Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 2009“ zeigt diese Wirtschaftsbereiche in sehr detaillierter Form. Für jede Gemeinde (Gebietsstand 1. Januar 2010) wird die Bedeutung der Industrie deutlich.

Mit dieser detaillierten kartographischen Industriedarstellung wurde eine nahezu 40-jährige Lücke geschlossen. Für das Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen wurde letztmalig im „Atlas der DDR“, Blatt 33, eine ähnlich detaillierte Darstellung geboten. [1] Der Maßstab dieser Karte ist 1 : 750 000. Dieser Atlas wurde von der Akademie der Wissenschaften der DDR in Zusammenarbeit mit der Firma „VEB Hermann Haack“, Gotha herausgegeben. Der Inhalt dieser Karte aus dem Atlas der DDR repräsentiert ungefähr den Stand von 1965. [2, S. 32]

Bis 1989 wurde in der DDR keine vergleichbare Industriekarte mehr gestaltet und herausgegeben. Verschiedene Versuche kamen nicht über das Entwurfsstadium hinaus bzw. waren von vorn herein als Bestandteile von Diplomarbeiten oder Promotionsschriften nicht zur unmittelbaren Veröffentlichung bestimmt. Auch in den Jahren seit 1990, und das sind immerhin zwei Jahrzehnte, gab es keine entsprechende Kartenveröffentlichung für den sächsischen Raum. Modernere Industriekarten in verschiedenen Veröffentlichungen gingen in ihrem Detaillierungsgrad nicht über die administrativen Kreise hinaus (Kreiskarten).¹⁾

Die Darstellung der Industrie in den verschiedenen (Schul-)Atlanten erfolgt in der Regel in kleineren Maßstäben. Im „Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland“ [3], herausgegeben vom Leibnitz-Institut für Länderkunde, erfolgte die Darstellung maßstabsbedingt meist nur für die administrativen Kreise.

Zusammenarbeit des Statistischen Landesamtes mit der HTW Dresden

Die Karte entstand in Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen und der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden und wurde von Professor Dr. Uwe Ulrich Jäschke (HTW) und Dr. Andreas Oettel (StLA) betreut. Die Mitarbeit von Herrn Eric Hahn, damals Student an der HTW Dresden, resultierte aus der Bearbeitung einer Kartenserie für den „Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen“.

Kartenherstellung

Das Statistische Landesamt Sachsen stellte die benötigten Daten aus dem „Unternehmensregistersystem für statistische Zwecke“ (URS 95) zur Verfügung. Das gewählte Merkmal sind die „sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“ in der Gliederung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Diese Daten wurden von Eric Hahn im Rahmen seiner Diplomarbeit aufbereitet. Das umfasste verschiedene Schritte: Auswahl der Darstellungsbereiche für die Karte (Industriebereiche), Aufbereitung der (Roh-)Datensätze²⁾, Zusammenfassung der bearbeiteten Einzeldaten für jede Gemeinde nach Darstellungsbereichen. [2, S. 41 – 46] Ein Gesichtspunkt, der besonders zu beachten war, ist die Wahrung der statistischen Geheimhaltung. Das führte dazu, dass die betroffenen Industriebereiche mit anderen Bereichen zusammengefasst wurden („Übrige“). Auch quantitativ geringe Anteile von Darstellungsbereichen wurden so zusammengefasst.

Die kartographische Umsetzung erfolgte durch Eric Hahn an der HTW Dresden. In einem ersten Schritt wurden die Daten mit dem Programm ArcMap entsprechend den Vorüberlegungen aufbereitet und visualisiert. [2, S. 56f.] Hier wurden auch die weiteren be-

nötigten Kartenelemente (Grenzen, Gewässernetz, Straßennetz usw.) hinzugefügt. In einem zweiten Schritt wurde die Karte weiter gestaltet. Dazu wurde die Karte aus ArcMap exportiert und in das vektorbasierte Grafikprogramm Freehand MX importiert.

Für die Kartenrand- und Legendengestaltung wurden die bereits vordefinierten Stile aus dem „Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen“ verwendet.

Inhalt und Gestaltung der Karte

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegen im URS 95 nach dem Betriebskonzept vor, das heißt für die örtlichen Einheiten.³⁾ Als Flächeninformation wurde die Industriedichte gewählt (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Industrie je km²). Für jede Gemeinde wurde in Form einer Signatur die Größe des Wirtschaftsgebietes Industrie (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden – Abschnitte B und C der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe

1) Diese Auffassung wurde auch durch eine E-Mail von Herrn Dr.-Ing. Konrad Großer vom heutigen Leibnitz-Institut für Länderkunde (IfL), Leipzig, früher Institut für Geographie und Geoökologie, bestätigt. Dr. Großer ist der langjährige Leiter des Bereiches/der Abteilung Kartographie an diesem Institut.

2) Die Datensätze mussten auf Plausibilität und Vollständigkeit geprüft werden. Eventuell auftretende Lücken und Inplausibilitäten waren zu korrigieren. Ein weiteres Problem ergab sich bei Vorliegen von Masterbetrieben. Dies sind Einheiten im URS 95, wo die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mehrerer Betriebe unter einer Betriebsnummer der Bundesanstalt für Arbeit gemeldet werden. Hier waren die Beschäftigten auf alle beteiligten Betriebe zu verteilen. Ähnliches galt auch für die Betriebe von Mehrbetriebsunternehmen. Betriebe mit „0“ sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wurden standardisiert auf den Wert „1“ gesetzt, damit der Datensatz verarbeitet werden konnte.

3) Der Umsatz liegt im URS 95 nur für Unternehmen vor (Unternehmenskonzept). Um das Merkmal Umsatz in eine Gemeindekarte einfließen lassen zu können, wäre eine Aufteilung der Unternehmensumsätze auf die örtlichen Einheiten (Betriebe) erforderlich. Denn nur so ließe sich der „Umsatz der Industrie einer Gemeinde“ ermitteln. Dieses Verfahren ist zeitaufwendig und fachlich nicht unproblematisch.

2008) dargestellt. Für Gemeinden mit weniger als 50 Industriebeschäftigten wurde eine Einheitssignatur (Quadrate) in zwei Abstufungen gewählt. Wenn auf einen Industriezweig mehr als 50 Prozent der Gesamtsumme entfällt, wurden die Quadratsignaturen in der entsprechenden Farbe gehalten. Für Gemeinden mit 50 und mehr Industriebeschäftigten wurden Kreisdiagramme gestaltet. Der Größenmaßstab der Kreisdiagramme ist streng proportional kontinuierlich. Die Abstufung der Kreisseiben ist flächenproportional. Die vorhandenen Industriezweige zeigen die Diagramme an. Der Farbtwurf für die Industriebereiche (Darstellungsbereiche) erfolgte in Anlehnung an den Diercke Weltatlas. [4] Branchenverwandte Industrien wurden in ähnlichen Farbtönen dargestellt. Kleinere Kreisdiagramme können auch nur grau gefärbt sein, weil eine gegliederte Darstellung nicht möglich oder sinnvoll war. [2, S. 51 - 56] Das Verteilungsmuster der Industrie insgesamt als auch ihrer bedeutendsten Zweige wird durch die Kartendarstellung dem Betrachter deutlich.

Technische Parameter der Karte

Die Karte „Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 2009“ hat ein Blattformat von 630 mm x 500 mm. Der Kartenspiegel hat eine Größe von 567,7 mm x 429,5 mm. Das Gebiet des Freistaates Sachsen mit einer Fläche von 18 419,7 km² wurde unabhängig vom verfügbaren Format in einem Maßstab von 1 : 400 000 dargestellt. Die Karte ist eine Gemeindekarte zum Gebietsstand 1. Januar 2010. Das Kartenblatt lehnt sich in seiner Größe und allgemeinen Gestaltung an die Vorgaben des „Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen“ an. [5]

Aus der Einhaltung der Atlaskonvention ergab sich, dass die Kartenprojektion eine konforme Gauß'sche querachsige Zylinderprojektion ist. Vorteil dieses winkeltreuen Entwurfes ist eine vor allem im Bereich der Mittelmeridiane praktisch verzerrungsfreie und flächentreue Abbildung der Erdoberfläche. [2, S. 47f.] Die Wiedergabe der Karte in diesem Beitrag auf Seite 54 f. wurde auf 55 Prozent verkleinert.

Verteilung der Industrie in Sachsen

Industrie ist ein Phänomen, das grundsätzlich ungleichmäßig verteilt ist. Das war im 19. und 20. Jahrhundert so, und die Karte zeigt, dass sich daran auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Sachsen nichts geändert hat. Das Verteilungsmuster, wie es sich schon bei einem ersten Blick auf die Karte zeigt, belegt einerseits, dass es sich in Sachsen eigentlich

nicht so sehr von früheren Zeitständen unterscheidet. Andererseits gibt es aber doch Neues zu entdecken. Die größten Industrie Standorte sind Dresden, Leipzig und Chemnitz. Zwickau folgt unmittelbar danach. Während aber früher – vgl. den Atlas der DDR, Blatt 33 – Zwickau ein Industriestandort von der Größe wie Freiberg war, hat es heute kaum weniger Industriebeschäftigte als Chemnitz.

Die größten Industrieballungen auf sächsischem Territorium sind um Dresden, Leipzig und Chemnitz/Zwickau. Die Ballung Leipzig wirkt auf der Karte weniger mächtig, als das auf früheren Kartendarstellungen der Fall war. Dies ist aber auch darstellungsmethodisch bedingt. Bis vor ungefähr 20 Jahren spielten der Braunkohlenbergbau und die Folgeindustrien (z. B. Brikettierung) hier eine größere Rolle, auch im Hinblick auf die Beschäftigtenzahlen.

Der Raum des Westerzgebirges, zwischen Zwickau und Chemnitz im Norden und der tschechischen Grenze im Süden ist auch heute noch ein Gebiet, das vergleichsweise flächig industrialisiert ist. Das heißt, die meisten Gemeinden haben eine relativ große Zahl an Industriebeschäftigten. Ähnliches lässt sich auch für die südliche Oberlausitz feststellen. Im Westerzgebirge zeigt sich jedoch, dass die Elektronische Industrie heute eine deutlich größere Rolle spielt als noch vor zwei oder drei Jahrzehnten.

Als auffälliges Beispiel für eine gewandelte Industriestruktur sei auf Freiberg verwiesen. Bis 1989/90 spielten hier die Hüttenindustrie sowie Maschinenbau und Metallverarbeitung die größte Rolle. Heute entfällt knapp die Hälfte der Industriebeschäftigten auf die Chemische Industrie. Dahinter verbirgt sich u. a. die Herstellung von Halbfertigerzeugnissen für die elektronische Industrie (Wafer u. Ä.).

Erwerb der Karte

Die Karte „Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 2009“ kann beim Statistischen Landesamt Sachsen bezogen werden (Näheres dazu im Impressum der Zeitschrift).

Sie wird gefaltet oder plano zum Preis von 5,- € angeboten. Der Vertrieb erfolgt zu den üblichen Bedingungen des Statistischen Landesamtes. Die einmalige Versandkostenpauschale beträgt 2,50 €.

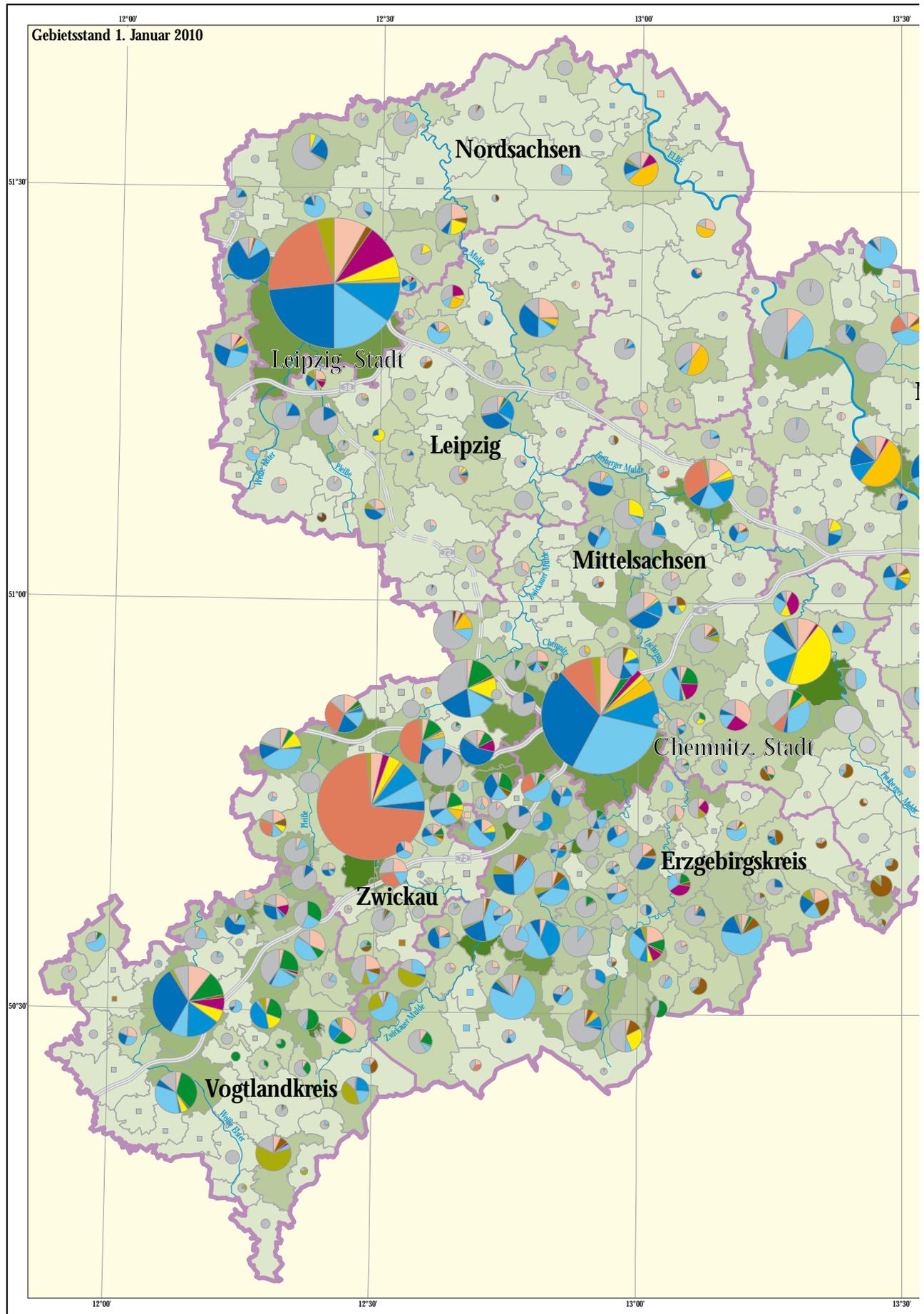
Dipl.-Ing. (FH) Eric Hahn, Freytag-Berndt und Artaria KG, Wien

Dr. Andreas Oettel, Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen

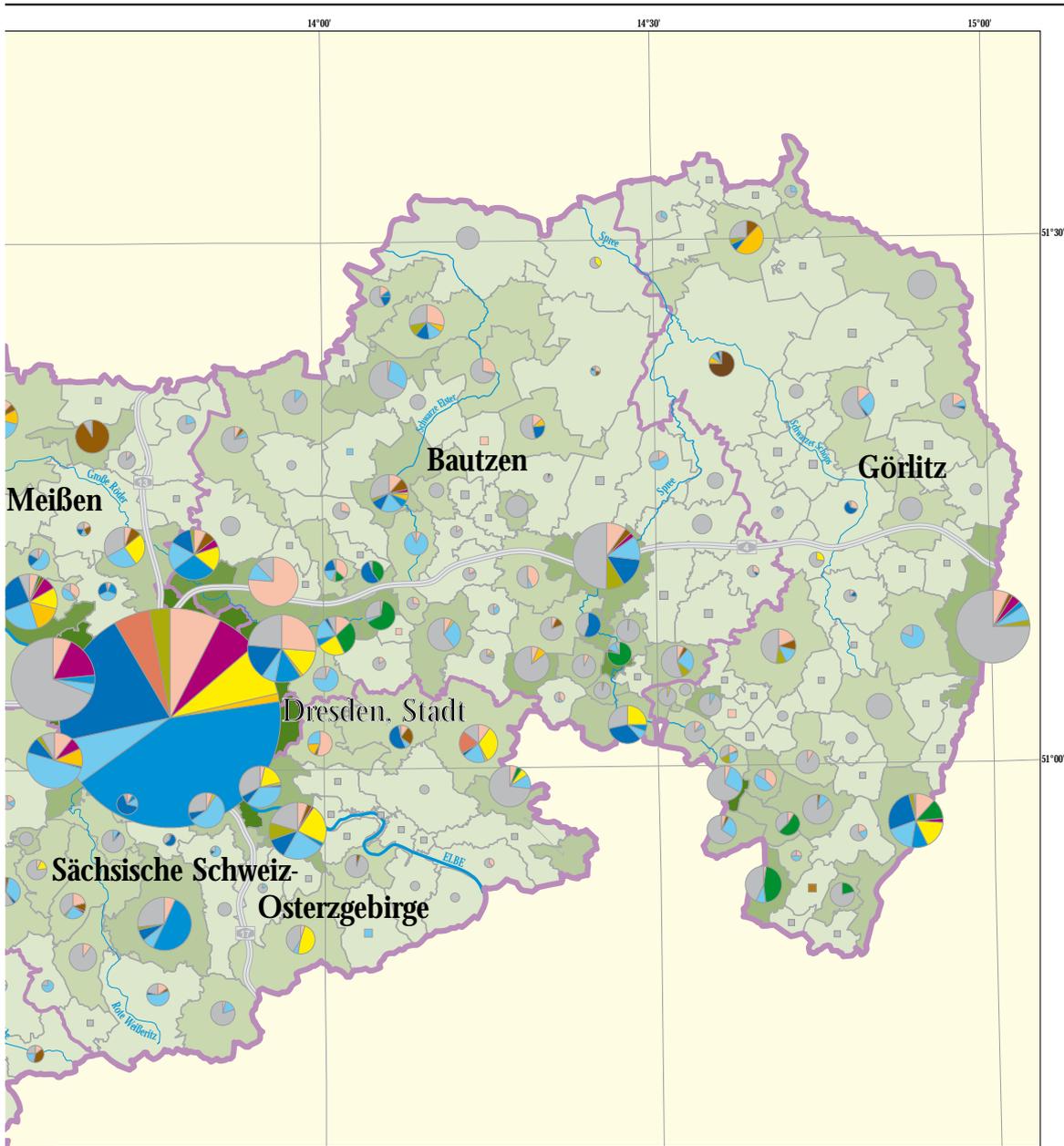
Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Atlas der DDR. Gotha, Leipzig 1976.
- [2] Hahn, E.: Erstellung einer Industriekarte Sachsens auf der Basis von Daten der amtlichen Statistik unter besonderer Berücksichtigung der statistischen Geheimhaltung. Diplomarbeit zur Erlangung des akademischen Grades Diplom-Ingenieur (FH) Kartographie, Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden, Fakultät Geoinformation, eingereicht am 15. Juli 2010.
- [3] Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, Bd. 8, Unternehmen und Märkte, Heidelberg, Berlin 2004.
- [4] Diercke Weltatlas. Braunschweig 2008.
- [5] Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen. Leipzig, Dresden 2000ff.

VERARBEITENDES GEWERBE, BERGBAU UND GEWINNUNG VON STEINEN UND ERDEN IN SACHSEN 2009



© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen; Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden; Kammer und Dresden 2010;
 Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die Rechte des Nachdrucks, der photomechanischen Wiedergabe, der Mikroverfilmung oder vergleichbare Verfahren sowie für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen;
 Kartographie: Verwaltungsamt © GeoSN 2010;
 Darstellung auf Grundlage der Übersichtskarte des Freistaates Sachsen 1 : 400 000



VERARBEITENDES GEWERBE, BERGBAU UND GEWINNUNG VON STEINEN UND ERDEN IN SACHSEN 2009
 Gebietsstand 1. Januar 2010

Autor: Eric Hahn

Klassifikation der Industriezweige nach WZ 2008

- Bergbau**
(Brottenbergbau; Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau; Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden)
- Lebensmittelindustrie**
(Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln; Getztnkeherstellung; Tabakverarbeitung)
- Textil- und Lederindustrie**
(Herstellung von Textilien, Bekleidungen, Leder, Lederwaren und Schuhen)
- Holzindustrie**
(Herstellung von Holz, Flecht-, Korb-, Korkwaren und Möbeln)
- Verlagsindustrie**
(Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus; Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern)
- Chemische Industrie**
(Kokerei und Mineralölverarbeitung; Herstellung von chemischen Erzeugnissen; Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen; Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren)
- Glas- und Keramikindustrie**
(Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden)
- Metallbau**
(Metallerzeugung und -bearbeitung; Herstellung von Metallerzeugnissen)
- Elektronische Industrie**
(Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen; Herstellung von elektrischen Ausrüstungen)
- Maschinenbau**
(Maschinenbau; Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen)
- Fahrzeugbau**
(Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen; Sonstiger Fahrzeugbau)
- Herstellung von sonstigen Waren**
- Übrige / ungegliedert**

Industriedichte (Industriebeschäftigte je km²)

- bis unter 5
- 5 bis unter 15
- 15 bis unter 30
- 30 bis unter 55
- 55 bis unter 90
- 90 und größer

Topographie

- Landesgrenze Sachsen
- Kreisgrenzen
- Gemeindegrenzen
- Bundesautobahn
- Fluss

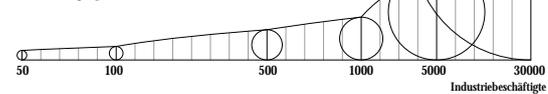
Maßstab 1:400 000



- Industriebeschäftigte**
- unter 25
 - 25 bis unter 50

Interpolationsmaßstab

12 Beschäftigte pro mm²



Diplomarbeit an der HTW - Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden (2010)
 Kartographie: Eric Hahn
 Betreuung: Prof. Dr. Uwe Ulrich Biechle und Dr. Andreas Oetzel

Neues aus Sachsen

Neuer Rekord im sächsischen Tourismus

Im Jahr 2010 besuchten so viele Gäste wie noch nie zuvor den Freistaat Sachsen. 6,27 Millionen Gäste haben in den Beherbergungsstätten mit neun und mehr Betten (ohne Campingplätze) übernachtet, 5,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 3,4 Prozent auf 16,3 Millionen. Daraus ergab sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 2,6 Tagen wie im Jahr 2009. Die Zahl der angebotenen Gästebetten ist um 1,5 Prozent gestiegen und damit nicht so stark wie die Übernachtungszahlen. Somit erhöhte sich die durchschnittliche Auslastung dieser Gästebetten von 38,0 Prozent im Jahr 2009 auf 39,0 Prozent im Jahr 2010.

Mit 72 Prozent standen fast drei Viertel der angebotenen Gästebetten im Bereich der Hotellerie, wozu Hotels und Hotels garnis sowie Gasthöfe und Pensionen gehören. Dort wurden 11,2 Millionen Übernachtungen (Anteil 68,9 Prozent) gebucht, 4,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Etwas geringer fielen die Steigerungsraten bei den Ferienunterkünften aus, wozu u. a. Jugendherbergen, Erholungs- und Ferienheime, Ferienhäuser und -wohnungen gehören. Rund 800 000 Gäste (Anstieg um 2,2 Prozent) und 2,4 Millionen Übernachtungen (2,1 Prozent mehr) wurden hier gezählt. In den 37 Vorsorge- und Reha-Kliniken Sachsens verbrachten die rund 116 000 Gäste insgesamt 2,6 Millionen Nächte (Steigerung um 3,3 bzw. 1,6 Prozent). Sie blieben durchschnittlich 22,8 Tage.

695 000 Gäste des Freistaates und damit etwa jeder neunte Besucher kam aus dem Ausland. Diese Personen verbrachten 1 540 000 Nächte in Sachsen. Der Zuwachs der Gäste um 15,1 Prozent und der Übernachtungen um 12,0 Prozent lag damit weit über dem Durchschnitt aller Gäste. Die meisten ausländischen Gäste kamen wie schon in den vergangenen Jahren aus den USA (75 000; Anstieg um 1,1 Prozent), den Niederlanden (63 000; Anstieg um 7,3 Prozent), aus Österreich (52 000, Anstieg um 11,6 Prozent) und aus der Schweiz (50 000, Anstieg um 10,6 Prozent). Über 70 Prozent aller ausländischen Gäste besuchten die Städte Dresden und Leipzig.

Weniger positiv entwickelte sich die Zahl der Urlauber auf den 115 sächsischen Campingplätzen, was sicher auch auf das ungünstige Wetter zurückzuführen ist. Es wurden 148 000 Gäste gezählt, 7,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Übernachtungen sank um 5,8 Prozent auf 459 000.

23 Prozent weniger Schulentlassene von allgemeinbildenden Schulen in Sachsen

23 310 Absolventen und Abgänger verließen 2010 die allgemeinbildenden Schulen in Sachsen. Damit ging die Zahl der Schulentlassenen im Vergleich zum Vorjahr erneut stark zurück. Während sich die Zahl der Absolventen und Abgänger an allgemeinbildenden Schulen in den Jahren 2008 bzw. 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 17 bzw. 15 Prozent verringerte, waren es 2010 sogar 23 Prozent. Der starke Geburtenrückgang Anfang der 1990er Jahre schlug sich in diesem Jahr besonders auf den Abiturjahrgang nieder, bei den Realschülern hat der geburtenschwächste Jahrgang seit der Wende die Schulzeit bereits beendet.

Mit 11 805 Absolventen/Abgängern hat reichlich die Hälfte den Realschulabschluss erworben, mit dem Hauptschulabschluss bzw. dem qualifizierenden Hauptschulabschluss beendeten mit 2 248 etwa zehn Prozent die Schule. 6 916 Absolventen erhielten das Abitur.

Die restlichen 2 341 Schüler verließen die allgemeinbildende Schule ohne Hauptschulabschluss, darunter beendeten – wie schon 2009 – rund 68 Prozent (1 597) eine allgemeinbildende Förderschule, von denen 905 ein Abschlusszeugnis im Förderschwerpunkt Lernen, 158 ein Abschlusszeugnis im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung erhielten. Ein Abgangszeugnis wurde 1 278 Schülern ausgestellt.

Weniger Studienanfänger an Sachsens Hochschulen

20 269 Studienanfänger (Studenten im 1. Hochschulse semester) und somit 1 347 weniger als im Vorjahr zählten Sachsens Hochschulen im Jahr 2010. Besonders die Universitäten verzeichneten mit 7,6 Prozent sinkende Studienanfängerzahlen. Auch bei den Fachhochschulen ist ein Rückgang der Erstsemesterler um drei Prozent sichtbar. Leicht gestiegen ist, auch bedingt durch die aufbauenden Masterstudiengänge, die Zahl der Studenten im 1. Fachsemester. So schrieben sich 29 396 Studenten, ein Prozent mehr als 2009, in einen neuen oder auf einen schon vorhandenen Abschluss aufbauenden Studiengang ein.

Die Zahl der Studenten insgesamt stieg 2010 auf 109 761. Zahlenmäßig größte Hochschule in Sachsen war und ist nach wie vor die Technische Universität Dresden mit 33 230 eingeschriebenen Studenten, darunter 14 386 Frauen. Zu den kleinsten Hochschulen gehören neben der Hochschule für Kirchenmusik Dresden (30 Studenten) die zwei neuen privaten Fachhochschulen, das Euro-Business-

College-Dresden mit 51 Studenten und die Fachhochschule Dresden mit derzeit neun Studenten.

Beliebtestes Studienfach 2010 bei den Frauen war die „Betriebswirtschaftslehre“ mit 3 298 Einschreibungen, gefolgt von der „Allgemein-Medizin“ mit 3 005 Studentinnen. Die meisten jungen Männer (6 518) studierten Maschinenbau/-wesen. Mit großem Abstand folgte auf Platz zwei „Elektrotechnik/Elektronik“ mit 3 153 immatrikulierten männlichen Studenten.

Die Zahl der Studenten mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in den letzten Jahren um 10 000 lag, erhöhte sich 2010 um 2,2 Prozent auf 10 734. Der Anteil an der gesamten Studentenschaft beträgt jetzt 9,8 Prozent.

Erwerbstätigenzahl steigt um 14 000 Personen – marginale Beschäftigung nimmt ab

Um rund 14 000 Personen bzw. 0,7 Prozent stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen im Jahresdurchschnitt 2010. Besonders profitierten die Arbeitnehmer ohne marginal Beschäftigte (speziell sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) mit einem Plus von knapp 18 000 Personen bzw. 1,2 Prozent. Auch die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen erhöhte sich 2010 und zwar um rund 1 500 Personen bzw. 0,7 Prozent. Im Gegensatz dazu verringerte sich die Zahl der marginal Beschäftigten um reichlich 5 000 Personen bzw. 2,2 Prozent im Vergleich zu 2009. Trotzdem hatte diese Personengruppe, zu der die geringfügig entlohnten und kurzfristig Beschäftigten sowie die so genannten Ein-Euro-Jobs gehören, mit 12,3 Prozent einen höheren Anteil an allen Erwerbstätigen als die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen (rund 11 Prozent). Mit der Belebung des sächsischen Arbeitsmarktes 2010 gewannen drei Branchen deutlich an Arbeitsplätzen. Das sind der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit rund 13 000 Erwerbstätigen mehr bzw. einem Anstieg um 4,0 Prozent, das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen mit reichlich 6 000 Personen mehr bzw. 3,1 Prozent sowie das Baugewerbe mit einem Zuwachs um rund 3 500 Personen oder 2,2 Prozent. Ein besonders deutlicher Aufschwung ging von der Arbeitnehmerüberlassung aus, die in den Unternehmensdienstleistern enthalten ist. Die so genannten Zeitarbeiter werden in diesem Bereich erfasst, üben ihre Tätigkeit jedoch

z. B. in der Industrie oder im Baugewerbe aus. Verluste an Erwerbstätigen im Vergleich zum Jahr 2009 verzeichneten insbesondere weitere Teilbereiche der öffentlichen und privaten Dienstleister, das Verarbeitende Gewerbe, der Handel sowie die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

Zum Internationalen Frauentag am

8. März

Fast 1,9 Millionen Frauen in Sachsen können am 8. März den Internationalen Frauentag feiern. Sie stellen mit einem Anteil von 51 Prozent die Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung. Bei der Geburt sind die Jungen noch in der Überzahl: auf 100 Mädchen kommen 107 Jungen.

50 Prozent der Frauen in Sachsen sind verheiratet, jede vierte Frau ist ledig. Im Jahr 2009 lag das Erstheiratsalter der Frauen im Durchschnitt bei 30 Jahren. Statistisch betrachtet bringt eine Frau durchschnittlich 1,4 Kinder zur Welt. 55 Prozent der 25- bis unter 45-jährigen Frauen haben Kinder unter 18 Jahre.

Ein Blick auf den Schulabschluss zeigt, dass in Sachsen mehr Mädchen als Jungen das Abitur ablegen (55 Prozent der Absolventen mit Abitur an allgemeinbildenden Schulen).

67 Prozent der Frauen in Sachsen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren sind erwerbstätig. Zwei Drittel von ihnen arbeiten Vollzeit, dennoch sind 77 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten Frauen. Durchschnittlich arbeiten erwerbstätige Frauen 30 Stunden pro Woche und damit sieben Stunden weniger als die Männer. Sieben Prozent der erwerbstätigen Frauen haben den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt. Auch für Frauen mit Kindern ist die Ausübung einer Erwerbstätigkeit Normalität. 54 Prozent der Mütter von Kindern unter drei Jahren sind erwerbstätig und haben eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 20 Stunden.

Weniger Unternehmensinsolvenzen, aber mehr Insolvenzen privater Verbraucher im Jahr 2010

2010 wurden in Sachsen 1 713 Unternehmensinsolvenzverfahren gemeldet. Das waren 229 Verfahren bzw. 11,8 Prozent weniger als 2009. Fast 79 Prozent der Unternehmensinsolvenzen (1 352 Verfahren) wurden eröffnet, 361 mangels Masse abgewiesen. 995 insolvente Unternehmen, das sind gut 58 Prozent, waren weniger als acht Jahre wirtschaftlich tätig, darunter 486 Unternehmen weniger als vier Jahre. Der Anteil der Gläubigerforderungen der Gruppe „unter acht Jahre“ lag bei 55,9 Prozent.

Rund 58 Prozent der betroffenen Unternehmen waren Einzelunternehmen, weitere knapp 33 Prozent Gesellschaften mit be-

schränkter Haftung (GmbH). Knapp 20 Prozent der insolventen Unternehmen waren dem Baugewerbe zuzuordnen, 17 Prozent dem Wirtschaftsbereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Die insgesamt von den Gläubigern angemeldeten Forderungen für Unternehmen betrugen 919 Millionen €, das sind durchschnittlich 537 000 € je Verfahren.

Die meisten Unternehmensinsolvenzen wurden 2010 mit 657 für den Direktionsbezirk Chemnitz gemeldet, gefolgt von den Direktionsbezirken Leipzig und Dresden mit 567 bzw. 489 Verfahren.

Für private Verbraucher wurden 4 999 Insolvenzverfahren im Jahr 2010 in Sachsen gemeldet. Damit stieg die Anzahl der Verfahren um 512 bzw. 11,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Von den 4 999 Verbraucherinsolvenzen wurden 4 927 Verfahren (98,6 Prozent) eröffnet, 52 Verfahren mangels Masse abgewiesen und 20 Verfahren mit der Annahme eines Schuldenbereinigungsplanes beendet. Außer den Verfahren für private Verbraucher gehörten zu den 6 999 Insolvenzen für „private Personen und Nachlässe“ noch 96 Verfahren für natürliche Personen, die als Gesellschafter tätig waren und 1 363 für ehemals selbstständig Tätige (darunter 394, die ein Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen). Diese Angaben bedeuteten eine rückläufige Entwicklung der Verfahrenszahlen gegenüber 2009. Auch die Anzahl der Nachlassinsolvenzen (541 Verfahren) verringerte sich um 53 Verfahren im Vergleich zum Vorjahr.

Auf die Kreisfreien Städte Leipzig (1 701) Dresden (658) und Chemnitz (618) entfielen 2010 knapp 43 Prozent aller Insolvenzverfahren für private Personen und Nachlässe. Von den Landkreisen wurden die meisten Verfahren in Zwickau (667) und dem Vogtlandkreis (512) gemeldet, die wenigsten in den Kreisen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (146) und Meißen (221).

Die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen für private Personen und Nachlässe betrugen reichlich 647 Millionen €, durchschnittlich 92 500 € je Verfahren.

Gewerbesteuereinnahmen in Sachsen 2010 wieder gestiegen

1 068 Millionen € Gewerbesteuereinnahmen (netto) erzielten die sächsischen Kommunen im Jahr 2010. Damit überboten sie den Vorjahreswert um 102 Millionen € bzw. 10,6 Prozent. Nach dem Rekordwert von 2008 mit 1 168 Millionen € war dies das zweitbeste im Freistaat Sachsen erreichte Jahresergebnis. Dabei kam es im Einzelnen zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen gegenüber dem Vorjahr. So verzeichnete die Stadt Leipzig einen Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen

(netto) um 9,3 Prozent, während die Städte Dresden und Chemnitz einen Zuwachs um 18,0 Prozent bzw. 16,8 Prozent verzeichnen konnten. Die kreisangehörigen Gemeinden nahmen insgesamt 626 Millionen € Gewerbesteuern (netto) ein und übertrafen damit den vergleichbaren Vorjahreswert um 76 Millionen € bzw. 13,8 Prozent. Mit Ausnahme des Kreisgebietes Görlitz (Rückgang um 13,2 Prozent) war in allen Kreisgebieten ein Anwachsen der Gewerbesteuereinnahmen zu verzeichnen. Insgesamt wiesen zwei Drittel aller Gemeinden eine positive Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen (netto) aus. Bei den Pro-Kopf-Werten reichten die regionalen Schwankungen von 171 € im Kreisgebiet Erzgebirgskreis bis 297 € im Kreisgebiet Mittelsachsen. Die Kreisfreien Städte nahmen im Durchschnitt 346 € je Einwohner ein

Immer mehr Pflegebedürftige in Sachsen

Insgesamt 82 912 Pflegebedürftige in 1 726 ambulanten bzw. stationären Pflegeeinrichtungen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes wurden zum 15. Dezember 2009 betreut. Das entsprach einem Anteil an der sächsischen Bevölkerung von fast zwei Prozent. Damit ist die Zahl der Pflegebedürftigen gegenüber dem Jahr 2007 um rund neun Prozent gestiegen. Diese Entwicklung ist u. a. auch der Bevölkerungsentwicklung Sachsens insgesamt geschuldet, da die ältere Bevölkerung (über 80 Jahre) im Zeitraum 2007 bis 2009 ebenfalls um 8,1 Prozent gestiegen ist. Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit einer Pflegebedürftigkeit. So waren 6,1 Prozent der Personen unter 60 Jahre, 27,4 Prozent der versorgten Personen gehörten der Altersgruppe 60 bis unter 80 Jahre an und 66,5 Prozent bzw. 55 117 Pflegebedürftige waren 80 Jahre und älter. Somit waren je 10 000 Einwohner dieser Altersgruppe 2 189 Personen zu betreuen. Von den rund 9 070 Einwohnern Sachsens, die 95 Jahre und älter waren, wurden fast 61 Prozent ambulant bzw. in einem Pflegeheim pflegerisch versorgt. Rund 73 Prozent der Pflegebedürftigen waren weiblich. Ursache hierfür ist u. a. ebenfalls die Bevölkerungsentwicklung, die 2009 einen Anteil der weiblichen Bevölkerung in der Altersgruppe der über 80-Jährigen von 71,1 Prozent ausweist.

Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung										
Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	4 192,8	4 168,7	4 172,2	4 172,3	4 170,5	4 151,2	4 151,0	4 152,2	4 151,1
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 450	1 466	2 302	1 316	649	2 819	1 957	1 612	696
Lebendgeborene	Anzahl	2 868	2 842	3 232	2 759	2 691	3 302	3 026	2 879	3 053
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 083	4 197	3 827	3 879	4 125	4 125	4 011	3 830	4 232
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	8	7	6	6	8	11	7	5	4
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 215	-1 356	-595	-1 120	-1 434	-823	-985	-951	-1 179
Wanderungen										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 317	5 520	7 795	8 694	4 962	7 242	7 710	8 927	5 569
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 427	1 609	2 619	2 099	1 304	1 968	2 811	2 370	1 662
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 360	6 176	7 509	7 462	5 318	7 660	6 959	6 844	5 425
darunter in das Ausland	Anzahl	1 589	1 716	1 787	1 528	1 285	1 745	1 455	1 188	1 245
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	-1 043	-656	286	1 232	-356	-418	751	2 083	144
Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	Anzahl	8 696	8 862	9 951	10 923	8 538	10 742	9 834	10 199	9 078
Erwerbstätigkeit										
Beschäftigte³⁾										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁴⁾	1 000	1 397,8	1 390,8	1 409,2
Frauen	1 000	685,3	691,8	699,2
Ausländer	1 000	14,1	14,8	15,3
Teilzeitbeschäftigte	1 000	258,9	273,1	279,0
darunter Frauen	1 000	216,3	227,4	231,5
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁵⁾										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	.	21,6	23,0
Produzierendes Gewerbe	1 000	.	417,4	420,1
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	.	291,8	294,9
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	.	232,8	239,1
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	.	427,3	432,0
Arbeitsmarkt³⁾										
Arbeitslose	1 000	279,6	278,2	260,5	250,6	250,3	239,2	230,6	223,1	223,1
Frauen	1 000	140,1	128,4	122,9	118,1	117,0	115,7	111,9	108,4	107,7
Männer	1 000	139,5	149,8	137,6	132,5	133,3	123,6	118,6	114,7	115,5
Ausländer	1 000	10,1	9,9	9,8	9,4	9,6	9,5	9,3	9,2	9,1
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	32,1	31,5	32,8	27,6	26,4	27,1	26,0	22,1	21,0
Arbeitslosenquote⁶⁾										
insgesamt	%	12,8	12,9	12,1	11,6	11,6	11,2	10,8	10,5	10,5
Frauen	%	13,6	12,6	12,1	11,6	11,5	11,5	11,1	10,8	10,7
Männer	%	12,2	13,2	12,1	11,7	11,8	11,0	10,6	10,2	10,3
Ausländer	%	25,8	24,6	23,7	22,8	23,2	23,9	23,4	23,0	22,9
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	12,2	12,5	13,1	11,1	10,6	11,4	11,0	9,3	8,8
Kurzarbeiter	1 000	6,7	53,7	49,0	47,2	41,5
Gemeldete Arbeitsstellen	1 000	15,5	13,1	13,5	13,5	12,9	16,4	16,9	16,5	16,0

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

4) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

5) ab Juni 2008 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008

6) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	236	243	283	216	317	366	233	239	251
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	226	235	271	213	300	348	225	230	231
umbauter Raum	1 000 m ³	201	204	257	175	293	362	204	200	253
Wohnfläche	1 000 m ²	38	39	48	34	58	64	38	38	49
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	42 394	45 172	56 213	37 142	65 268	79 339	42 974	44 336	53 324
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	131	110	140	108	118	108	121	113	112
umbauter Raum	1 000 m ³	893	650	480	823	511	407	1 053	1 247	485
Nutzfläche	1 000 m ²	121	96	79	119	102	70	139	125	84
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	78 639	72 998	48 820	91 128	80 030	46 617	106 044	68 123	63 910
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	502	461	564	363	699	775	313	437	615
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 241	2 218	2 614	1 941	3 074	3 918	1 614	2 252	2 922
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ¹⁾	t	5 237	5 468	5 544	5 418	5 814	4 451	5 072	4 952	5 556
darunter										
Rinder insgesamt	t	884	918	964	964	1 047	565	781	789	989
darunter Kälber ²⁾	t	22	21	26	22	25	17	22	18	23
Jungrinder	t	.	9	5	6	8	5	3	8	9
Schweine	t	4 315	4 511	4 536	4 389	4 686	3 853	4 251	4 101	4 482
Eierzeugung ³⁾	1 000 St.	86 442	74 864	73 087	72 185	62 327	67 267	67 988	70 861	65 087
Milcherzeugung	1 000 t	134	133	127	128	123	136	129	129	124
darunter Anlieferung an Molkereien	1 000 t	131	130	126	126	122	133	126	127	122
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁴⁾										
Betriebe	Anzahl	1 248	1 266	1 277	1 273	1 273	1 225	1 226	1 226	1 224
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	198,4	191,8	190,6	190,5	190,2	191,0	192,1	192,3	192,9
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	27 694	25 238	26 600	26 742	25 508	26 267	27 648	26 915	27 768
Bezahlte Entgelte	Mill. €	499,1	463,8	447,8	459,1	563,4	467,5	469,4	483,3	602,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	4 237,9	3 574,2	4 061,6	3 962,1	4 042,3	3 951,4	4 300,0	4 160,3	4 433,7
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵⁾	Mill. €	1 565,5	1 251,1	1 372,7	1 396,7	1 345,0	1 430,0	1 535,4	1 531,1	1 558,6
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	1 894,3	1 598,5	1 941,8	1 822,4	1 915,2	1 722,8	1 980,0	1 873,5	2 112,2
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	53,5	51,4	60,8	62,1	59,8	59,0	67,1	65,0	62,8
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	724,6	673,3	686,3	680,9	722,3	739,6	717,4	690,7	700,1
Auslandsumsatz	Mill. €	1 581,7	1 294,4	1 561,4	1 460,7	1 554,8	1 503,9	1 655,7	1 563,8	1 680,3

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar

3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern

4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008, die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet.

5) ohne Energie- und Wasserversorgung

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Energie- und Wasserversorgung¹⁾										
Betriebe	Anzahl	134	138	138	138	138	137	137	137	136
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	14,0	13,9	14,0	14,0	14,0	14,2	14,1	14,1	14,1
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 870	1 851	1 946	1 911	1 820	1 883	1 950	1 840	1 936
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	46	47	44	44	78	44	47	51	78
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 671	2 782	2 729	2 988	2 906	2 862	2 736	3 123	2 889
Bauhauptgewerbe²⁾										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	55,1	54,3	56,2	55,2	55,1	58,5	58,6	58,1	57,9
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 444	5 262	6 559	6 267	5 800	6 749	6 953	6 621	6 328
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 583	1 493	1 883	1 722	1 561	2 014	2 050	1 880	1 836
gewerblicher Bau	1 000	2 070	1 912	2 244	2 241	2 067	2 390	2 478	2 343	2 283
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 791	1 857	2 432	2 304	2 172	2 345	2 425	2 398	2 209
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	99,4	99,1	105,4	107,4	111,1	109,9	111,1	111,8	122,2
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	465,3	450,4	560,8	563,1	532,2	556,6	577,8	594,0	618,3
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	97,3	85,6	93,1	102,5	87,6	108,8	115,2	115,3	117,8
gewerblicher Bau	Mill. €	211,7	201,7	238,5	246,3	230,8	248,6	258,9	258,4	277,2
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	156,2	163,1	229,2	214,2	213,8	199,1	203,7	220,3	223,3
Ausbaugewerbe^{1) 3)}										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	17,8	18,5	18,8	.	.	.	19,5	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 873	6 011	6 392	.	.	.	6 704	.	.
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	102,1	106,0	107,1	.	.	.	114,6	.	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	446,2	479,7	508,0	.	.	.	528,4	.	.
Handel⁴⁾										
Großhandel einschl. Handelsvermittlung										
Beschäftigte	2005 = 100	94,7	98,0	97,1	97,0	96,5	95,9	96,0	96,5	97,8
Umsatz (nominal)	2005 = 100	110,8	104,0	111,2	110,9	108,3	116,8	124,4	119,3	123,8
Umsatz (real)	2005 = 100	99,7	98,5	104,8	105,4	102,3	104,1	111,2	106,4	110,0
Einzelhandel einschl. Tankstellen										
Beschäftigte	2005 = 100	101,7	108,9	109,0	109,2	110,2	108,5	108,6	108,8	109,9
Umsatz (nominal)	2005 = 100	102,3	110,7	107,6	115,3	114,3	110,1	112,1	116,5	118,2
Umsatz (real)	2005 = 100	99,5	107,7	104,9	112,2	112,2	106,9	108,5	112,4	113,9
Kfz-Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz										
Beschäftigte	2005 = 100	98,8	95,9	96,2	95,8	94,7	91,2	91,4	91,4	92,5
Umsatz (nominal)	2005 = 100	95,1	102,4	105,9	112,1	95,0	92,0	97,1	104,8	103,6
Umsatz (real)	2005 = 100	91,5	98,3	101,7	107,4	91,1	88,0	92,8	100,0	98,8
Gastgewerbe⁴⁾										
Beschäftigte	2005 = 100	100,3	121,8	126,3	122,6	120,6	119,7	121,1	119,3	117,7
Umsatz (nominal)	2005 = 100	100,8	120,2	134,4	125,9	113,1	129,9	131,5	130,6	115,6
Umsatz (real)	2005 = 100	96,3	106,0	118,0	110,4	99,6	111,5	112,3	111,4	98,9

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

3) Angaben beziehen sich auf das Quartal

4) Die Monatsergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Ab Juni 2010 wurde eine jährliche Rotation der befragten Unternehmen eingeführt. Die Ergebnisse aus dem neuen Kreis der befragten Unternehmen liegen rückwirkend bis Januar 2009 vor.

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Tourismus¹⁾										
Gästekünfte	1 000	506	510	624	588	442	640	638	616	473
darunter von Auslandsgästen	1 000	53	52	65	54	39	90	70	60	44
Gästeübernachtungen	1 000	1 348	1 355	1 623	1 570	1 078	1 695	1 622	1 603	1 128
darunter von Auslandsgästen	1 000	122	120	151	122	87	195	153	134	99
Verkehr										
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	1 757	1 696	1 865	1 890	1 593	1 837	1 779	1 607	1 837
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 234	1 188	1 442	1 311	1 106	1 340	1 293	1 146	1 157
Getötete Personen	Anzahl	20	16	19	20	17	23	15	17	13
Verletzte Personen	Anzahl	1 567	1 504	1 797	1 660	1 390	1 685	1 620	1 491	1 443
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 956	15 821	15 964	15 891	12 594	10 454	11 889	11 170	11 934
darunter Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	9 775	14 101	14 265	14 375	11 143	8 649	10 001	9 385	10 067
Lastkraftwagen	Anzahl	1 229	966	1 005	1 078	1 121	1 090	1 179	1 232	1 390
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	4,8	5,1	-	4,0	5,5	11,0	2,5	9,8	4,7
Güterversand	1 000 t	7,4	9,1	1,2	4,1	9,5	12,4	14,9	15,9	9,8
Außenhandel⁴⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	1 933,8	1 628,6	1 735,9	2 041,1	2 011,4	2 022,6	2 264,2	2 333,3	2 316,7
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	70,3	67,1	66,8	72,1	62,3	68,9	78,0	78,4	78,6
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 787,3	1 497,0	1 608,9	1 908,2	1 891,5	1 893,8	2 115,1	2 182,8	2 166,8
davon										
Rohstoffe	Mill. €	6,8	8,7	12,7	5,5	8,4	7,8	7,8	17,6	9,1
Halbwaren	Mill. €	100,1	80,1	96,6	114,2	97,7	88,6	94,4	98,0	103,2
Fertigwaren	Mill. €	1 680,5	1 408,2	1 499,6	1 788,5	1 785,5	1 797,4	2 012,9	2 067,3	2 054,5
davon										
Vorzeugnisse	Mill. €	228,3	177,0	182,1	188,8	168,5	227,1	235,7	246,9	222,1
Enderzeugnisse	Mill. €	1 452,2	1 231,2	1 317,5	1 599,7	1 617,0	1 570,3	1 777,2	1 820,4	1 832,4
Ausfuhr nach										
Europa	Mill. €	1 277,0	1 072,4	1 208,7	1 156,8	1 250,0	1 227,4	1 279,9	1 405,4	1 502,2
darunter in die EU-Länder	Mill. €	1 055,4	903,9	1 037,6	987,7	1 042,6	1 006,6	1 034,9	1 173,5	1 200,4
Afrika	Mill. €	35,0	30,6	22,1	43,5	43,1	44,9	30,8	37,1	35,3
Amerika	Mill. €	206,7	140,5	167,5	251,9	200,4	211,8	273,7	242,0	224,2
Asien	Mill. €	405,1	372,1	320,0	572,3	498,3	508,0	642,5	624,7	535,2
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	10,0	13,0	17,6	16,6	19,7	30,4	37,2	24,1	19,8

1) Betriebe mit neun und mehr Betten einschließlich Campingplätze (Touristkamping)

2) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis Dezember 2007: nur unter Alkoholeinwirkung)

3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

4) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Noch: Außenhandel										
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 278,8	1 163,3	1 150,7	1 199,4	1 073,6	1 425,5	1 590,2	1 488,6	1 691,9
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	79,2	72,3	74,5	79,5	65,9	80,6	80,1	80,6	77,9
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 099,4	993,2	991,9	1 022,6	910,1	1 245,9	1 402,0	1 292,4	1 497,8
davon										
Rohstoffe	Mill. €	112,1	89,4	76,6	91,2	89,4	96,5	79,4	92,0	108,6
Halbwaren	Mill. €	112,1	70,5	56,9	80,0	66,2	150,7	129,9	108,6	129,8
Fertigwaren	Mill. €	875,3	833,3	858,4	851,5	754,5	998,7	1 192,6	1 091,9	1 259,4
davon										
Vorzeugnisse	Mill. €	161,9	127,1	141,9	140,4	133,2	130,4	156,7	169,3	148,2
Enderzeugnisse	Mill. €	713,3	706,2	716,5	711,1	621,3	868,3	1 035,9	922,6	1 111,1
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	1 058,4	895,6	941,3	982,0	842,4	1 061,8	1 068,8	1 094,0	1 070,8
darunter aus den EU-Ländern	Mill. €	853,4	746,1	805,6	814,7	678,7	874,6	902,3	932,7	881,5
Afrika	Mill. €	4,5	5,0	3,0	3,0	2,5	4,2	5,5	6,6	25,8
Amerika	Mill. €	70,5	118,6	66,6	62,9	78,1	148,3	290,3	149,5	289,1
Asien	Mill. €	143,6	141,4	136,8	144,3	148,4	207,6	223,1	235,4	303,9
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	1,9	2,6	2,9	7,3	2,2	3,6	2,6	3,1	2,4
Gewerbeanzeigen¹⁾										
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 294	3 219	3 494	3 062	3 142	3 389	3 564	3 008	2 947
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 058	2 925	2 938	2 607	2 935	2 703	2 988	2 650	2 821
Insolvenzen										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	699	719	771	725	617	739	729	681	796
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	154	162	164	158	145	157	142	151	143
Verbraucher	Anzahl	379	374	396	361	304	404	450	385	495
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	129	126	138	121	111	120	109	110	132
sonstige natürliche Personen ²⁾ , Nachlässe	Anzahl	36	58	73	85	57	58	28	35	26
eröffnete Verfahren	Anzahl	615	623	653	600	512	654	670	612	727
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	80	94	114	119	103	83	58	68	67
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	134	128	80	288	87	146	160	108	93
Handwerk										
Beschäftigte ³⁾	30.9.09 = 100	99,6	.	.
Umsatz ⁴⁾	2009 = 100	.	100	106,1	.	.

1) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

2) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

3) am Ende des Kalendervierteljahres

4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Preise										
Verbraucherpreisindex	2005 = 100	107,7	108,1	108,0	108,1	108,0	109,5	109,6	109,6	109,6
Preisindex für Wohngebäude ¹⁾	2005 = 100	111,9	112,9	.	.	112,9	114,4	.	.	115,0
Verdienste²⁾										
Bruttomonatsverdienste ³⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁴⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	€	2 619	2 672	2 501	x	x	x	2 560	x	x
männlich	€	2 679	2 719	2 539	x	x	x	2 611	x	x
weiblich	€	2 513	2 589	2 433	x	x	x	2 467	x	x
Produzierendes Gewerbe	€	2 469	2 432	2 265	x	x	x	2 372	x	x
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	2 847	3 048	2 654	x	x	x	2 787	x	x
Verarbeitendes Gewerbe	€	2 478	2 380	2 190	x	x	x	2 306	x	x
Energieversorgung	€	4 152	(4 345)	3 787	x	x	x	4 010	x	x
Wasserversorgung ⁵⁾	€	2 366	2 420	2 291	x	x	x	2 333	x	x
Baugewerbe	€	2 278	(2 357)	(2 299)	x	x	x	(2 380)	x	x
Dienstleistungsbereich	€	2 725	2 844	2 671	x	x	x	2 691	x	x
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	€	2 336	2 364	2 193	x	x	x	2 253	x	x
Verkehr und Lagerei	€	2 327	2 358	2 188	x	x	x	2 215	x	x
Gastgewerbe	€	1 566	1 581	1 543	x	x	x	1 546	x	x
Information und Kommunikation	€	3 410	3 592	3 231	x	x	x	3 298	x	x
Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	€	3 869	(3 914)	3 349	x	x	x	3 525	x	x
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	2 862	2 989	2 653	x	x	x	2 687	x	x
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	3 330	3 378	3 094	x	x	x	3 209	x	x
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	1 653	1 708	1 631	x	x	x	1 634	x	x
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	€	2 967	3 103	2 974	x	x	x	3 036	x	x
Erziehung und Unterricht	€	3 705	3 853	3 665	x	x	x	3 630	x	x
Gesundheits- und Sozialwesen	€	2 916	3 039	2 888	x	x	x	2 969	x	x
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	2 877	(2 928)	(2 833)	x	x	x	2 891	x	x
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	2 023	(2 129)	(2 052)	x	x	x	(2 044)	x	x

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet.

3) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen.
Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

4) einschließlich Beamte

5) einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

Gesamtverzeichnis 2010

	Heft	Seite
Heike Awiszus, Felicitas Klemm Drittes Sonderheft „Bildung in Sachsen“ erschienen	4	22
Dieter Beier Zum kommunalen Finanzausgleich in Sachsen	2	51
Inka Brenker, Bernd Richter Auswirkungen des demografischen Wandels im Pflegebereich – Schätzung der zu erwartenden Beschäftigungspotenziale im Jahr 2020	4	9
Regine Fiedler EVS – Europäisches Volleyballturnier für Statistiker in Sachsen 2010	3	58
Marcel Goldmann Nutzung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Rahmen der Wohnungsmarktbeobachtung	1	37
Sabine Gosch, Ulrike Trautmann Das neue steuerstatistische Gesamtsystem	2	62
Beatrice Groß Auswertungen aus dem sächsischen Unternehmensregister zum 31. Dezember 2008 nach Umstellung der Wirtschaftszweige	1	60
Juliane Haase Prognose altersspezifischer Fertilitätsraten mit ARMA-Prozessen	4	18
Franziska Hacker Entwicklung der Verbraucherpreise 2009 im Freistaat Sachsen	2	46
Ina Helbig, Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen – Leben in Europa im Mitteldeutschen Verbund	1	40
Leonore Hesse, Carola Hoffmann, Heike Matticz, Andreas Oettel, Wolf-Dietmar Speich Wirtschaftsentwicklung 2009 in Sachsen	3	2
Sylvia Hoffmann, Wolf-Dietmar Speich Das rechte Maß – die Ergänzung des BIP in der aktuellen Diskussion um Wohlstand, nachhaltige Entwicklung und Fortschritt	1	14
Sylvia Hoffmann Umweltinanspruchnahme durch private Haushalte	3	38

	Heft	Seite
Sylvia Hoffmann Umweltinanspruchnahme im Bereich der sächsischen Industriebetriebe	4	37
Felicitas Klemm, Ina Thomas Bildungsentscheidungen 2009 von Mädchen und Frauen in Sachsen	3	50
Thorsten Krause, Ulrich Ertel Holzeinschlag im sächsischen Wald	3	46
Hans-Dieter Kretschmann, Birgit Scheibe, Regine Fiedler Indikatorensysteme in der amtlichen Statistik – Bestandsaufnahme und zukünftige Herausforderungen Teil 1: Bestandsaufnahme	2	31
Ivonne Lutze, Alexander Karmann, Olaf Schoffer Empirische Bestandsaufnahme zum Patientenimport im stationären Sektor	1	30
Heidrun Neumann Insolvenzverfahren im Jahr 2009	3	23
Andreas Oettel Das Baugewerbe in Sachsen 2009	2	11
Andreas Oettel Zur Entwicklung der Gewerbetätigkeit in Sachsen im Spiegel der Statistik seit der Mitte des 19. Jahrhunderts	4	44
Gabriele Philipp Gesundheitsberichterstattung – Tendenzen	3	55
Steffen Pollack Arbeitskostenerhebung 2008	4	30
Anke Puschmann Arbeits- und Schulwege in Sachsen 1991 und 2008 – Ergebnisse der Zusatzerhebung des Mikrozensus	2	41
Anke Puschmann Rauchverhalten der Bevölkerung in Sachsen – Ergebnisse der Zusatzerhebung des Mikrozensus	4	12
Bernd Richter Zum Verhältnis von Berufseinsteigern zu Berufsaussteigern in Sachsen 1991 bis 2020	1	52
Bernd Richter, Kati Schulze, Andreas Werblow Zur Berechnung der Ausgaben der privaten Krankenversicherung in Sachsen	2	27
Kristina Richter, Bernd Richter Die Gesundheitswirtschaft in Sachsen – Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige 1996 bis 2006	1	26
Kristina Richter Disaggregation oder landesspezifische Berechnungen – ein Methodenvergleich zur Gesundheitsausgaben-Rechnung auf Landesebene	4	2
Carmen Ronge Der sächsische Außenhandel unter dem Einfluss der Weltwirtschaftskrise	4	26
Angela Sondermann Überblick zum Stand der Verwaltungsdatenverwendung	1	64
Jürgen Stelzner, Brigitta Töpfer Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens im Jahr 2008	2	17

	Heft	Seite
Jürgen Stelzner Das Verarbeitende Gewerbe Sachsens 2009	3	16
Susanne Stoll Die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Sachsen 2007	1	44
Susanne Stoll Die nichtöffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Sachsen 2007	2	57
Roman Straube Analysen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen 2008/2009 anhand ausgewählter Konjunkturstatistischer Kennzahlen	1	2
Roman Straube, Gerit Voigt Amtliche Konjunkturdaten und ifo Geschäftsklimaindex für Sachsen 2008 und 2009 – Wie gestalten sich die Zusammenhänge?	2	2
Tibor Toth Regionales Berichtsmodul Verkehr und Umwelt – Aufbau und erste Ergebnisse für Sachsen	1	19
Tibor Toth Berichtsmodul Verkehr und Umwelt – Verkehrsbetrieb und –infrastruktur; Entwicklung des Verkehrsaufkommens in Sachsen	2	22
Tibor Toth Berichtsmodul Verkehr und Umwelt – Kraftfahrzeuge nach Kraftstoffarten und Emissionsklassen	3	31
Ilona Weber Einführung des elektronischen Codiersystems IRIS in Sachsen	1	58

Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Redaktion:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Gestaltung und Satz:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Druck:

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

Redaktionsschluss:

März 2011

Preis dieser Ausgabe:

3,50 €

Bezug:

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Postanschrift: Postfach 11 05, 01911 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1499

E-Mail: vertrieb@statistik.sachsen.de

www.statistik.sachsen.de/shop

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2011

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: **envia** Mitteldeutsche Energie AG

ISSN 0949-4480